Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. März 1980
Jg. 8 Nr. 13

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Sahara-Staaten: Abzug aller fremden Truppen aus Afrika!

z.pel. Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Unterstützung der Kämpfe für nationale Befreiung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, das waren die Hauptthemen der 5. Gipfelkonferenz der Saharastaaten am 8./9. März in Bamako, der Hauptstadt Malis. Neben Algerien, Libyen, Mali, Niger und dem Tschad beteiligte sich jetzt auch erstmals Mauretanien. In der Politischen Erklärung verurteilen die sechs Staatschefs ,,die Politik der Teilung der Welt in Einflußsphären, die unvereinbar mit dem Streben der Völker nach wahrer Unabhängigkeit ist,“ und fordern ,,den Rückzug der ausländischen Streitkräfte und die Auflösung aller ausländischen Basen in Afrika und der arabischen Welt“. Die Einrichtung von fünf Wirtschaftskommissionen soll dem Kampf gegen die imperialistischen ,,Entwicklungsstrategien“ dienen.

Vorschlag des Irak stärkt die arabische Souveränität

Vorschlag des Irak stärkt die arabische Souveränität

z.mif. Am 25. März beraten die arabischen Länder in Baghdad über den Vorschlag des Präsidenten des Irak Saddam Hussein: eine 8-Punkte-Erklärung als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen und einer gemeinsamen Außenpolitik. Gefordert wird die Ablehnung der Anwesenheit ausländischer Armeen und Militärstützpunkte auf arabischem Boden; Verbot des Einsatzes von Streitkräften untereinander; gegen sonstige Länder nur zur Verteidigung der Souveränität; Neutralität und Blockfreiheit in allen internationalen Konflikten, es sei denn, daß die arabische territoriale Integrität bedroht ist. Zwölf arabische Länder und die PLO haben bisher den Vorschlag begrüßt. Wird er als förmliche Grundlage der Politik angenommen, so setzt das dem Vormachtstreben der Supermächte und anderer Imperialisten klare Schranken.

Zaire: Energiekonferenz fordert Kontrolle über Ölförderung

z.elb. Während die Imperialisten durch IWF und Weltbank mit ,,Wirtschafts-,,sanierungs“- und Investitionsprogrammen, über die sie im April entscheiden, die Rückverwandlung Zaires in eine Halbkolonie forciert betreiben, wächst der Widerstand in Zaire gegen die maßlose Ausplünderung des Landes. Teilnehmer der Nationalen Energiekonferenz forderten Ende Februar eine Revision der Verträge zwischen Zaire und dem US-amerikanischen Ölmonopol Gulf Oil. Die gesamte zairische Fördermenge von 1,6 Mio. Barrel (1978) wird von Gulf Oil gefördert und exportiert; kein Tropfen des eigenen Öls verbleibt im Land, für 53 Mio. $ mußte 1979 Öl importiert werden. Die Revision der Verträge hat zum Ziel, die Beherrschung der Ölförderung in Zaire durch die USA zu brechen und einen Großteil des Öls im Land zu verbrauchen.

Gaz de France bekämpft Preiserhöhung für algerisches Gas

z.pel.Paris. Seit Anfang März verhandelt das algerische Staatsmonopol Sonatrach mit der französischen Regierung über eine Erhöhung der Naturgaspreise. Algerien, das nach der UdSSR und Iran die drittgrößten Gasreserven aufweist, deckt 12,2% des französischen Verbrauchs und ist zweiter Exporteur hinter den Niederlanden. Bisher lagen seine Preise mit 3,1 $ pro 1000 Kubikfuß (30 m³) erheblich unter den Weltmarktpreisen von gegenwärtig 3,5–4,5 $. Sie wurden nach einem Index der französischen Ölhandelskammer festgesetzt. Algerien fordert jetzt die Angleichung der Gaspreise an das Ölpreisniveau, zunächst mindestens 6 $. Zugleich will es die Produktion von 16 Mrd. m³ auf 30 Mrd. m³ jährlich erhöhen. Da Frankreich beharrlich die Zahlung verweigert, soll jetzt die Vergabe von Industrieaufträgen überprüft werden.

Die Deutsche Bank macht Ostpolitik

Bundestagsdebatte ,,Zur Lage der Nation“ / Keine Beteiligung an Wirtschaftsembargo gegen UdSSR

z.gek. In der Bundestagsdebatte über Schmidts Bericht ,,Zur Lage der Nation“ hat sich der außenpolitische Kurs, den die sozialliberale Regierung in der gegenwärtigen Weltkrise zu steuern gedenkt, deutlicher herausgestellt. Genscher hat ,,vier Eckpunkte“ genannt, von denen die BRD ausgehe: ,,*Erstens* von der Entschlossenheit, zusammen mit unseren Verbündeten alles zur Sicherung des Gleichgewichts und damit für unsere eigene Freiheit und Sicherheit ... Notwendige zu tun.“ Punkt eins also: Raketen, Panzer, Fregatten, ,,Nachrüstung“ im Rahmen der Kriegskoalition unter Führung des US-Imperialismus. ,,*Zweitens* muß sie bestimmt sein von der Bereitschaft, den Blockfreien ein Partner bei der Bewahrung ihrer Blockfreiheit zu sein.“ Da beginnt die proklamierte ,,Arbeitsteilung“ mit den USA: unter Ausnutzung der Widersprüche der dritten Welt gegen beide Supermächte hofft der BRD-Imperialismus sich eigene Welt gegen beide Supermächte hofft der BRD-Imperialismus sich eigene Einflußgebiete zu schaffen. Die Türkei spielt hier eine Schlüsselrolle, aber auch auf den Irak z.B. hat man ein liebendes Auge geworfen. ,,*Drittens* muß sie bestimmt sein von der Erkenntnis, daß das Verhalten der Sowjetunion unübersehbare Auswirkungen auf die Entspannungspolitik in Europa und auf das Ost-West-Verhältnis insgesamt hat.“ Das heißt: Beteiligung an einem Olympia-Boykott, aber mit sichtbarem Widerwillen. Denn: ,,*Viertens* muß sie bestimmt sein von dem Willen, die Verletzung dieser Grundsätze durch die Sowjetunion in Afghanistan nicht damit zu beantworten, daß wir diese Grundsätze in Europa aufgeben oder daß wir gar die geschlossenen Verträge mit der DDR, der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Völkern, das Viermächteabkommen für Berlin oder die Schlußakte von Helsinki in Frage stellen.“ Mit anderen Worten: die BRD wird sich an dem von den USA betriebenen Wirtschaftsembargo gegen die UdSSR *nicht* beteiligen, basta.

Die Debatte hat auch gezeigt, daß die christliche Opposition, vertreten durch Strauß, mehr Gewicht auf die Festigung der Kriegsallianz mit den USA legt, aber zur Linie der Regierung in keinem allzu scharfen Widerspruch steht. Das wäre auch gelacht, denn diese Politik ist von den Spitzen des westdeutschen Finanz- und Monopolkapitals in direkten Verhandlungen mit der Regierung festgelegt worden, angefangen mit einem Kamintreffen bei Schmidt Anfang Februar. Die ganze Herrenrunde – Rodenstock, BDI; Esser, BdA; von Amerongen, DIHT, und Guth, Deutsche Bank, zusammen mit Vetter, Loderer und Kluncker, die mit ins Komplott gezogen wurden – begab sich im Anschluß daran mit Schmidt auf USA-Reise.

Die Rolle des Pioniers hat, wie es ihr zukommt, die Deutsche Bank gespielt. Vorstandssprecher Christians war, nach einem ersten Besuch im Dezember, Anfang Februar wieder in Moskau und konferierte, Afghanistan hin, Afghanistan her, mit den Vorsitzenden des Staatsplans Baibakow und der Staatsbank Alchipow. Verhandelt wird konkret die Rolle der Deutschen Bank als Konsortialführer bei einem der größten jemals gebauten Industrieprojekte, einer neuen Erdgaspipeline von Westsibirien nach Westeuropa, Ge- jekte, einer neuen Erdgaspipeline von Westsibirien nach Westeuropa, Ge- samtwert 20 Mrd. DM, die jährlich 50 Mrd. m³ Gas liefern würde. Gegenwärtig bezieht die BRD aus der UdSSR 11 Mrd. m³, das sind 16% ihrer Erdgasimporte. – Gleich hinter Christians drängten sich Beitz (Krupp) und Buddenberg (Deutsche BP). Die BP will über dies Projekt ins große Erdgasgeschäft, Krupp möchte nach dem Vorbild von Mannesmann Großröhrenlieferant werden; 4000 km Pipeline wären zu bauen. Die Herren gaben die Klinke weiter an Pieper, Vorsitzender der Salzgitter AG, die nicht nur Generalunternehmer beim Bau des Hauptgebäudes des zweiten Moskauer Flughafens Scheremetjewo 2 ist, sondern wie Krupp am Großprojekt des Eisenhüttenkombinats Kursk beteiligt. Salzgitter baut dort eine Erztransportanlage für 200 Mio. sowie eine Eisenschwammfabrik; Korff für 500 Mio. eine Direktreduktionsanlage; Krupp daneben ein Stahlwerk für 350 Mio. Alles bis 1982. Die Demag hofft auf den Zuschlag für ein passendes Walzwerk zu 250 Mio. Klöckner rechnet mit einem Auftrag von 1 Mrd. DM für ein Aluminiumwerk. Und so weiter.

Der ,,Spiegel“, der's wissen muß, schreibt, in diesen Wochen hätten nahezu *sämtliche* Vorstände der Maschinenbau-, Chemie- und Stahlmonopole der BRD feste Gesprächstermine in Moskauer Ministerien. Es geht um die Großinvestitionen des 1981 anlaufenden 5-Jahrplans. Einige, speziell die Siemens AG, die gerade ein ,,Zentrum für Automatisierungstechnik“ zusammen mit dem Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik in Moskau eröffnet hat, machen sich unverblümte Hoffnungen, die in vor den US-Konzernen speziell in der Datentechnik gelassenen Embargolücken zu springen.

Den Geschäften mit den Sozialimperialisten sind durch ihren einseitigen Charakter (Energie- und Rohstoffe gegen Maschinen) Grenzen gesetzt, aber noch ziemlich weite. Mit 15 Mrd. macht dieser Handel zwar nur 2–3% vom westdeutschen Außenhandel aus, aber für einige Schlüsselbereiche erheblich mehr, und die Profite sind fett und scheinen sicher.

Zum Teil ist das auch Rückversicherungs-Politik. Speziell für das Techtelmechtel mit den DDR-Revisionisten, die ihrerseits die Lieferung westdeutscher Rationalisierungsmittel fest in ih- scher Rationalisierungsmittel fest in ih- re etwas überspannten Pläne eines ostdeutschen Wirtschaftsaufbruchs eingeplant haben. Als Honecker bei der Eröffnung einer von der Hoechst-Tochter Uhde für 1,1 Mrd. DM gelieferten Großanlage in Schkopau am 13. März in großen Perspektiven schwelgte, erhielt er von den Buna-Arbeitern kräftigen Beifall. Viele Hoffnungen richten sich auf eine unabhängigere Stellung der DDR, und daß es ,,aufwärts geht“. Hoechst-Direktor Hoerkens stand fein lächelnd dabei und machte sich eigene Hoffnungen.

Die Sozialimperialisten ihrerseits schauen dem zu. Westdeutsche Maschinen erhöhen ihre industrielle Schlagkraft und setzen Kapazitäten für die Rüstung frei. Mit allen ihren Plänen und Projekten stacheln sich die Imperialisten so gegenseitig an. Von wegen: ,,sichere Arbeitsplätze“! Im Schützengraben vielleicht.

Schützengraben vielleicht.

Die türkische Arbeiterklasse bekämpft das Ausplünderungsprogramm der Imperialisten



Am 26. März führen die westlichen Imperialisten in Paris eine Konferenz über Türkei-Hilfe durch. Es geht ihnen darum, der Türkei als Bedingung für die Gewährung von Krediten die Öffnung des Landes für imperialistischen Kapitalexport zu diktieren. Im Januar hatten sie Demirel bereits zu einer Abwertung des türkischen Lira um 33% gezwungen, was den Kapitalexport verbilligt und zugleich die Preise für viele Lebensmittel um bis zu 100% erhöht. Dagegen richten sich die heftigen Abwehrkämpfe der türkischen Arbeiterklasse. In den nächsten Monaten wird ein großer Teil der zumeist über 2 Jahre abgeschlossenen Tarifverträge auslaufen. Die türkische Regierung geht gegen die Streiks mit Polizei- und Armee-Einsätzen vor. (Bild: Textilarbeiterstreik in Izmir)

Zimbabwe: Aufbau und Konsolidierung der Volksmacht Neutralisierung der Feinde

z.rua. Am 17. April, 24.00 Uhr, endet die über 90jährige britische Kolonialherrschaft über Zimbabwe. Am 18. April wird die unabhängige Republik Zimbabwe gegründet. Dieser Tage wird das noch geltende Kriegsrecht aufgehoben; bis zum 18. April müssen alle vom Kolonialregime inhaftierten politischen Gefangenen freigelassen werden. Der britische Kolonialgouverneur Lord Soames hatte seit Januar Zehntausende ZANU-Mitglieder verhaften lassen und durch Verlängerung des Kriegsrechts versucht, die ZANU zu isolieren und ihren Wahlsieg zu verhindern. Die imperialistischen Hoffnungen sind nicht aufgegangen.

Gemeinsam mit der ZAPU hat die ZANU eine Regierung der Patriotischen Front gebildet. Eine Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses stellte Genosse Mugabe die Regierung vor. In das 23 Minister umfassende Kabinett wurden zwei Weiße aufgenommen. Sie werden neben den von ZANU-Mitgliedern betrauten Ministerien für Wirtschaft und Landverteilung Minister für Handel bzw. Landwirtschaft. Beide zeichnen sich durch Sachkenntnis in den jeweiligen Ressorts aus. Der zukünftige Landwirtschaftsminister ist der bisherige Präsident der Farmervereinigung, der 5200 weiße Farmer angehören. Die Farmervereinigung arbeitet mit zimbabwischen Bauern zusammen, vermittelt ihnen Kenntnisse über Bodennutzung und hat ein Programm über die Nutzung von 4,5 Mio. ha bisher brachliegenden Landes erarbeitet. 200 Farmen mit Größen von jeweils ca. 1200 ha, deren weiße Besitzer das Land verlassen haben, stehen leer. Die Verteilung des Landes an die Massen Zimbabwes ist dringendste Aufgabe. An eine Million landlose Bauern und rückkehrenden Flüchtlinge wird das Land zur kollektiven Bestellung verteilt, der Anbau auf die Selbstversorgung ausgerichtet. In Armee und Verwaltung werden die obersten Beamten entlassen und durch Zimbabwer ersetzt. Gewerkschaften werden aufgebaut, und schrittweise sollen die Schlüsselzweige der Wirtschaft in staatlichen Mehrheitsbesitz übernommen werden. Diese Maßnahmen mögen gering erscheinen, sie tragen jedoch den Gegebenheiten des Landes Rechnung und ermöglichen den Aufbau der Volksmacht.

Die Imperialisten hofften, das Land in ein Chaos zu stürzen und sich Boden für Infiltration zu verschaffen. Die bedachte Aktionseinheitspolitik der ZANU durchkreuzt ihre Pläne. Sie versuchen jetzt, über ,,Wirtschaftshilfen“ Boden zu gewinnen. Das Volk von Zimbabwe hat, gestützt auf die eigene Kraft, den Befreiungskrieg geführt, der grundlegend für die Erlangung der Unabhängigkeit ist, und ist bewaffnet. Gestützt auf die eigene Kraft, die Widersprüche unter den Imperialisten nutzend, wird es auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpfen.

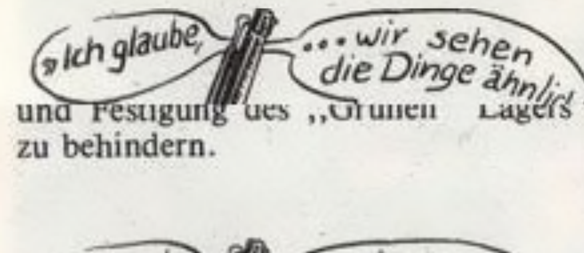
Kanzler Schmidt versicherte Genossen Mugabe die Bereitschaft, ,,im Geiste der Partnerschaft und im Interesse und zum Wohl beider Völker und Staaten eng zusammenzuarbeiten“. Da ist erst mal eine Rechnung offen. 1978 haben die westdeutschen Volksmassen über 1 Mio. DM für eine vollmotorisierte Kompanie der ZANLA gespendet. Die Landesregierung Baden-Württemberg beschlagnahmte 105000 DM und verweigert noch immer die Auszahlung. Am 16.4. ist am Landgericht Sigmaringen mündliche Verhandlung über den Verbleib der Gelder. Es gibt nichts zu verhandeln. Sie sollen das Geld an die ZANU zahlen, mit Zins und Säumnisgebühr.

Amsterdam: Hunderttausend demonstrierten gegen staatliche Lohnsenkungsverfügung



100000 Lohnabhängige aus allen Teilen der Niederlande demonstrierten am 20.3. gegen die Regierungsverfügung, die Löhne 1980 um durchschnittlich 3,1% zu senken. Der Gewerkschaftsbund FNV rief zu weiteren Aktionen auf.

z.wom. **Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 16.3.1980 erhielt der KBW in 42 Wahlkreisen insgesamt 2062 Stimmen.** Bei den Bundestagswahlen 1976 waren es 2500 Zweitstimmen gewesen, auf die gleiche Fläche bezogen. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg 70 Landtagswahlkreise, jeder Wähler hat bei den Landtagswahlen nur eine Stimme. 9700 Werktätige hatten durch ihre Unterschrift die Kandidatur des KBW unterstützt, so daß die angestrebte Flächenkandidatur mit 42 der 70 Wahlkreise teilweise gelang. – Die Auswertung der Stimmergebnisse in den 42 Wahlkreisen im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1976 ergibt zwei völlig verschiedene Bewegungen: Teilweise erhebliche Verluste wurden in etwa der Hälfte der Wahlkreise gemacht, nämlich in den Zentren Baden-Württembergs. Insbesondere aber dort, wo der KBW früher verhältnismäßig viele Stimmen bekommen hatte, wie in Heidelberg und Freiburg, und wo heute die Reste der alten APO vor sich hinwesen und mit dem „Grünen" Lager verschmelzen. In der anderen Hälfte der Wahlkreise lag das Stimmergebnis deutlich über dem Vergleichsergebnis der Bundestagswahlen 76; es sind hauptsächlich Wahlkreise in der Provinz. – Der KBW hatte den Wahlkampf geführt, um die Verbindung der Organisation mit der Arbeiterbewegung zu festigen. Es gelang auf theoretischem Gebiet, einige Positionen gegen die christliche Reaktion und die reformistische Verdrehung von Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu schaffen. Es gelang noch nicht, den unzweifelhaften politischen Fortschritt der Arbeiterbewegung so zu beschleunigen, daß es auch im Wahlergebnis einen spürbaren Ausdruck fand. Ebensowenig gelang es, durch die revolutionäre Propaganda die Herausbildung und Festigung des „Grünen" Lagers zu behindern.



und Festigung des „Grünen" Lagers zu behindern.



Der »Ehrensheriff von Dallas«

z.nom. **Die IG Druck und Papier muß 58200 DM Schadenersatz an die Druckerei zahlen, die im April vergangenen Jahres die „Times" drucken sollte.** Durch eine Kundgebung vor der Druckerei Tercuman in Frankfurt Zeppelinheim, durch Postieren von Streikposten und durch Verhandlungen mit dem Druckereibesitzer konnten die „Times"-Kapitalisten gezwungen werden, den Auftrag zurückzuziehen. Die Herausgabe der „Times" und der Streikbruch gegen die britischen „Times"-Arbeiter wurde verhindert. Der Kapitalistenverband hatte deswegen Anzeige gegen die IG Druck und Papier erstattet, u.a. wegen Sachbeschädigung, Nötigung und Geschäftsschädigung. Die 10. Frankfurter Zivilkammer erklärte in ihrer Urteilsbegründung die Verhinderung der Herausgabe der „Times" zu einem rechtswidrigen Eingriff in den Gewerbebetrieb der Druckerei. Die IG Druck erklärte zum Urteil, es sei eine „weitere Einschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung" mit diesem Urteil beabsichtigt und legte Berufung ein.

z.wig. **Die IG Metall Hamburg hat Solidaritätsaktionen mit den streikenden britischen Stahlarbeitern beschlossen.** Sie ruft alle Mitglieder und Vertrauensleute, die im Hafengebiet arbeiten, zur Wachsamkeit auf, um Streikbruch zu verhindern. Auf der Funktionärsversammlung der IG Metall wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, die die Ortsverwaltung beauftragt: „1. Nachzuforschen, ob Hamburger Betriebe an Streikbrecherlieferungen von Stahl an Großbritannien beteiligt sind und ggf. über die Vertrauenskörper einen Lieferstopp zu erwirken. 2. An andere Gewerkschaften, insbesondere die ÖTV, heranzutreten, damit die Kollegen dort ihrerseits gegen Streikbrecherlieferungen aktiv werden. 3. Umgehend eine Informationsveranstaltung über den englischen Stahlstreik zu organisieren ... eine Spendensammlung in den Betrieben zu organisieren".

z.gug. **Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein sozialpolitisches Programm verabschiedet.** In ca. zwei Wochen soll es im Druck vorliegen. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr hat dieses Programm, das zuvor in den Gewerkschaften behandelt worden war, Mitte letzter Woche in den ZDF-Nachrichten vorgestellt. Der DGB fordert eine Angleichung der Beamtenversorgung an die gesetzliche Rentenversicherung, Einbeziehung der Betriebsrenten in die gesetzliche Rentenversicherung und Versicherungspflicht für alle Arbeiter und Angestellte durch Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze. Anstelle einer gesetzlichen Senkung des Rentenalters gibt sich der DGB in seinem Programm mit einer Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre, wie es auch von der CDU gefordert wird, zufrieden. Als Mindestrente fordert der DGB 90% des Nettolohns eines vergleichbaren Erwerbstätigen, wobei nicht gekennzeichnet ist, was vergleichbar bedeutet. Zur Forderung nach einer Einheitsversicherung aller Versicherungen will der DGB Angleichung des Beitrags-, Leistungs-, Mitgliedschafts- und Vertragsrechts und gemeinsame Arbeitsgruppen der Versicherungskassen auf örtlicher und zentraler Ebene. Die Forderung nach Selbstverwaltung durch die Versicherten hat der DGB schon im Grundsatzprogramm letztes Jahr erhoben.

Arbeitsgruppen der Versicherungskassen auf örtlicher und zentraler Ebene. Die Forderung nach Selbstverwaltung durch die Versicherten hat der DGB schon im Grundsatzprogramm letztes Jahr erhoben.

z.löh. **Mit einer großen Anzahl von Saalveranstaltungen in der BRD hat der DGB letzte Woche seine Kampagne gegen die Aussperrung abgeschlossen.** Große Kundgebungen seit Beginn des Jahres haben vor allem stattgefunden in Hannover und Nürnberg mit jeweils 4000 bzw 7000 Arbeitern und Angestellten. An diesem Montag und Dienstag wird das Bundesarbeitsgericht in Kassel in „letzter Instanz" entscheiden, ob Aussperrung gesetzlich zulässig oder verboten ist. Mit ziemlicher Sicherheit wird es ersteres entscheiden. Die Kapitalisten haben die Verteidigung der Aussperrung mit einem weiteren Angriff gegen das sowieso eingeschränkte Streikrecht verbunden: wenn keine Aussperrung, dann sei „zu prüfen", ob „der Streik noch in diese Zeit paßt." Ohne uneingeschränktes Streikrecht wird ein Aussperrungsverbot wenig nützen, denn um etwas durchzusetzen, braucht die Arbeiterbewegung Mittel, und das entscheidende ist das uneingeschränkte Streikrecht.



z.brp. **Beamte im DGB lehnen Gesetzentwurf zur Besoldungsstruktur ab und kündigen „energischen Widerstand" an.** Die Bundesregierung wollte im Zusammenspiel mit dem Bundesrat, der im Januar den Gesetzentwurf zurückwies, Runterstufungen als Höherstufungen verkaufen und eine Spaltung zwischen den Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes erreichen. Im Zuge der „Anpassung" sollte das Eingangsamt A 10 jetzt auch für die nichttechnischen Beamten des gehobenen Dienstes geschaffen werden, bei gleichzeitiger Einführung einer gesonderten, verlängerten Probezeit mit Bezahlung nach A 9 auch für die technischen Beamten des gehobenen Dienstes. Die Forderung der Gewerkschaften nach vollständiger Zurücknahme der Maßnahmen aus dem Haushaltsstrukturgesetz von 1976, mit dem u.a. das einheitliche Eingangsamt A 10 ohne gesonderte Probezeit außer Kraft gesetzt wurde, ist somit überhaupt nicht erfüllt; für die technischen Beamten bedeutet die Probezeit in A 9 eine Gehaltsminderung von 130 DM. Die Beamten im DGB und die ÖTV fordern: keine Probezeit in A 9, für das Eingangsamt des mittleren Dienstes A 6 keine Probezeit in A 5, Abschaffung der geringer bezahlten Vorbereitungszeit; das vorgesehene Spitzenamt A 9 mit einer Zulage von 234 DM darf nicht den Aufstieg des mittleren in den gehobenen Dienst aufheben; Schaffung eines ähnlichen Amtes für den einfachen Dienst.

Immer weniger Jugendliche sind schulpflichtig

Neue Anrechnungsverordnung im öffentlichen Dienst für das Berufsgrundbildungsjahr

z.bil. Rund 45000 Jugendliche befanden sich 1978/79 in „berufsvorbereitenden" Einrichtungen. Im Berufsbildungsgesetz 1969 war zum ersten Mal von einer „breit angelegten beruflichen Grundbildung" die Rede. Als Vermittlung von grundlegenden Fähigkeiten in der Produktion – theoretisch und praktisch – ist das vernünftig. Die Kapitalisten verstehen darunter angelernte und billige, vielseitig verwertbare Querschnittsqualifikationen.

1972 wurde die erste Anrechnungsverordnung durch die Bundesregierung erlassen, die die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres als 1. Ausbildungsjahr in der gewerblichen Wirtschaft und den wirtschafts- und steuerberatenden Berufen zuließ. Richtig verstehen kann man die Anrechnungsverordnung nur im Zusammenhang mit den neu erlassenen Schulpflichtgesetzen der Länder. Sie bestimmen, daß die Berufsschulpflicht durch den Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres abgegolten ist (beispielsweise §11a SchulpflG NRW). Dies wurde 1978 erweitert; am 27.2. dieses Jahres wurde dem Bundesrat eine Anrechnungsverordnung für den öffentlichen Dienst vorgelegt.

Sie wird für die Berufsfelder Wirtschaft und Verwaltung, Bürowirtschaft, Elektrotechnik, Bautechnik gelten. Mit dem Erlaß der ersten Anrechnungsverordnung wurde die Ausweitung des Berufsgrundbildungsjahres betrieben (1971: 3934 Jugendliche; 1978/79 44821 Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres). 1977/78 befanden sich bereits 8,2% der Jugendlichen im Bundesdurchschnitt im Berufsgrundbildungsjahr (im Saarland z.B. 30,3%). In 13 Berufsfeldern (zugeordnet zu 217 Ausbildungsberufen) findet das Berufsgrundbildungsjahr statt, entweder als Vollzeitschule oder durch kooperative Ausbildung, d.h. Ausbildung im Betrieb mit Block- oder tageweisem Unterricht.

Die „kooperative Form" hat sprunghaft zugenommen (von 1976 2635 auf 1977 5137 Schüler). Daimler Benz, BASF, Thyssen Henschel, Peine Salzgitter AG führen „Modellversuche" durch. 1,5 Mio. DM hat die Peine Salzgitter AG dafür vom Land Niedersachsen kassiert. Mit 60 Mio. DM insgesamt an Bundesmitteln sind die Kapitalisten an billige jugendliche Arbeitskraft gekommen. Die Zuweisung der Jugendlichen in die verschiedenen „Berufsfelder" erfolgt planmäßig. Im Berufsfeld „Bau und Holz" betrug sie 1978 94%, eine neue Ausbildungsordnung mit „berufsfeldbreiter Ausbildung" ist 1980 in Kraft getreten. In der kooperativen Form des Berufsgrundbildungsjahres hatte das Bildungsministerium bereits 1978 das Plansoll erreicht, das für 1981 anvisiert war. Die wenigsten der Jugendlichen erhalten nach dem Berufsgrundbildungsjahr einen festen Ausbildungsplatz. Mit dieser Hoffnung wurden sie ins Berufsgrundbildungsjahr gezwängt. Die Abbrecherquoten im letzten Vierteljahr des Berufsgrundbildungsjahres sind hoch (1978: 36,6%). Mit Berufsgrundbildungsjahr – ohne Aussicht auf weitere Ausbildung – bieten diese Jugendlichen den Kapitalisten ein großes Reservoir an billigen angelernten Arbeitskräften.



7000 Schüler und Lehrer demonstrierten am 19.3.1980 in Hannover gegen die geplante Schulgesetznovelle zum Niedersächsischen Kultusministerium.

USA organisieren „Nacholympisches Festival"
Die Völker der Welt sind nicht Spielball der Rivalität der Supermächte
z.scc. Besonders viel Erfolg war den | ein „Nacholympisches Festival", of- | ße Mehrheit der Länder der Dritten

USA organisieren „Nacholympisches Festival"

Die Völker der Welt sind nicht Spielball der Rivalität der Supermächte

z.scc. Besonders viel Erfolg war den US-Imperialisten auf ihrer Genfer Konferenz am 17./18.3. nicht beschieden. Rund 50 Staaten hatten sie eingeladen, um sie auf den Kurs der „Gegenolympiade" festzulegen, sieben außer den USA selbst und den miteinladenden Großbritannien und Australien waren erschienen, dazu Costa Rica und Portugal als Beobachter. Von den Staaten der Arabischen Liga, die auf der Islamischen Außenministerkonferenz vor wenigen Wochen eine Empfehlung zum Boykott der Moskauer Olympischen Spiele ausgesprochen hatten, solange die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus Afghanistan abzieht, nahmen lediglich Saudi-Arabien und Sudan teil, als Länder der Dritten Welt weiterhin die Dominikanische Republik, Kenia und Philippinen. Die übrigen eingeladenen Länder der Dritten Welt hatten die Teilnahme abgelehnt.

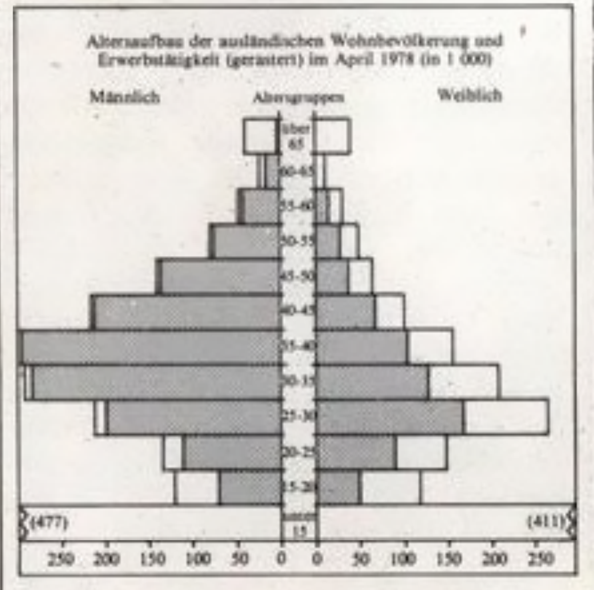
Trotz der schwachen Beteiligung – selbst der größte Teil der imperialistischen Verbündeten blieb fern und nur Kanada und die Niederlande folgten der Einladung – wäre es verfehlt, den propagandistischen Gegenschlag, zu dem die US-Supermacht gegen ihren sozialimperialistischen Rivalen ausgeholt hat, bereits für gescheitert zu erklären. Die Konferenz einigte sich auf ein „Nacholympisches Festival", offen auch für Länder, die sich an den Moskauer Spielen beteiligen, keine direkte „Gegenolympiade" also – ein Schachzug, um die Länder der Dritten Welt, die sich nicht in die Rivalität der Supermächte hineinziehen lassen wollen, zu umgarnen und zermürben.

Die Zahl der Länder der Dritten Welt, die sich bisher ausdrücklich für Boykott der Olympischen Spiele erklärt haben, wenn die Sozialimperialisten ihre Truppen nicht abziehen, ist allzugroß nicht. Brasilien z.B. hat erst kürzlich seine Teilnahme beschlossen und damit begründet, daß man sich dem Druck der USA nicht beugen werde. Für viele vom US-Imperialismus unterdrückte Länder scheint sich die Frage ähnlich zu stellen: Behauptung der politischen Unabhängigkeit gegenüber dem US-Imperialismus, der mit dem Boykott seine eigene Stellung festigen möchte und dazu alle Hebel der Erpressung und des Drucks in Bewegung setzt. Oder Boykott der Olympischen Spiele zur Unterstützung für die gegen die sozialimperialistischen Aggressoren kämpfende afghanische Volk. Diese scheinbare Alternative erklärt zum guten Teil, warum trotz der Verurteilung der sozialimperialistischen Intervention durch die übergroße Mehrheit der Länder der Dritten Welt der Aufbau einer gemeinsamen Front nur zögernd vorankommt.

Insofern klärt sich die Lage und ist gut, daß die USA nun definitiv nicht länger als Verfechter des Boykotts auftreten können, sondern sich als Verfechter des „Nacholympischen Festivals" präsentieren. Gelingt es ihnen jedoch, eine weitere Anzahl von Ländern für dieses „Festival" zu gewinnen, können sie nicht nur ihre eigene Stellung ausbauen, sondern entwerten sie jeden Boykott der Moskauer Spiele als Druckmittel gegen die sozialimperialistische Aggression.

Zahlreiche Einheiten der Gewerkschaften in Westdeutschland haben in den vergangenen Wochen die Forderung erhoben, daß sich die Bundesrepublik nicht an den Olympischen Spielen in Moskau beteiligt, solange die sozialimperialistischen Truppen Afghanistan besetzt halten. Nicht weniger entschieden muß die Teilnahme am „Nacholympischen Festival" abgelehnt werden. Man kann gewiß sein, daß die westdeutschen Imperialisten, auch wenn sie nicht an der Konferenz in Genf teilnahmen, liebend gern auf diesen Zug springen. Derweil noch verdienen sie kräftig an den Moskauer Spielen.

z.kam. **Das Bundeskabinett hat der Ausdehnung der Visapflicht für Ausländer aus Äthiopien, Afghanistan und Sri Lanka zugestimmt.** Die Bundesregierung befürchtet, „daß Staatsangehörige dieser Staaten zunehmend als Touristen in der verdeckten Absicht der Arbeitsaufnahme" in die BRD einreisen. Seit 1978 nimmt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD wieder zu, 1978 wurden 33000 oder 0,8% mehr als im Vorjahr gezählt. Billige Arbeitskräfte im besten Alter – daran ist den Kapitalisten gelegen. Der Altersaufbau der Ausländer beweist dies: 74% aller Ausländer waren 1978 zwischen 15 und 65 Jahre alt,



62% davon allein zwischen 15 und 45; ältere Ausländer gibt es wenig. Dagegen ist die Zahl ausländischer Kinder unter 15 Jahren von 18% (1974) auf 24% (1978) gestiegen. Die altersspezifische Erwerbsquote der Ausländer ist durchweg höher als die der deutschen Bevölkerung: 9/10 aller 40- bis 45jährigen Ausländer sind erwerbstätig, von den Deutschen hingegen nur drei Viertel.

z.kam. **Am 9. Februar ist in Bonn ein bundesweiter „Verband griechischer Elternvereine in der BRD" gegründet worden.** Die griechischen Elternvereine fordern u.a. die „sofortige Beendigung des Systems der Zwangsintegration ihrer Kinder in deutschen Regelklassen", die Errichtung griechischer Klassen für die gesamte Schulpflicht mit der Muttersprache als Unterrichtssprache in allen Leistungsfächern, „gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Zeugnisse und Abschlüsse auf allen Ebenen der Grund- und weiterführenden Schulen" sowie die „gesetzliche Verankerung des Rechts der griechischen Eltern, über die Form der Beschulung ihrer Kinder zu entscheiden". 296800 Griechen lebten 1979 in der BRD; sie bilden nach den Türken, Jugoslawen und Italienern den viertgrößten Anteil (7,2%) aller 4,15 Mio. Ausländer in Westdeutschland. Gegenwärtig verringert sich ihr Anteil eher: 6700 oder 4,5% griechische Arbeiter kehrten seit Juni 1978 nach Griechenland zurück. Ausländische Kinder, die im schulpflichtigen Alter in die BRD übergesiedelt sind, werden nach einem vom Bildungsministerium im letzten Jahr vorgelegten Plan vor Aufnahme in die deutschen Regelklassen ein Jahr, längstens jedoch zwei Jahre in Vorbereitungsklassen unterrichtet; hier geborene Ausländerkinder (und das sind inzwischen über die Hälfte) werden zwangsintegriert in die deutschen Klassen. Nur etwa 41% der 486300 ausländi-

PLO: Zionistischer Autonomieplan gescheitert

Interview mit Dr. Hussein, diplomatischer Vertreter der PLO in Wien

z.anb.Wien. Ende vorletzter Woche hat die österreichische Regierung ein Schreiben des Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, „zur Kenntnis genommen", in dem mitgeteilt wird, daß Dr. Ghasi Hussein, seit über 2 Jahren als Vertreter der PLO bei den internationalen Organisationen in Wien tätig, zugleich „der PLO-Vertreter in Österreich und bei der österreichischen Regierung ist". Obwohl man dies – so der Tenor der bürgerlichen Presse – nach Kreiskys Rede vor der UNO, in der dieser die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt hat, habe erwarten können, sei die jetzt erfolgte Akkreditierung Dr. Husseins ein bedenklicher Schritt, weil eigentlich nur Staaten und Regierungen einen solchen Status erhalten könnten. Kreisky hat dazu erklärt, es handle sich um „eine neue Form der diplomatischen Anerkennung".

*

Worauf führt die PLO die jüngste Entwicklung an der diplomatischen Front zurück, speziell bezüglich der Haltung der westeuropäischen Staaten? Bezieht sich die Anerkennung der PLO auch auf ihr Programm?

Die westeuropäischen Staaten haben traditionell immer die aggressive, rassistische und expansionistische Politik Israels unterstützt. Anfang der fünfziger Jahre haben Frankreich – und England – die Suez-Aggression mit Israel geplant und finanziert. Später, in den sechziger Jahren hat auch die Bundesrepublik Waffengeschenke an Israel gemacht. Seit der Balfour-Deklaration 1917 bis zur Gegenwart ist die britische Haltung gegen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes gerichtet. Die britische Regierung trägt die wesentliche Verantwortung an der Tragödie des palästinensischen Volkes. Gewisse Veränderungen in der britischen Haltung hat es erst vor einigen Tagen gegeben. Wir begrüßen jegliche gerechte Haltung. Was die Bundesrepublik betrifft, erachten wir, daß die Bundesrepublik einer besonderen Verantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk Rechnung tragen muß. Die Bundesrepublik hat Israel bis jetzt 75 Mrd. DM als Wiedergutmachung gezahlt. Diese Zahlungen haben die militärische Stärke Israels verstärkt, anders gesagt: durch diese riesige finanzielle Unterstützung konnte Israel mehrere Aggressionskriege führen. Und – ohne Hitler, ohne die Unterdrückung und Verfolgung der Juden hätte Israel nicht entstehen können. Deshalb muß die Bundesrepublik so schnell wie möglich das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennen sowie die Gründung eines Palästinenserstaates auf palästinensischem Boden und mit der PLO. Die diplomatische Anerkennung der PLO und die diplomatischen Erfolge, die die PLO in Westeuropa errungen hat, bedeuten nicht, daß die PLO das palästinensische Programm ändern wird. Wir werden weiter und ununterbrochen unsere Politik fortsetzen, bis wir unsere nationalen Rechte verwirklicht haben.

Für Juni hat das Zionistenregime ein Referendum über die „Autonomie" in den besetzten Gebieten angesetzt. Gleichzeitig führt es die Politik des Landraubs und der Annexion massiv fort. Welches sind die nächsten Schritte im Kampf dagegen?

Natürlich haben wir die sogenannte „Selbstverwaltung" bekämpft, wir werden sie weiter bekämpfen. Die „Selbstverwaltung" ist gescheitert, sie ist weniger als Selbstbestimmungsrecht. Das palästinensische Volk innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete ist gegen die „Selbstverwaltung" angetreten. Es bekämpft sie mit Demonstrationen und Streiks. 21 arabische Staaten haben sie ebenfalls verurteilt. Die „Selbstverwaltung" führt nicht zum Selbstbestimmungsrecht. Das ist ein israelischer Vorschlag, um die israelische Okkupation der arabischen besetzten Gebiete zu verewigen. Es ist eine verschleierte Form des Neokolonialismus in den besetzten Gebieten. Diese Politik führt überhaupt nicht zum Frieden, wird auch nie zu einer Lösung im Nahen Osten führen. Ohne die PLO, ohne das palästinensische Volk wird es niemals eine Lösung im Nahen Osten geben. Wir werden weiter gegen die Camp-David-Vereinbarung, gegen die „Selbstverwaltung" kämpfen, bis unsere nationalen Rechte verwirklicht sind.

12 arabische Staaten und die PLO haben bisher eine Deklaration der Panarabischen Unabhängigkeit unterzeichnet, in der die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte auf arabischem Boden gefordert wird. Welchen Stellenwert mißt die PLO dieser Initative bei?

Das hat eine große Bedeutung für unseren Kampf. Wir treten für die Unabhängigkeit und Souveränität der arabischen Staaten ein, wir treten für die arabische Einheit ein, gegen die ausländische Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, wir wollen unsere Probleme selbst lösen ohne jegliche Einmischung. Ich begrüße diese Initiative und betrachte sie als einen wirklichen Schritt, um unsere Unabhängigkeit zu schützen.

Im Hinblick auf die für Herbst anstehende UNO-Generalversammlung erhebt sich die Frage, ob die jüngste Entwicklung dort Einfluß auf die Beschlußlage haben wird? Jedenfalls haben die westeuropäischen Staaten bislang sich jeder eindeutigen Stellungnahme für die UNO-Beschlüsse in der Frage Palästina enthalten.

Zunächst: wir sind bis jetzt nicht mit der westeuropäischen Haltung zufrieden. Wir verlangen mehr. Wir möchten, daß die westeuropäischen Staaten die UNO-Beschlüsse bezüglich Palästina unterstützen und für diese Beschlüsse eintreten. Die westeuropäischen Staaten haben traditionell die israelische aggressive und expansionistische Politik unterstützt, die westeuropäischen Staaten haben ungeheure Interessen in den arabischen Ländern, trotzdem halten sie an der Unterstützung Israels fest. Die arabische Gipfelkonferenz hat bekanntlich Beschlüsse konferenz hat bekanntlich Beschlüsse gefaßt, daß zur Durchsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes der wirtschaftliche mit dem politischen Kampf verbunden werden muß. Daran sollten die westeuropäischen Staaten, die Israel weiter unterstützen, also denken. Seit 1974, als die PLO als Ständiger Beobachter bei der UNO anerkannt wurde, beteiligen wir uns konstruktiv an ihrer Arbeit, ihren Organen und Konferenzen. Wir bemühen uns, ihre Beschlüsse zu respektieren und zu achten, um eine bessere Situation in der Welt zu schaffen. Israel jedoch ignoriert diese Beschlüsse jeden Tag, tritt die Menschenrechtskonvention mit Füßen. Und durch ihre moralische, finanzielle und politische Unterstützung ermuntern die westeuropäischen Staaten Israel, diese aggressive Politik fortzusetzen. Daher verlangen wir, daß sie eine gerechtere Haltung einnehmen. Eine solche Haltung ist sowohl im Interesse der Völker in Westeuropa als auch im Interesse der arabischen Nation.



Streikaktionen in Gaza und Westjordan gegen den Landraub. Mit 108 Siedlungen und 100000 Siedlern hat Israel 27% des fruchtbaren Bodens besetzt.



Brandt nach dem Gespräch mit PLO-Vorsitzenden Arafat am 8.7.1979 in Wien: „Ich will sagen, auch im Zusammenhang mit den Unterhaltungen dieser Tage hat niemand das Recht gehabt, oder hat ernsthaft den Eindruck gewinnen können, an meiner oder Kreiskys Loyalität zu unseren Freunden in Israel zu zweifeln."

Erklärtes Ziel der Sozialistischen Internationale: die Sicherung der Existenz Israels

z.ror. Die Akkreditierung eines PLO-Vertreters durch die österreichische Regierung erscheint als direkte Folge der 1979 in Wien stattgefundenen Gespräche zwischen Brandt, Kreisky und dem PLO-Vorsitzenden Arafat, als Folge also der Politik der Sozialistischen Internationale (SI), deren Präsident und Vize Brandt und Kreisky sind.

1971 verabschiedete die SI eine Resolution, in der es bezüglich des Nahostkonflikts heißt: „Die SI macht mit Sorge auf die jüngste Eskalation des Rüstungswettlaufs aufmerksam, die durch Lieferung neuer, verbesserter Waffen an Ägypten und Syrien gekennzeichnet ist, und verlangt dringend, daß das Gleichgewicht der Waffen zwischen Israel und seinen Nachbarn erhalten wird." Die SI „appelliert an die arabischen Staaten, ohne Vorbedingungen ... Verhandlungen zu führen, um vertragliche Friedensübereinkommen zu schließen." Die Existenz, geschweige die Rechte des palästinensischen Volkes werden in dieser Resolution nicht einmal verbal gestreift. Die SI beharrt auf ihrer Unterstützung für das zionistische Siedlergebilde Israel, das selbst durch die „Sozialistische Arbeiterpartei" der ehemaligen Ministerpräsidentin Golda Meir in der SI vertreten ist.
in der SI vertreten ist.

Die bedingungslose Unterstützung machte es der SI unmöglich, ideologisch Einfluß auf die PLO auszuüben und sich den arabischen Staaten als aufgeschlossener Gesprächspartner anzubieten. 1972 unternimmt Kreisky daher einen ersten Vorstoß. Er fordert, das Nahostproblem solle auf einer europäischen Sicherheitskonferenz behandelt werden. Noch aber setzte die Mehrheit auf die Vernichtung des palästinensischen Volkes, und überließ es Golda Meir, zum Abschluß der Tagung unwidersprochen zu erklären, daß die SI am Friedenswillen der Araber zweifle; die Forderung der SI bleibe, Israel sichere Grenzen zu garantieren.

1974 schickte die SI, unter dem Eindruck des relativ erfolgreichen Oktoberkrieges der arabischen Völker gegen Israel und dem sich verstärkenden bewaffneten Kampf der PLO, Kreisky in Begleitung von Mitgliedern sämtlicher sozialdemokratischer Parteien Westeuropas auf ersten „Fact-finding-mission" nach Syrien, Ägypten und Israel. Erstmals sieht sich die Delegation gezwungen, mit der PLO Gespräche zu führen. Bei seinem Abflug aus Israel erklärte Kreisky, daß viel Zeit und Geduld zur Lösung nötig seien, um eine Lösung der Nahostfrage zu erreichen; dazu könne die SI nicht beitragen, denn das sei die Aufgabe des US-Außenministers Kissinger. 1976 erfolgte seine dritte „Mission", an deren Abschluß sich Kreisky dafür einsetzte, daß Israel die PLO anerkennen solle und die PLO Israel. Er betonte, daß die Parteien der SI in ihren Entscheidungen frei seien. Die SI selbst war keineswegs bereit, die PLO anzuerkennen; allerdings beschloß sie Anfang 78 zu prüfen, ob die PLO sozialistisch oder demokratisch sei, um sie dann vielleicht als Gast zu den Konferenzen der SI einzuladen. Als Bedingung für die Aufnahme wurde von der PLO verlangt, auf den bewaffneten Kampf zu verzichten.

Als scheinbares Einlenken und Anerkennen der Rechte des palästinensischen Volkes legten Brandt und Kreisky 1978 einen Friedensplan der SI vor, der in Wirklichkeit keine Änderung der 71er Erklärung bringt. „Für die Erreichung des Friedens ist die Lösung Erreichung des Friedens ist die Lösung des Palästinenserproblems in allen seinen Aspekten erforderlich. Eine solche Lösung muß die Anerkennung des Rechts der Palästinenser beeinhalten, an der Gestaltung ihrer Zukunft durch Verhandlungen, an denen ihre gewählten Vertreter selbst teilnehmen, selbst mitzuwirken." Anstelle der Anerkennung der PLO und ihrer Forderungen kommt die Unterstützung für den zionistischen Plan zum Vorschein, durch die gewählten Bürgermeister im besetzten Westjordanien einen Verhandlungspartner für die Unterwerfung des palästinensischen Volkes zu finden. Dieses Vorhaben geht ohne die Weigerung der Bürgermeister nicht auf. Die SI unternimmt einen neuen Versuch. 1979 finden in Wien Gespräche zwischen Kreisky, Brandt und dem PLO-Vorsitzenden statt. Die PLO begrüßt die defacto Anerkennung. Die SI verweigert der PLO jedoch weiterhin die formelle Anerkennung, weil die PLO an ihren programmatischen Zielen festhält.

schen Schüler haben 1978 die Hauptschule mit einem Abschluß verlassen.

z.brp. **Reichlich Widersprüche bei der Tagung der Konzertierten Aktion des Gesundheitswesens am 21.3.** 700 Mio. DM, 7 Prozent zuviel hätten die Krankenkassen 1979 ausgegeben, die Steigerungsraten bei Heil- und Hilfsmitteln sowie für Zahnersatz lägen mit 12,1 bzw. 10,7% weit über den letztjährigen Empfehlungen, rügte Bundesarbeitsminister Ehrenberg. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Medikamente und Krankenhausaufenthalte wurden im Vorjahr auf eine Steigerungsrate von 3,9 bis 5,5% gesenkt. Ehrenberg konnte keine neue Steigerungshöchstgrenze für 1980 durchsetzen. Die Kassenärzte fordern einen „gerechtfertigten Ausgleich für Preisentwicklung und damit Kostenentwicklung, aber dennoch Wachstum", außerdem wehren sie sich gegen eine mengenmäßige Begrenzung ihrer Arzneimittelverordnungen. Der Hartmannbund verlangt eine zusätzliche Erhöhung der Honorare, die auf 3,5% für das 2. Halbjahr 1979 / 1. Halbjahr 1980 und 1,5% für das 2. Halbjahr 1980 vereinbart worden waren. Weiterhin keine Senkung der Vergütungen für Laborleistungen. Die Widersprüche gegen das Kostendämpfungsprogramm gehen soweit, daß die Kassenärzte äußern, „die Aufgabenstellung der Konzertierten Aktion (müsse) neu überdacht werden ..., und eine Herbstsitzung im Wahlkampf erscheint ohnehin fragwürdig".

z.ebk. **Mit einem Dringlichkeitsantrag haben die Christdemokraten im Europäischen Parlament erneut die Einführung eines europäischen Passes verlangt.** Er soll mehr Freizügigkeit an den Grenzen bringen. Die „demütigenden Kontrollen an den Grenzen" sollen darüber abgebaut werden, sagten die Sprecher aller Fraktionen im Europäischen Parlament. Von der Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EG war bei der Debatte ebensowenig die Rede wie von der Abschaffung aller zusätzlichen Erlaubnisse, Genehmigungen und Papiere, die ein Ausländer auch innerhalb der EG nachweisen muß, wenn er darauf angewiesen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen: Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis, Versicherungsnachweise etc. Genausowenig war die Rede von den Gründen, mit denen der Paß vorenthalten werden kann („Beeinträchtigung von Belangen der BRD" im Ausland, §7 Paßgesetz). Eher muß man davon ausgehen, daß eine Vereinheitlichung auf der Grundlage des negativsten gemeinsamen Nenners erfolgen wird. Für Otto von Habsburg, den alten k.u.k.-Reaktionär, ist der Europa-Paß ein Dokument dafür, „daß es keinen Widerspruch zwischen unseren Staaten und Europa gibt". Für die arbeitende Bevölkerung jedenfalls ist er, woraus er besteht: Papier.

z.mab. **Am 21.3.80 fällte die Große Strafkammer Heidelberg im Germanistenprozeß gegen drei ehemalige Fachschaftsvertreter die Urteile bezüglich der abgetrennten Anklagepunkte:** 6 Monate, 30 Tagessätze zu 20 DM für C. Koepsell, 4 Monate für S. Schmitt, 3 Monate für H. Sautmann, jeweils ohne Bewährung. Sämtliche weiteren Hilfsbeweisanträge der Verteidiger waren abgelehnt worden, um rasch zu einem endgültigen Urteil zu kommen. Aus diesen wie den bereits gefällten Urteilen (2×1 Jahr 5 Monate, 1×1 Jahr 1 Monat, Geldstrafen von 4000 bis 5000 DM) ergibt sich eine Gesamtstrafe gezimmert. Daß aufgrund des politischen Drucks aus Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen der Kurs der Staatsanwaltschaft, nämlich 3–4 Jahre Gefängnis ohne Bewährung für Klausurenboykott und Streik der Germanistikstudenten, durchkreuzt werden konnte, kann genutzt werden, um im Revisionsverfahren diese Urteile zu Fall zu bringen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

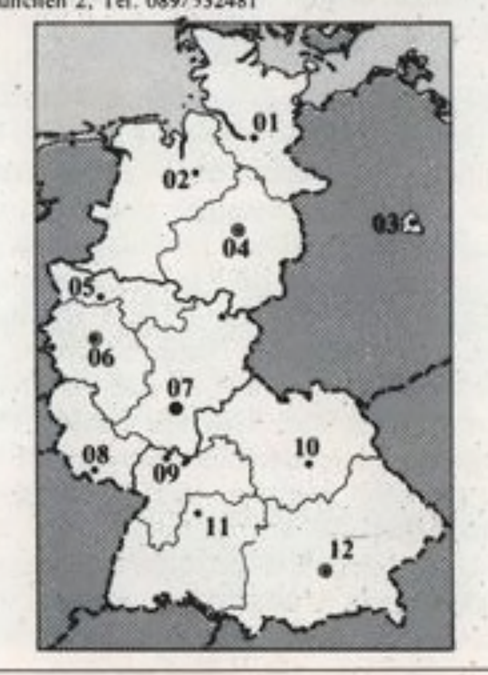
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

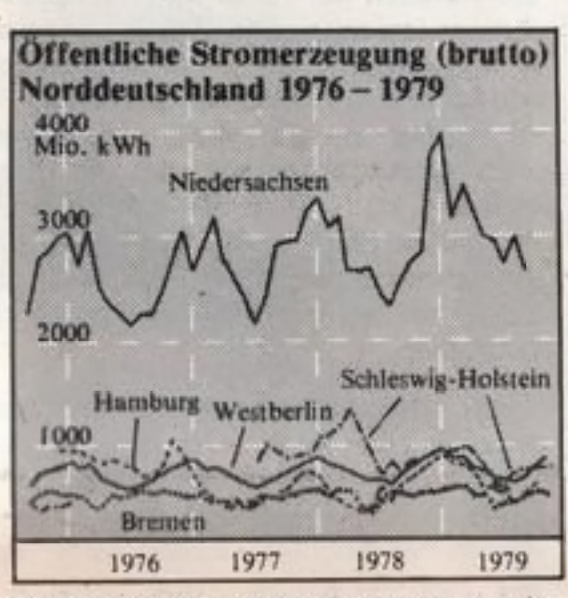
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481

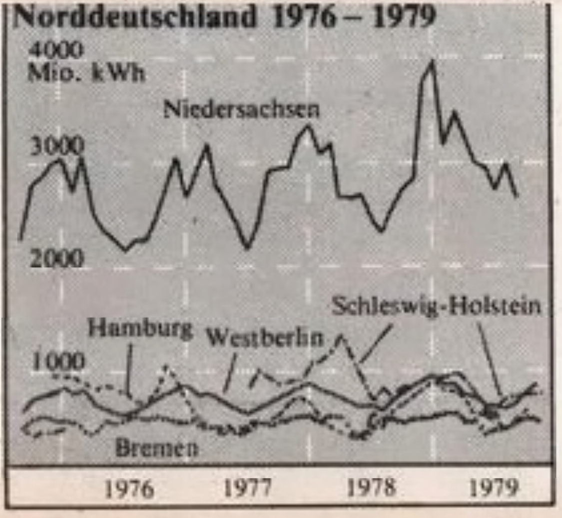


r.scm. **Seit dem Brokdorf-Urteil versucht die Bourgeoisie den Durchbruch in ihren Kraftwerksplänen endlich zu erreichen.** Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig wurden letzten Dezember die Klagen von Gemeinden und Einzelklägern gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung abgewiesen. Im selben Monat wurden die Klagen gegen die 2. wasserrechtliche Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes Unterweser vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg verworfen. Inzwischen ist dieses Kraftwerk vom Hersteller (KWU) an den Betreiber (NWK) übergeben worden und darf mit Vollast gefahren werden. Der Beginn der Tiefbohrungen zu Beginn des Jahres zur Untersuchung der Endlagermöglichkeiten in Gorleben und das nahezu einstimmigen Votum des Lüchow-Dannenberger Kreistages für ein Zwischenlager liegen auf dem von der Ministerpräsidententreffen im letzten Herbst beschlossenen Kurs in der Entsorgungsfrage und sind eine Bestätigung für dieses ausgefeilte Konzept. Gleichzeitig wird hinter den Ausbau der Kohlekraftwerke und neuen Technologien Druck gemacht: NRW-Ministerpräsident Rau verlangte öffentlich den Baubeginn der bereits genehmigten Steinkohlekraftwerke, u.a. Lahde/Petershagen (720 MW) Lünen (740 MW) und Ibbenbühren (700 MW). Neben den Bau von dem Windkraftwerk Growian I (3 MW) im Sommer im Kaiser-Wilhelms-Koog ist weit bedeutender das ,,Epos''-Projekt (,,electric power on sea''), mit dem durch ein Schwimmen des Kraftwerks kleine und/oder stark stickstoffhaltige Erdgasvorkommen in der Deutschen Bucht ausgebeutet werden sollen.

Öffentliche Stromerzeugung (brutto) Norddeutschland 1976 – 1979



Norddeutschland 1976 – 1979



r.ruz. **Bei der Auseinandersetzung um die Konsequenzen aus der Aufbringung von 2 deutschen Fabrikschiffen vor Grönland wegen unerlaubter Kabeljaufischerei ist jetzt ans Licht gekommen, daß die westdeutschen Schiffe in der letzten Zeit statt der erlaubten 10% Kabeljau-Beifang im Normalfall 70-80% Kabeljau-,,Beifang'' hatten.** Die beiden größten Reedereien, die Hanseatische Hochseefischerei (Oetker) und die Nordsee Deutsche Hochseefischerei (Unilever) haben beide in der ersten Märzwoche ihre Belegschaften unter Druck gesetzt. Die Hanseatische kündigte 30 Entlassungen in ihrem Reederei-Landbetrieb in Bremerhaven und Stillegung von 4 ihrer 5 Fabrikschiffe während der Sommermonate an. Die Nordsee will 25 Arbeiter ihres Reederei-Landbetriebes entlassen oder herabstufen, sowie 290 Arbeiter von 5 Frischfisch-Trawlern und zwei älteren Fabrikschiffen bei deren wahrscheinlicher Abwrackung entlassen. Die Betriebsräte der See- und Landbetriebe der Hochseefischerei veranstalteten am 19. März in Bonn eine Demonstration vor dem Ernährungsministerium. Schon nach Ankündigung der Demonstration hatte Ernährungsminister Ertl eine weitere einmalige Anpassungshilfe an die Reedereien angekündigt in Form von Prämien für vorübergehendes Stillegen und das Aufsuchen wenig befischter Fanggebiete sowie erhöhte Abwrackprämien.

b.hel. **Der Hamburger Senat hat beschlossen, vier zusätzliche Richter bei den Familiengerichten und drei weitere bei den Vormundschaftsgerichten einzusetzen.** Damit soll ,,den zusätzlichen Belastungen der Gerichte durch die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge Rechnung getragen'' werden. Allein die mit dem neuen Ehe- und Familienrecht verbundene Erweiterung der staatlichen Zwangs- und Kontrollmaßnahmen hat in Hamburg dazu geführt, daß Ende 1979 beim Familiengericht 9500 unerledigte Fälle anhängig waren, obwohl das Familiengericht bereits 1979 von 28 auf 37 Richter erweitert worden war. Das seit Januar 1980 geltende neue elterliche Sorgerecht bedeutet eine ,,weitere Ausgestaltung des staatlichen Wächteramtes'' bei der Aufzucht der Kinder, dem die Bourgeoisie durch frühzeitigen Ausbau des Staatsapparates Rechnung tragen will.

b.edl. Kaltenkirchen. **Bei der Fa. Otto Kabelverlegmaschinen haben die Kollegen in der Produktion 1979 durchgesetzt, daß ihnen das bisher vorenthaltene Urlaubsgeld in Höhe von 22 DM pro Tag gezahlt wird.** Der Kapitalist Otto stellt sich auf den Standpunkt, die Metallkollegen im Fahrzeugbau nach dem ungünstigen Tarif des Hamburger Groß- und Außenhandel abzuspeisen. Von 20 Kollegen forderten jetzt 17 durch 2 Vertreter Urlaub für 1980 in Höhe des Metalltarifs und Verrechnung nach Arbeits- statt nach Werktagen. Daraufhin mußte Otto auf einer Betriebsversammlung 4 bis 5 Tage mehr Urlaub für alle zugestehen.

b.clm. **Die Beweisnot der Staatsschutzkammer Flensburg im Wehrkraftzersetzungsprozeß hat sich nach der Vorlage von Berichten von MAD und Verfassungsschutz eher vergrößert.** Die Berichte enthalten zwar den Anschein nach eine Fülle von Belastungsmaterial, doch stellt sich immer mehr heraus, daß die Mitarbeiter dieser Staatsschutzbehörden nicht sonderlich zuverlässig arbeiten. Die beauftragten Spitzel haben offensichtlich nur das ausgesetzte Geld eingestrichen und sich dann ihre Berichte ausgedacht, anstatt zu ,,Arbeiten''. Jedenfalls lassen sie sich leicht vor Gericht als falsch widerlegen. Wenn die Staatsschutzkammer jetzt die Berichte überhaupt noch verwerten will, wird sie nicht umhin können, Mitglieder des Verfassungsschutzes als Zeugen zu laden. – Die Lage des Gerichts wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die geplante öffentliche Vereidigung des Jägerbataillons 381 auf dem Südermarkt, die sowohl den Offizieren als auch dem Gericht Luft verschaffen sollte, von zahlreichen Seiten angegriffen wird. Neben zahlreichen anderen Organisationen hat sich auch der SSW dagegen ausgesprochen. Gleichzeitig nahm er das zum Anlaß, anzugreifen, daß Mitglieder der dänischen Minderheit in die Bundeswehr gepreßt werden. Die Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung hat jetzt die Stadt zwingen können, eine Demonstration dagegen zu genehmigen. Die Frage, wie der Kriegsgefahr zu begegnen ist, ist in Flensburg auf die Tagesordnung gesetzt.

b.brv. **Die Beschäftigten des Bezirks-**

ten angegriffen wird. Neben zahlreichen anderen Organisationen hat sich auch der SSW dagegen ausgesprochen. Gleichzeitig nahm er das zum Anlaß, anzugreifen, daß Mitglieder der dänischen Minderheit in die Bundeswehr gepreßt werden. Die Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung hat jetzt die Stadt zwingen können, eine Demonstration dagegen zu genehmigen. Die Frage, wie der Kriegsgefahr zu begegnen ist, ist in Flensburg auf die Tagesordnung gesetzt.

b.brv. **Die Beschäftigten des Bezirksamtes Hamburg-Mitte machen Vorschlag zum 1. Mai.** In einem Brief an die ÖTV-Vertrauensleute und den DGB haben 15 Kollegen folgende Forderungen aufgestellt: 1. Festgeld im Lohnkampf, 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! 2. Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns! 3. Ein ausreichendes Kindergeld für alle – in Höhe des eines Ministers! Ausreichende Betriebskindergärten, sowie flexiblere Arbeitszeiten, insbesondere für Alleinerziehende! 4. Keine Anrechnung des Kindergeldes auf alle Sozialleistungen! In anschließenden Diskussionen mit weiteren Kollegen wurde erkannt, daß es jetzt richtig ist, sich hinter die Forderungen des Hauptvorstandes der ÖTV zu stellen, und daß es gilt, Forderungen des Hauptvorstandes der ÖTV zu stellen, und daß es gilt, den Mindestbetrag von 180 DM und die 9% Tariflohnerhöhung durchzusetzen.

b.hop. **Boykott der Olympischen Spiele durch die Bundesrepublik – Eine Antwort auf die sowjetische Aggression in Afghanistan?** Unter diesem Titel findet am 22. April, 19 Uhr in der Universität eine Veranstaltung statt. Auf Initiative der Fachschaft Sport wird sie von einer Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern mehrerer Fachschaften/Fachschaftsgruppen, der iranischen Studentenorganisation CIS und dem afghanischen Studentenverband FASA zusammensetzt, vorbereitet. Als Arbeitsgrundlage wurde sich auf eine Resolution geeinigt, die den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen und die vollständige Unabhängigkeit Afghanistans ohne äußere Einmischung fordert und auch den Veranstaltungsbesuchern zur Verabschiedung vorliegen wird. Als Podiumsteilnehmer sind Vertreter der Gewerkschaften, des AStA, des NOK und der FASA eingeladen, weitere Vertreter von Parteien, Jugend- und Sportorganisationen als Diskussionsteilnehmer. Als erstes wird die Bereitstellung eines Raumes durch das Präsidium durchzusetzen sein.

b.chc. Hamburg. **Mitgliederversammlung Heizungsbau bereitet Urabstimmung vor.** Am 17.3. haben die über 600 anwesenden Kollegen einhellig den Beschluß des Vorstandes der IG Metall zur Durchführung der Urabstimmung am 21./22. und 24.3. begrüßt. Es wurde berichtet, daß die Kollegen der Firma Noske-Kaeser, wie auch Kollegen in anderen Betrieben, die Überstunden verweigern. Die Betriebsräte wurden aufgefordert ihre Pflicht wahrzunehmen, die Genehmigung für Überstunden zu verweigern. Die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung für die Urabstimmung bestehen darin, die Kollegen von den entfernt liegenden Baustellen zu erreichen. Um dem entgegenzuwirken veröffentlichte die IG-Metall letzte Woche eine Anzeige in der Morgenpost. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen der IGM nach 10% Erhöhung der Löhne und Gehälter bei Vorweganhebung der Gehaltsgruppen K/T 2 und 3 um 75 DM, Stufenplan für 30 Tage Urlaub bis 1983. Die Kapitalisten boten 6,36% sowie einen Urlaubsstufenplan bis 1985. Am Samstagnachmittag hatten bereits ca. 60% der Kollegen sich an der Urabstimmung beteiligt, die Beschäftigten der großen Betriebe zu ca. 100%. Zur gleichen Zeit fordert die IG Metall in Niedersachsen 10% mehr Lohn und Gehalt, Erhöhung der Leistungszulage von 17,5% auf 20%, Erhöhung der Auslösesätze für Montagearbeiter, Stufenplan für 6 Wochen Urlaub bis 1982.

b.seb. **Am 17.3.80 fand im Kreiskrankenhaus Segeberg die erste Personalversammlung seit Jahren statt.** Sie war mit etwa 60 Personen gut besucht. Auch der Landrat, Graf Schwerin von Krosigk, sah sich gezwungen zu erscheinen – wenn auch mit Verspätung. Der Personalrat gab zunächst einen Tätigkeitsbericht. Selbst durch die Schließung einer Station sah sich der Kreis nicht gezwungen, zumindest die Erfüllung des geltenden Stellenplans zu gewährleisten, geschweige denn, darüber hinaus Stellen zu bewilligen. Im Gegenteil: für den Teilneubau, der demnächst bezogen wird, und alle anderen Stationen ist ein noch ungünstigerer Schlüssel geplant, Statt bisher 2,71 Betten pro Pflegekraft sollen 2,86 Betten von einer Kraft versorgt werden. Begründet wird das mit der nunmehr ,,zentralisierten Versorgung''. Einen Hol- und Bringedienst wird es aber z.B. nicht geben. Zustimmung konnte der Landrat nicht ernten. Begrüßt wurden Forderungen nach Berücksichtigung einer erhöhten Ausfallquote von 25% und Nichtanrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan.

b.oeh. **Vom 6. bis 8. März fand in Kiel die Landesvertreterversammlung der GEW statt.** Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, wie der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung weitergeführt werden soll. Nach einer längeren Auseinandersetzung wurde fast einstimmig eine Entschließung verabschiedet, in der die Forderungen der GEW erneut bekräftigt werden, die bisherige Hinhaltetaktik der Landesregierung zurückgewiesen wird, und in der es u.a. heißt: ,,. . . fordert den Landesvorstand auf, auf seiner nächsten Sitzung ein Aktionsprogramm mit flexiblen Zeitrichtwerten zu beschließen, durch das der Landesverband und seine Untergliederungen aufgefordert werden, öffentlichkeitswirksam zu agieren, z.B. durch Unterschriftenaktion, Elternbriefe, Aktion ‚Gläserne Schule', Forcierung der Diskussion über Arbeitsniederlegung, . . .''. Mit dieser Entschließung hat sich im wesentlichen die Bewegung unter den Lehrern Ausdruck verschafft, die den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung konsequent und selbständig fortsetzen will. In der ursprünglich vom Geschäftsführenden Landesvorstand vorgelegten Entschließung standen dagegen die Verhandlungen mit dem Dienstherrn im Zentrum, auf die die Lehrer jetzt vertrauen sollten. Auch in den anderen verabschiedeten Ent-

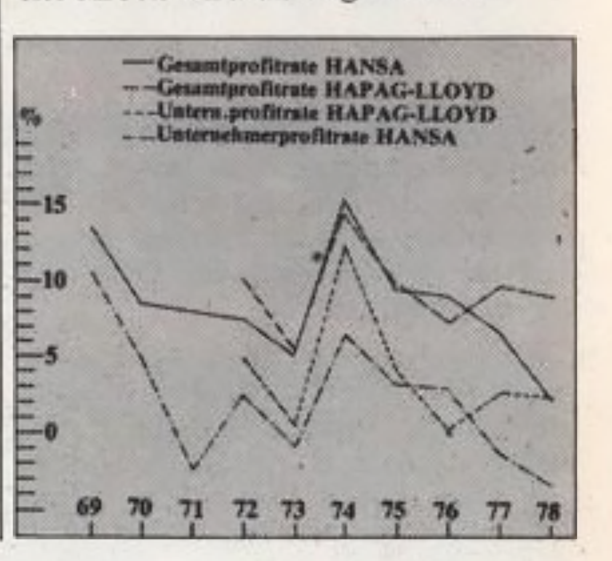
Sanierungskonzept der Hansa-Reeder: Ausflaggen, Rausschmeißen, Verschärfung der Ausbeutung

r.heh. Der DDG Hansa, der viertgrößten Reederei der BRD drohte die Pleite. Schon 1977 konnte erstmals seit Kriegsende keine Dividende ausgezahlt werden. Entscheidender Aktionär der Hansa ist die Deutsche Bank. Sie ist ebenfalls Großaktionär bei Hapag-Lloyd (größte Reederei der BRD). Das Operationsgebiet ist daher so abgestimmt, daß sie Hapag-Lloyd nicht ins Gehege kommt: Die traditionelle Mittelost- und Indienfahrt, die Spezialschwergutfahrt und die Offshoreversorgungsfahrt. Gegen die Plünderung durch die imperialistischen Länder haben sich die Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen und nehmen mehr und mehr den Transport ihrer Produkte und Rohstoffe in die eigenen Hände. Dabei nutzen sie z.B. das durch die imperialistische Konkurrenz entstandene Überangebot an Tankertonnage und Schiffen überhaupt um ihre eigenen Flotten aufzubauen, die unabhängig von den teuren Frachtraten operieren, die die imperialistischen Reedereien in ihren Konferenzen verabreden. OPEC-Länder wie Kuwait und Saudiarabien haben sich in kurzer Zeit eine eigene Flotte aufgebaut. Die ,,Außenseiter'' haben 1977 etwa die Hälfte aller Linienabfahrten auf der Route Europa - Persischer Golf bestritten und konnten die Frachtraten der Konferenzen bis zu 50% unterschreiten. Mit der islamischen Revolution in Iran fiel für die DDG Hansa schlagartig 21% ihres gesamten Ladungsaufkommens weg. Der andere Hauptgrund ist der Kampf der Seeleute. So H.C. Helms, Vorstandsvorsitzender der Hansa: ,,Die anhaltenden Kostensteigerungen insbesondere auf dem Personalsektor nehmen vor allem für die deutsche Schiffahrt bedrohliche Formen an.'' Besonders angegriffen werden die Änderungen im Manteltarif 1978, so die Einführung der 40-Stundenwoche.

Wie will die Hansa ihre Profite wieder hochtreiben? Sie konzentriert sich auf die Verschärfung der Ausbeutung. Seit 1977 sind etwa 700 Seeleute zum Verlassen der Reederei getrieben worden, was 8,5 Mio. DM eingespart hat.

7 Mio. wurden 1979 eingespart durch Verkauf und Ausflaggen von Schiffen auf Großer Fahrt, Reduzierung der Besatzungen oder Austausch durch billige Lohnarbeiter vor allem aus Asien. Für 1980 sind von vornherein Personalkostensenkungen von 14,6 Mio. DM vorgeplant. Sie sollen vor allem durch Ausflaggen von 20 - 30 Versorgerschiffen und damit verbundenen Entlassungen erreicht werden, außerdem durch ein anderes Bereederungssystem, wodurch etwa 35 Verwaltungsangestellte und Spediteure im Bremer Hansakontor wegrationalisiert werden. Die Schiffsleitungen wurden angehalten, dafür zu sorgen, daß dieselbe Arbeit mit weniger Überstunden geschafft wird. Das Kapital erwartet steigende Profite: Bankschulden werden gestundet, etwa 40 Mio. wollen Bund und Länder zahlen. Nach einem Kapitalschnitt von 6:1 wurde das Aktienkapital neu um 30 Mio. DM aufgestockt.

Gegen diese Pläne der Geschäftsleitung hat sich die Belegschaft zusammengeschlossen, wie aus den Anträgen der ÖTV-Betriebsgruppe an die Kreisdelegiertenkonferenz am 23.2.80 zu erkennen ist. Es wird u.a. beantragt, die Schlichtungsvereinbarung zu streichen, weil sie die Schlagkraft im Lohnkampf entscheidend schwächt. Ein weiterer Antrag lautet: Keine Diskriminierung ausländischer Seeleute an Bord deutscher Schiffe. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird darin gefordert.

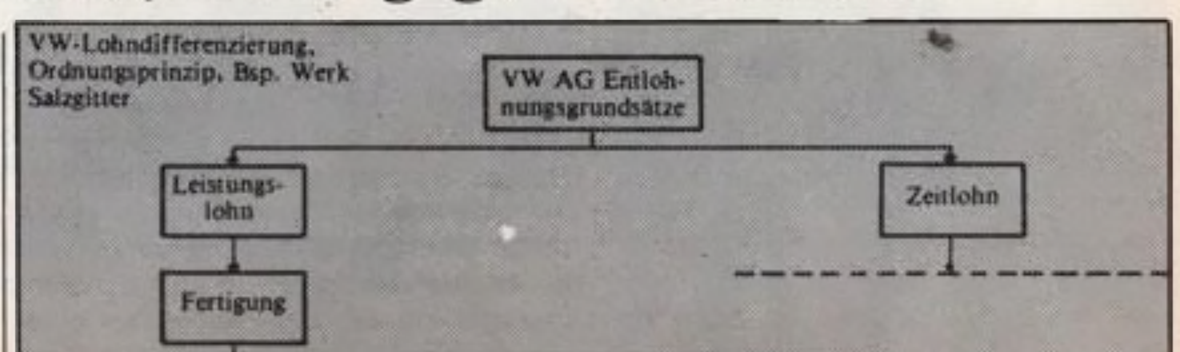


VW-Lohndifferenzierung: Betriebsräte fordern kleine Arbeitssysteme gegen Umsetzerei

r.uwp. Der von der IG Metall bei VW abgeschlossene Lohndifferenzierungstarifvertrag beinhaltet die Abschaffung der analytischen und die Einführung der summarischen Arbeitsplatzbewertung nach dem Kriterium ,,als was beschäftigt''. Die Einstufung der Arbeitsplätze erfolgt jetzt einerseits nach einem vereinbarten Ordnungsprinzip, dessen kleinste Einheit das

VW-Lohndifferenzierung: Betriebsräte fordern kleine Arbeitssysteme gegen Umsetzerei

r.uwp. Der von der IG Metall bei VW abgeschlossene Lohndifferenzierungstarifvertrag beinhaltet die Abschaffung der analytischen und die Einführung der summarischen Arbeitsplatzbewertung nach dem Kriterium ,,als was beschäftigt''. Die Einstufung der Arbeitsplätze erfolgt jetzt einerseits nach einem vereinbarten Ordnungsprinzip, dessen kleinste Einheit das Arbeitssystem ist, andererseits über Anlehnungsbeispiele: Typische Tätigkeiten innerhalb der Arbeitssysteme, die als Vergleich dienen können. Gleichzeitig ist das Arbeitssystem eine gewisse Eingrenzung in Bezug auf Umsetzung an andere Arbeitsplätze: ,,Bei Wechsel zwischen gleichwertigen (aber ungleichartigen, d. Verf.) Arbeitssystemen innerhalb eines Bereichs erhält der Lohnempfänger eine Zulage in Höhe von 1,8% des Lohnnes'', mindestens aber 1,8% von Lohnniveau H (jetzt 16,06 DM, also mindestens 29 Pf).



,,Flexibilitätsvorteile in der Produktion, langfristig Produktivitätsverbesserung'' (Arbeitsdirektor Briam) erhoffen sich die VW-Kapitalisten von dem Vertrag. Weil ,,Mitarbeiter, die in einem Arbeitssystem beschäftigt sind, haben die zu einem Arbeitssystem zusammengefaßten Tätigkeiten durchzuführen''. ,,Ich gehe von der Hoffnung aus, daß wir unter 1000 Arbeitssystemen bleiben'', so Kugland, Schmückers Verhandlungsführer. Bei insgesamt 96000 Leistungs- und Zeitlöhnern wären das durchschnittlich mindestens 96 Arbeitsplätze, an denen sie die Arbeiter ohne Zulage hin und herschieben können.

In den Lohndifferenzierungskommissionen auf Werksebene wird gegenwärtig über die Umsetzung des Vertrages verhandelt. In Bezug auf das VW-Werk Salzgitter z.B. will der VW-Vorstand nur einen Funktionsbereich (FB) ,,Mechanische Fertigung, Motoren'' durchsetzen. Der Betriebsrat vertritt dagegen eine weitere Aufgliederung mit dem Ziel, möglichst kleine Arbeitssysteme zu erhalten. So fordert er bei den Motorenbändern jeweils 4 Arbeitssysteme, während die Betriebsführung nur 2 zulassen will, einfach unterteilt nach den 2 dort vorhandenen verschiedenen Lohnniveaus. Mit dem abgedruckten Schaubild haben wir einen Vorschlag unterbreitet, der bis zu herausgegriffenen Beispielen bei den Arbeitssystemen geht. Richtschnur dabei war: Besondere Arbeitssysteme bei andersartigen Tätigkeiten und dort, wo die Schinderei besonders groß ist.

Betriebsversammlung Bremer Vulkan: Gegen Kurzarbeit und Lohnsenkungspolitik der Kapitalisten

r.hek. „Die Geschäftsleitung weigert sich, die Kurzarbeit der Gerüstbauer zu zahlen, jedoch wurde erreicht, daß die Kurzarbeit für das Gewerk sofort abgesetzt wird. Für die Streikzeit kann Urlaub genommen werden.“ Dies teilte der Betriebsrat des Bremer Vulkan auf der Betriebsversammlung mit. Die Betriebsführung wurde daraufhin ausgepfiffen. Die Gerüstbauer streikten von Freitag, den 14.3. bis Montag, den 17.3. gegen den Einsatz von Fremdfirmen während der Kurzarbeit. „Wir sehen nicht ein, daß unser Lohn aus der Versicherungskasse gezahlt werden soll. Die Geschäftsleitung soll zahlen.“

Freitag mittag unterstützten 2000 Arbeiter diese Forderung auf einer von den Vertrauensleuten organisierten Versammlung. Dies und die Betriebsversammlung im Nacken, bot die Betriebsführung den Kompromiß an. Die Gerüstbauer stimmten zu. Etwas zu früh, sagten viele, die Betriebsversammlung hätte sich zur Durchsetzung der Forderung angeboten.

Diese unterschied sich von den vorhergegangenen durch Pfiffe und Rufe gegen die Betriebsführung, bevor diese überhaupt zum Sprechen kam. Der Bericht des Betriebsrates verwies auf pausenlose Kürzungen aller Sozialleistungen, auf die kontinuierliche Reduzierung der Belegschaft, z.T. durch Abfindungen zwischen 4 - 5000 DM.

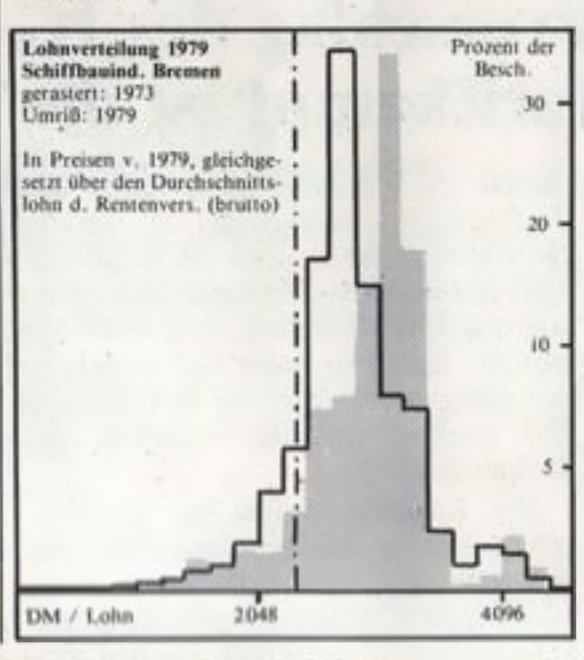
Sie lassen Reparaturen auf Tankern im Akkord durchführen, der Empfehlung des Gewerbeaufsichtsamtes zum Trotz, den Akkord hierbei zu verbieten und nicht länger als 8 Stunden arbeiten zu lassen. Einen Entwurf des Betriebsrates hierzu nehmen sie nicht zur Kenntnis.

Ende Februar 1980 streikte der Schiffbaubereich 4 Tage gegen die Abgruppierung eines türkischen Arbeiters. Die Abgruppierung wurde ausgesetzt. In diesem Gewerk wird „frühverrentet“ und die jugendliche Arbeitskraft 1 - 2 Lohngruppen unterhalb des Ecklohns ausgebeutet, bei strikter Verweigerung etwaiger Höhergruppierungen.

Insgesamt wurden in 1979 418999 Kurzarbeiterstunden verfahren; in den ersten 3 Monaten 1980: 270000.

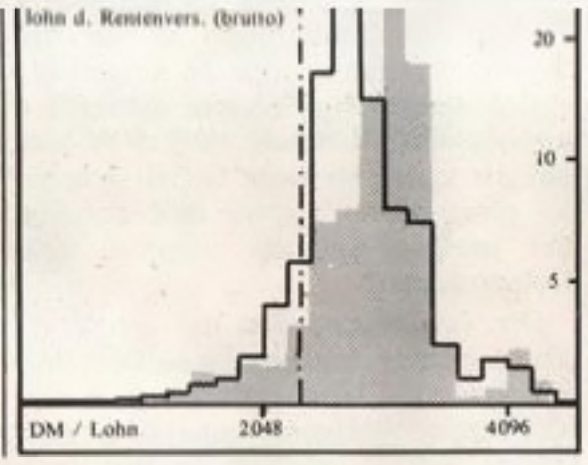
Der Auftragsbestand „sichert“ die Beschäftigung bis Mitte 1981: drei 77000 TDW Mehrzweckfrachter, davon zu 99% einen Folgeauftrag, ein RoRo, ein Container, ein Passagierschiff.

Die Lohnverteilung Schiffbau gibt Auskunft darüber, wie die Schiffbaukapitalisten ihren Marktanteil auszudehnen gedenken: Von 1973 bis 1979 haben sie es geschafft, die Bruttolöhne um zwei Lohnklassen nach links zu verschieben. Wenn sie auch das Gefüge insgesamt noch nicht entscheidend spalten konnten, bedeutet diese Verschiebung aber immer eine Senkung des Bruttodurchschnittslohnes – gemessen an den Preisen von 1979 – um ca. 150 DM. In seinem Redebeitrag forderte ein Genosse des KBW den Betriebsrat auf, dieser Tendenz durch den Abschluß von Betriebsvereinbarungen, die den Akkord um einen Mindestsatz absichern, Abgruppierungen verbieten und vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit garantieren, entgegenzuwirken.



Trotz, den Akkord hierbei zu verbieten und nicht länger als 8 Stunden arbeiten zu lassen. Einen Entwurf des Betriebsrates hierzu nehmen sie nicht zur Kenntnis.

Ende Februar 1980 streikte der Schiffbaubereich 4 Tage gegen die Abgruppierung eines türkischen Arbeiters. Die Abgruppierung wurde ausgesetzt. In diesem Gewerk wird „frühverrentet“ und die jugendliche Arbeitskraft 1 - 2 Lohngruppen unterhalb



Streik bei VFW für Erhöhung der Zulagen und bezahlte Frühstückspausen

r.des. Bei VFW in Bremen wird seit dem Ende der Metall-Tarifrunde darüber diskutiert, daß der Lohn bei VFW insgesamt zu niedrig sei. Gestiegene Arbeitshetze, höherer Produktionsausstoß (110% mehr in den letzten 2 Jahren) und durch die Fusion mit MBB bevorstehende Rationalisierungen gaben den Anlaß für ein Forderungspaket, was die VFW-Kapitalisten zusätzlich zum Tarifabschluß bezahlen sollten. Bei VFW besteht eine Betriebsvereinbarung, die besagt, daß die Gruppenzulage sich mit der Tariferhöhung erhöht. Die Kapitalisten haben aber den dynamisierten Betrag in der Februar-Abrechnung noch nicht bezahlt. Betriebsrat und Vertrauensleutekörper stellten daraufhin eine Forderung auf,

die im Schnitt 0,60 DM für alle mehr auf den Abschluß bringen sollte. Die Kapitalisten hingegen boten nur die innerbetrieblich abgesicherten 9,1% auf die Gruppenzulage an, was ab Lohngruppe 5 ca. 0,10 DM ausmacht. Alle anderen Forderungen lehnten die VFW-Kapitalisten beharrlich ab.

Am 12.3.80 kam es daraufhin zum Streik. 600 VFW-Arbeiter und Angestellte marschierten 1 Stunde durch sämtliche Hallen, um ihre Forderungen nach Absicherung einer bezahlten Frühstückspause, 0,60 DM mehr pro Stunde sowie Beteiligung an sämtlichen Rationalisierungsgewinnen zu bekräftigen. Die VFW-Kapitalisten lehnten ab. Die Betriebsführung ließ ein Schreiben heraus, in dem sie auf die Rechtswidrigkeit von Streik hinwies und jedem Arbeiter und Angestellten mit fristloser Kündigung drohte. Der Betriebsrat, der am 20.3. erneute Verhandlungen über die Forderung führte, teilte den Arbeitern und Angestellten am 21.3. mit, daß die Kapitalisten erneut die Forderung abgelehnt sowie eine außerordentliche Betriebsversammlung zu diesem Thema verboten hätten. Ein erneuter Streik kam durch die Spaltungsmanöver der Kapitalisten nicht zustande. Jetzt soll im Vertrauensleutekörper eine neue Taktik beraten werden.

Demonstration der LSVen in Kiel gegen die Bildungspolitik der Landesregierung

b.uws. 1500 Schüler und Lehrlinge haben am 22.3. in Kiel landesweit gegen die Bildungspolitik der Landesregierung demonstriert. „12 Stunden Berufschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen! Weg mit der Oberstufenverordnung! Weg mit dem Schulgesetz!“, waren die zentralen Forderungen, unter denen die Landesschülervertretungen der Berufsschulen und Gymnasien aufgerufen hatten.



Die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen war unter den Transparenten am meisten vertreten, was auf zahlreiche Teilnahme von Berufsschülern zurückzuführen ist. Vorausgegangen sind Auseinandersetzungen an allen Berufsschulen, in der LSV und mit den Gewerkschaften, vor allem über die Verbesserung der Berufsausbildung, über das Berufsgrundbildungsjahr und über die Stufenausbildung, über die Oberstufenreform und die Unterdrückung durch das Schulgesetz. Auf der Abschlußkundgebung bekräftigten die LSVen und die Gewerkschaften ihre weitere Zusammenarbeit.

Der Sprecher der LSV der Berufsschulen sprach sich in seiner Rede für den Erhalt der Facharbeiterausbildung aus und forderte: Kein BGJ und Stufenausbildung ohne 3-jährigen Lehrvertrag. Dagegen, daß die Ausbildung in den Händen der Kapitalisten nach Profitinteressen organisiert wird, wurde das Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften auch an den Berufsschulen gefordert. Weiterhin sprach er sich gegen die neue Oberstufenverordnung aus und machte den Vorschlag die konkrete Umsetzung an den Gymnasien zu verhindern. Um die Bedingungen zu schaffen, den Kampf gegen die Pläne der Landesregierung weiterzuführen wurde die Notwendigkeit der Organisierung der Lehrlinge in den Gewerkschaften hervorgehoben.

Der Vertreter der DGB-Jugend unterstrich die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht und sprach sich für die Schaffung von ausreichenden Lehrstellen und für eine qualifizierte Berufsausbildung aus.

Ein Vertreter des Kreisverbandes Kiel der GEW verlas eine Solidaritätsadresse an die LSV der Berufsschulen und begrüßte deren Aktivitäten.

Die Schüler und Lehrlinge haben mit dieser Demonstration ihren Willen kundgetan, der Politik der Landesregierung einen Riegel vorzuschieben. Als nächstes kommt es darauf an, daß die Arbeiterklasse sich der Durchsetzung dieser Forderungen annimmt und am 1. Mai erhebt. In Kiel wurde dem Kreisjugendsausschuß die Organisierung einer Demonstration vom Kreisvorstand des DGB verboten. Eine eigene Veranstaltung wird aber weiterhin am 1. Mai angestrebt.

Die Fischer lassen die Verschmutzung der Fanggründe durch die Profitproduktion nicht mehr zu

b.sal. Mit zunehmender Abwässereinbringung (Verklappung) im Raum Hamburg sind die Binnenfischer fast vollständig vernichtet worden. Immer weiter sind sie an die Elbmündung getrieben worden. Nur noch acht von ih-

Hamburg seinen Klärschlamm und andere chemische Abfälle in das Seegebiet bei Helgoland verklappen kann. Ebenfalls hat im letzten Jahr die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste, die sich aus Vertreter.. der

und empfahl die Einschränkung der Industriemüllverklappung.

Angesichts des kommenden Wahlkampfes wollen CDU und SPD die mißliche Lage, die sich durch den Kampf gegen die Abwässerverklap-

Die Fischer lassen die Verschmutzung der Fanggründe durch die Profitproduktion nicht mehr zu

b.sal. Mit zunehmender Abwässereinbringung (Verklappung) im Raum Hamburg sind die Binnenfischer fast vollständig vernichtet worden. Immer weiter sind sie an die Elbmündung getrieben worden. Nur noch acht von ih-
nen fischen an der Elbmündung vor Brunsbüttel. Im September letzten Jahres legten sie offen, daß 10 bis 30% der im Elbwasser gefangenen Fische Verwachsungen und Geschwüre aufweisen. Einige Fischarten, wie z.B. der Kaulbarsch und die Aalquabbe sind dort nicht mehr zu finden. Als Verursacher greifen die Fischer die Industriekonzerne in Brunsbüttel an. Insbesondere fürchten sie die Abwässer der Bayer-AG, der Chemischen Werke HÜLS, sowie die Kühlwasseranlage des Kernkraftwerks. Die bisherigen Verluste durch das KKW bezifferte der Sprecher des Altenwerder Fischervereins mit einem Marktwert von rund 200000 DM, weil trotz Fischscheuchanlage die Fische in das Kühlwasser gesogen werden.

Schon 1978 haben die Fischer Anzeige gegen unbekannt wegen des riesigen Fischsterbens gestellt, das Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Jetzt fordern sie den Stop der Einbringung von Titanrückständen (Verursacher: Kronos Titan, Nordenham). Ein Fischer hat im Dezember Klage gegen die Bundesrepublik erhoben, weil das Deutsche Hydrographische Institut erlaubt hat, daß das Land

Hamburg seinen Klärschlamm und andere chemische Abfälle in das Seegebiet bei Helgoland verklappen kann. Ebenfalls hat im letzten Jahr die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste, die sich aus Vertreter.. der
Gemeinden, Kurorte und Landkreise an der Nordsee, sowie der Wasser- und Bodenverbände und der Organisationen des Fremdenverkehrs und der Fischerei zusammensetzt, gefordert, daß der Antrag der Schelde Chemie auf Verklappung von 400000 t Abfälle aus der Buchstabensäureproduktion in die Nordsee abgelehnt werden soll. Die Belastung durch Klärschlamm, Dünnsäuren, Öl, Produkte der Abfallverbrennung und Schmutzfrachten, der in die Nordsee mündenden Flüsse dürfe nicht noch mehr erhöht werden.

Die Umweltschutzabteilung der Landesregierung, die Fischereiaufsicht Kiel und die bürgerlichen Parteien waren gezwungen, sich in Bewegung zu setzen. Nach einer Besichtigung vor Ort mußten die Angaben der Fischer über vorhandene Fischkrankheiten bestätigt werden. Die Bundesforschungsanstalt für Fischerei Hamburg, ließ heraus, daß die deutsche Nordseeküste bis an die kritische Grenze belastet sei: 8% der dort lebenden Plattfische weisen ungewöhnliche Krankheitsbilder auf, auch Dorsche sind betroffen. Sie machte den Fischern ein Zugeständnis

und empfahl die Einschränkung der Industriemüllverklappung.

Angesichts des kommenden Wahlkampfes wollen CDU und SPD die mißliche Lage, die sich durch den Kampf gegen die Abwässerverklap-
pung ergeben hat, positiv für sich wenden, indem die SPD der Landesregierung Schleswig-Holstein und die CDU dem Hamburger Senat die Verantwortlichkeit in die Schuhe schiebt. Der Kreisparteitag der Dithmarscher SPD forderte jetzt alle parlamentarischen Gremien des deutschen Bundestages auf, dafür zu sorgen, daß keine Genehmigung zum Verklappen erteilt wird. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, durch Einrichtungen die Belastungen und Gefährdungen von Menschen und Landschaft im Auge zu behalten. Obwohl die Forderungen der SPD-Kommunalpolitiker den Kampf der Fischer unterstützen, nützt es nichts, den Kampf auf die Landtagsfraktion zu verlegen. Auch Brunsbüttels Bürgermeister Austermann (CDU), der schon als Bundestagskandidat durch die Lande reist, kann höchstens bei seinen Parteimitgliedern ankommen, wenn er propagieren läßt, daß die Ursachen der Fischerkrankungen nicht geklärt seien und die schleswig-holsteinische Gewässerqualität befriedigend sei. Bei den Fischer hat er damit nichts gewonnen. Fest steht, daß sie ihren Kampf weiter führen.

---

schließungen kommt der Fortschritt der Bewegung unter den Lehrern zum Ausdruck. Z.B. in der Ablehnung aller Rückstufungspläne oder in der Forderung nach einer 6-jährigen Grundschule statt einer 4-jährigen Grundschule und einer 2-jährigen Orientierungsstufe.

b.brg. **Auf der letzten Gemeinderatssitzung in Stolk, wurden von etwa 10 Jugendlichen 160 Unterschriften für die Forderung nach einem Jugendraum an den Bürgermeister überreicht.** Auch einige der Gemeinderatsmitglieder hatten bereits unterschrieben. Für die Jugendlichen gibt es in Stolk und Umgebung keine Möglichkeit, sich zu treffen und ihren Interessen nachzugehen. Erreichen konnten die Jugendlichen, daß ein Gespräch von Seiten des Gemeinderates mit ihnen vereinbart wurde. Räumliche Vorschläge von den Jugendlichen hatte der Bürgermeister abgelehnt und darauf verwiesen, daß so etwas Zeit brauche. Auch in anderen ländlichen Gemeinden stellt sich für die Jugendlichen das Problem. In Silberstedt (auch Kreis Schleswig-Flensburg) hat letzte Woche eine Gründungsversammlung für eine Jugendgruppe Silberstedt/ Esperstoft stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand auch das Problem eines Jugendraumes. Es gäbe zwar Möglichkeiten in Sport-, Reiter- oder sonstwelche Vereine einzutreten, aber keine Möglichkeiten, wo die Jugendlichen sich treffen können um z.B. ihre Probleme zu beraten. Weiter stand auf der Tagesordnung, Festlegung von Ort und Zeit regelmäßiger Treffs und eines Veranstaltungskalenders. Dieses Treffen mußte in einer Gaststätte stattfinden, was ja zumindest mit Verzehrkosten verbunden ist.

r.bel. **Bei den Kreistagswahlen in Friesland gewann die SPD 2,7% an Stimmen dazu und erlangte damit 51,8%.** In den Landkreisen Ammerland und Wittmund hat die SPD, genau wie die CDU und die FDP, Stimmenverluste. Die DKP kandidierte nicht. Die „Grünen“ bekamen mit 4,1 bis 4,8% in jedem der drei Kreistage zwei Sitze. In Friesland, Wahlbezirk Bockhorn, wo auf Betreiben der CDU-Landesregierung das Krankenhaus Osterforde geschlossen werden soll, verlor die CDU 1020 Stimmen, das sind 10,5%. Der KBW kandidierte nur im Wahlbezirk Varel und erhielt hier 57 Stimmen, das sind 0,2%.

Veranstaltungskalender

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums

Pinneberg, 24.3. bis 28.3.80, 20 Uhr, Hotel Waldenauer Park, Waldenauer Markt, Waldenau
Kiel-Ost, 24.3. bis 28.3.80, 20 Uhr, Gaststätte „Zur Linde“, Königsbergerstraße 19
Winsen, 31.3. bis 4.4.80, 20 Uhr

Geschichte der gesellschaftlichen Formationen

Schleswig, 24.3. bis 28.3.80, 20 Uhr, Gaststätte „Schleimöwe“, Süderholmstraße

Seminar: Die Auswirkungen der Ehrenberggesetze im Gesundheitswesen und auf die Renten

Lüneburg, 29.3.80, 14 Uhr, Hochschule Lüneburg, Wilschenbrucher Weg

Podiumsdiskussion: Olympiaboykott?

Buchholz, 27.3.80, 19 Uhr, Jugendzentrum Buchholz, Veranstalter: AG „Afghanistan“ des Jugendrates

Zeichenkurs

Hamburg, Kunstgeschichte I: Renaissance, 28.3.80, 18 Uhr, Universität, Phil-Turm, Raum 964

Kiel, Übungen zur Anatomie, 30.3.80, 14 Uhr, Universität, „Alte Mensa“

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Sonnabend, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Tradition und Umbruch in der chinesischen Malerei – die Entwicklung der Tuschmalerei von 1949 bis heute

Hamburg, 25.3.80, 20 Uhr, Altonaer Museum, Museumstraße 23, Veranstalter: GDCF Hamburg

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 28.3.80, 8.30 Uhr, Landgericht Lüneburg, Staatsschutzkammer

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen Nötigung und Körperverletzung eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 27.3. und 28.3.80, jeweils 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Saal 237

Wehrkraftzersetzungsprozeß

Flensburg, 24., 26., 28.3.80, jeweils 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58

Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gegen D. Meier

Oldenburg, 26.3.80, 10.30 Uhr, Amtsgericht Oldenburg

Demonstration: Einstellung aller Ehrenbergprozesse

Lüneburg, 29.3.80, 11 Uhr, Auf der Altstadt

Jungheinrich: Kampf gegen die Spaltung der Belegschaft durch Firmenneugründung

b.hel. Im Januar 1980 gab die Konzernleitung von Jungheinrich bekannt, daß sie beabsichtigt, zum 1. April eine neue Jungheinrich-Firma zu gründen, und zwar die Jungheinrich Gabelstapler GmbH & Co KG. Aufgabenstellung dieser neuen Firma sei der Vertrieb und Service aller Erzeugnisse der Jungheinrich-Gruppe, also vor allem der Gabelstapler „Ameise". Für die Jungheinrich-Kapitalisten ist nach eigener Aussage die Gründung dieses Verkaufshauses ein „logischer Schritt zur Vereinheitlichung unserer Betriebsstruktur und er schafft uns finanziellen Spielraum für längerfristige Expansion im deutschen Inland".

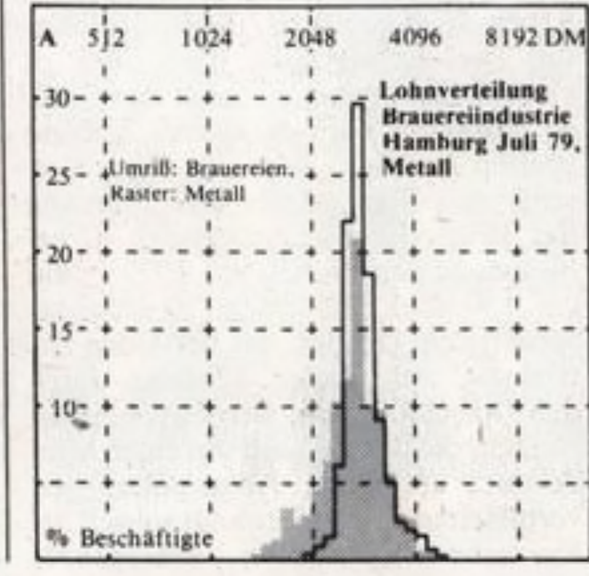
Neue Firmen gründen die Jungheinrich-Kapitalisten immer dann, wenn sie verstärkt die Belegschaft spalten und in ihren Rechten schwächen wollen, als Voraussetzung verschärfter Ausbeutung. Sie denken sich die Aufspaltung der etwa 4000 Angestellten und Arbeiter in ab 1.4. fünf rechtlich völlig getrennte Firmen als ein relativ billiges und wirksames Mittel.

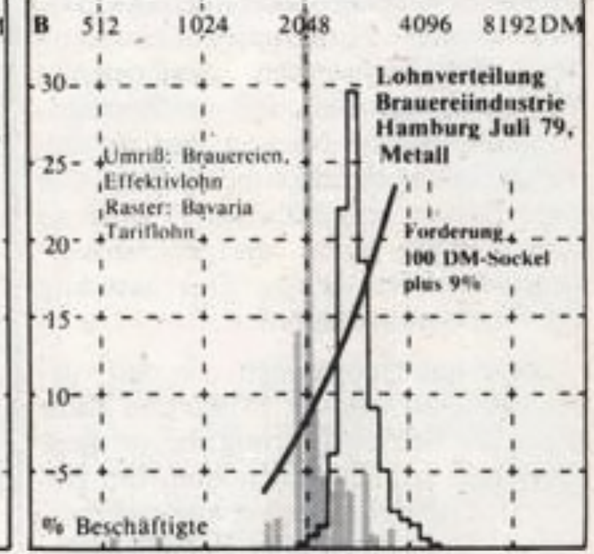
Fast in einem Atemzug mit der Bekanntgabe der Neugründung wurde von der Betriebsführung propagiert, daß „selbstverständlich" ein eigener neuer Betriebsrat gegründet werden muß. Etwa 750 Kollegen, verstreut in den verschiedenen Niederlassungen in der BRD, werden in der neuen Firma zusammengefaßt. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist es nicht möglich, daß die verstreuten Belegschaften einen gemeinsamen Betriebsrat wählen. Jede Niederlassung müßte sich demnach einen eigenen Betriebsrat wählen. Es ist klar, daß die Kampfkraft eines solchen Betriebsrates, der vielleicht maximal 100 Kollegen vertritt, den Jungheinrich-Kapitalisten gegenüber wesentlich geschwächt ist. Der Betriebsrat der Jungheinrich-Maschinenfabrik, der ca. 2000 Kollegen vertritt, hat darum gekämpft, die Vertretung der Kollegen in der ausgegliederten Firma weiterhin zu übernehmen. Er kam damit aber juristisch nicht durch, obwohl für die Jungheinrich-Kapitalisten in Personalunion die gleichen drei Geschäftsführer beide Firmen managen. Die Kapitalisten sollen zentral und straff organisiert bleiben, während wie die Vertrauensleute der IG Metall in einem Flugblatt schreiben, die „Belegschaften und Betriebsräte gegeneinander ausgespielt werden" könnten. Und Jungheinrich ist schon kräftig dabei. Es ist bekannt geworden, daß die Jungheinrich-Kapitalisten in der Verwaltungsabteilung Strohmänner als Betriebsräte aufzubauen versuchen. Andererseits beraten die Kollegen z.B. in dem Reperaturwerk Forderungen, die verhindern sollen, daß die Konzernleitung mit den Belegschaften in den einzelnen Firmen und Firmenteilen nach eigenem Gutdünken umspringen kann. Dazu gehört: Aufbau eines starken Gesamt- und Konzernbetriebsrates. Weiterhin hartnäckiger Kampf um die Tarifbindung der Jungheinrich-Kapitalisten, die nicht nur eine Mindestabsicherung der Löhne und Gehälter bedeutet, sondern den Kollegen überhaupt erst das Recht, Arbeitskampfmaßnahmen durchzuführen, verschafft. Anhebung des Zeitlohnfaktors von 135% auf die Höhe des Akkordlohndurchschnitts, der etwa bei 150% liegt.

Vertrauensleute der NGG beraten Forderung für die Brauindustrie

b.loh. Zum 30.3. wird der Tarifvertrag für die Brauereien in Hamburg und Schleswig-Holstein gekündigt. Am 18.3. fand eine öffentliche Vertrauensleutesitzung der Gerwerkschaft NGG für diesen Bereich in Hamburg statt, auf der die Forderungen beraten wurden. Der einheitliche Wille der Mitglieder, das zeigte auch eine Fragebogenaktion der NGG in den drei Hamburger Brauereien, geht dahin, die unteren Lohngruppen stärker anzuheben. Dies soll geschehen über die Durchsetzung von Mindestbetrag und Prozentforderung, oder von Sockelbetrag plus einer Prozentforderung. Der Mindestbetrag soll bestimmt bei 180 DM liegen. Als Sockelbetrag wurden 100 DM vorgeschlagen, zusätzlich 9%, betont wurde, daß bei 100 DM wirklich abgeschlossen werden muß. Einigkeit bestand darin, daß die Forderung auf jeden Fall hoch sein müsse, wegen der hohen Preissteigerungsrate (5,5%) und den steigenden Steuerlasten. Der Wunsch ist auch, den schlechten Abschluß vom letzten Jahr (4,2%) wieder wettzumachen, das wird aber einfach über eine hochangesetzte Forderung nicht gehen. Die Voraussetzungen eine hohe Forderung durchzusetzen haben sich verbessert, in allen Hamburger Brauereien gewinnt die NGG an Mitgliedern, bei der Elbschloss sind die DAG-Mitglieder fast geschlossen in die NGG eingetreten.

Die Effektivlohnverteilung der Brauereien zeigt im Vergleich zu Metall eine geringere Spreizung, Im wesentlichen liegt das daran, daß der Anteil an Frauenarbeit viel geringer ist (11,4%). Beim Vergleich zwischen Effektivlohn und Tariflohn der Brauereien kommt heraus, daß über 20% des Effektivlohns aus Überstunden-, Schicht- und anderen Zulagen besteht. Seit 1970 ist es den Brauereikapitalisten gelungen die Arbeitsleistung pro Beschäftigten stark hochzuschrauben. Sie haben die Belegschaften von 3177 (1970) auf 2233 (1978) um 31,3% verringert. Im Zeitraum 1970-78 haben sie den Bierausstoß pro Beschäftigten von 840 hl auf 1221 hl um 45,4% erhöhen können.





Auf dem Strukturvorschlag des IG-Chemie-Hauptvorstandes zum Tarifkampf ist die Einheit möglich

b.rus. Auf der Funktionärsversammlung der IG Chemie Hamburg am 13.3. gab Werner Beck, Industriegruppenleiter Chemie beim IG Chemie-Hauptvorstand, einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der chemischen Industrie. 1979 haben die Chemie-Kapitalisten eine Umsatzsteige- rung von 14,6% erzielt gegenüber 5,2% und 0,5% in den beiden Vorjahren. Der Export stieg um 18,5% auf 44 Mrd. DM, der Import um 27% auf 24 Mrd. DM. Seit 1974 haben die Chemiekapitalisten aus einer um 8% verringerten Beschäftigtenzahl 12% mehr herausgeholt. Dem stehen gegenüber eine 4,3%ige Tariferhöhung bei den Arbeitern und eine 4,5%ige bei den Angestellten. Die Effektivverdienste sind 1979 bei den Arbeitern um 4,9% und bei den Angestellten um 5,7% gestiegen. Für Hamburg gab Werner Beck eine Umsatzsteigerung von 4,8% an, die damit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Damit hat sich für Hamburg eine Entwicklung fortgesetzt, die seit 1973 zu beobachten ist. Hatte von 1950 bis 1972 der Umsatz pro Beschäftigten in Hamburg immer, zum Teil weit über dem Bundesdurchschnitt gelegen, ist das seit 1973 umgekehrt. Es ist klar, daß die Chemiekapitalisten im kommenden Lohnkampf für Hamburg ein besonderes Geschrei anstellen werden. Um so nötiger ist die rasche Einigung der Belegschaften auf eine einheitliche Lohn- und Gehaltsforderung, zumal der Durchschnittslohn in Hamburg unter dem Bundesdurchschnitt Chemie liegt und weit über 1 DM unter dem Durchschnitt Metall.

Die Funktionärsversammlung hatte den Vorschlag des IG-Chemie-Hauptvorstandes zur Lohn- und Gehaltstarifrunde für das Tarifgebiet Nordmark-Berlin zu beraten. Anbindung der Facharbeiter-Lohngruppe IV an die Technikergehaltsgruppe T3 dergestalt, daß die auf T3 geforderte Prozenterhöhung als DM-Betrag auf LG IV und auf die kaufmännische Gehaltsgruppe K3 gerechnet wird sowie Beibehaltung der jetzigen Relation zwischen den der jetzigen Relation zwischen den Lohngruppen.

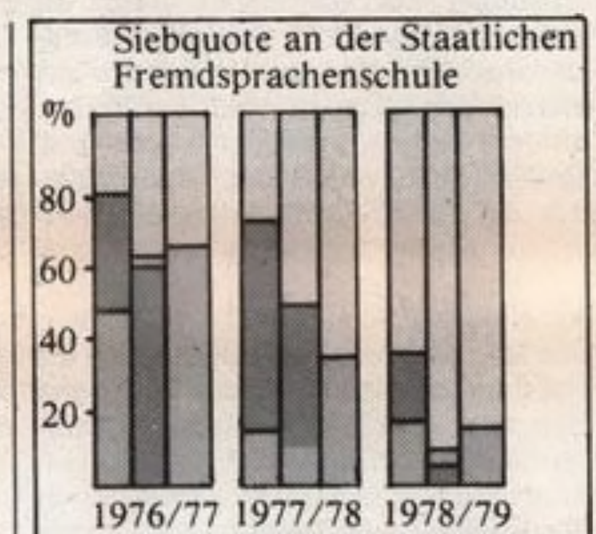
Die Tarifkommission hat den Vorschlag bereits angenommen. Der Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Chemie, Wolfgang Baumhöver, begründet diesen Vorschlag vor den Vertauensleuten als Schritt auf dem Wege neuer Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag. Die Chemie-Kapitalisten, berichtete er, haben neben den vergangenen abgebrochenen Verhandlungen sich überhaupt bloß bereit erklärt, Handwerker und Facharbeiter anzuheben und auch das nur gegen Anrechnung auf die Zulagen. In dem „Informationsbrief für Führungskräfte" werden die Kapitalisten den Strukturvorschlag des Hauptvorstandes als „neue Nivellierungswelle" zu Gunsten der Arbeiter und zu Lasten der Angestellten. In Wirklichkeit wirkt der Vorschlag für die kaufmännischen und technischen Gehälter wie eine reine Prozentforderung, die ohnehin schon großen Unterschiede zwischen den Gehaltsgruppen und damit die große Spanne innerhalb einer Gehaltsgruppe werden vom DM-Betrag noch größer. Für die unterste K- und T-Gruppe, die beide nur rund 70% der Laborantengruppe T3 bzw. von K3 ausmachen, ergibt sich selbst bei einer Tariferhöhung von 9% nur eine Erhöhung von 146 bzw. 145 DM. Die Vertrauensleutekörper von den Hamburger Aluminium Werken und BASF Wandsbek regen deshalb an, diese Gehaltsgruppen zu streichen. Die einzelnen Lohngruppen werden sich vom DM-Betrag hinterher auch mehr unterscheiden, aber nur geringfügig, denn die Lohngruppen liegen alle relativ dicht beieinander. Lohngruppe I macht heute 86% der Facharbeiterlohngruppe IV aus. Entscheidend ist, daß durch die Anbin- scheidend ist, daß durch die Anbin- dung an T 3 die Lohngruppen prozentual mehr angehoben werden als die Gehaltsgruppen und damit an die Tarifgehälter herangeführt werden. 9% auf T3 z.B. bedeutet 11,3% auf die Lohngruppen, der Strukturvorschlag wirkt ähnlich wie eine Mindestforderung. Man kann sich auf Grundlage dieses Vorschlages zusammenschließen gegen die Chemiekapitalisten und kommt damit auch einen Schritt weiter zu dem Ziel, im Prinzip gleich qualifizierte und ausgebildete Arbeiter und Angestellte auch gleich zu bezahlen.

Ein Vertrauensmann von Beiersdorf, der das alles „zu kompliziert" fand, schlug eine Festgeldforderung für alle vor, wenn auch keine bestimmte. Ihm wurde vom Betriebsratsvorsitzenden von HAW entgegengehalten, daß eine Einheit der Belegschaften nur mit einer Mindestforderung möglich ist. Der Beifall für die Festgeldforderung zeigt die Dringlichkeit der Anhebung der unteren Lohngruppen. Aber eben diese Anhebung ist nur möglich über die Herstellung der Einheit aller Arbeiter und Angestellten. Mit welcher Festgeldforderung sollen die mittleren Angestellten für den Tarifkampf gewonnen werden, wenn die Höhe der Forderung noch durchsetzbar sein soll? Zwar wurde auf der Vertrauensleuteversammlung nicht abgestimmt, das Meinungsbild war aber doch mehr für den Vorschlag des Hauptvorstands.

Geflügeltes Wort an der Staatlichen Fremdsprachenschule: 50% Stoff, 50% Unterdrückung

b.cab. Die Schüler der Staatlichen Fremdsprachenschule wehren sich gegen ihre Aussiebung. Die Klassensprecher haben sich darauf geeinigt, gemeinsam Forderungen an das Amt für Schule zu stellen, deren Grundlage die Aussage des Schaubildes sind. Verlangt wird, daß keiner durchfallen oder anders diskriminiert werden darf, keine „spontan" angesetzten Arbeiten geschrieben oder das Arbeitsaufkommen sonstig willkürlich ausgedehnt werden darf.

Ca. 20% der Schüler kommen von auswärts. Durchschnittlich sind die Schüler sechs bis sieben Stunden täglich an der Vor- und Nachbereitung der Hausaufgaben und sonstiger Arbeiten beschäftigt. Sieben von 26 Schülern der Klasse Fabi 2 (26,92%) haben bis zu den Schulferien die Schule verlassen müssen. Lehrerin Neumann schrieb einer Schülerin unter die Arbeit: „Sie nehmen einer fleißigen Schülerin den Platz weg, was wollen Sie eigentlich hier?" Etliche Schüler sind darauf angewiesen, „nebenher" zu jobben und kommen teilweise unregelmäßig zum Unterricht.



Das Schaubild gibt einen Aufriß über drei Schuljahre und die entsprechenden Siebquoten bei den Schülern des einjährigen Lehrganges für Abiturienten (1. Säule) und den Schülern der Handelsschule (2. Säule), jeweils gegliedert nach Deutschen und Ausländern und bezogen auf die mögliche Jahreshöchstzahl der Absolventen. Der Anteil der deutschen Schüler und der rechnerische Jahresdurchschnitt aller Gesiebten ist mittelgerastert, der Ausländeranteil dunkel.

Klebsielleninfektion an der Uniklinik Kiel Umbau der Intensivstation ist nötig

b.san. Die aseptische Intensivstation der chirurgischen Universitätskliniken Kiel mußte letzte Woche, eine Woche nach Desinfektion dieser Station wegen Klebsiellen (Hospitalismuskeime) erneut geschlossen werden, da die Klebsiellen immer noch da waren (siehe KVZ 12). Auf dieser Station liegen Patienten, die eine intensive Pflege und Überwachung brauchen, da sie z.B. am Herz operiert wurden oder wegen eines Verkehrsunfalls schwere Verletzungen haben. Für sie ist eine Klebsiellen-Pneumonie (Lungenentzündung) lebensgefährlich, da sie in einem schlechten Allgemeinzustand sind und die Klebsiellen resistent gegen Antibiotika sind. Ferner herrscht auf der Station ein ziemlicher Durchgangsverkehr. Die Verweildauer der Herzpatienten beträgt im Durchschnitt 3 bis 4 Tage, die der anderen Patienten je nach Schweregrad ihres Zustandes wenige Tage bis einige Wochen.

Zum anderen sind die baulichen Gegebenheiten untragbar: Es gibt keine Eingangsschleuse, kein Umkleideraum für das Pflegepersonal, so daß man sich im Stationszimmer umziehen muß, und die Spüle für die Fäkalbeseitigung befindet sich auf der anliegenden Normalstation. Die Proteste der Beschäftigten dagegen wiegelt der Dienstherr damit ab, daß ja die neue Chirurgie bereits gebaut wird und dann ja alles besser wird.

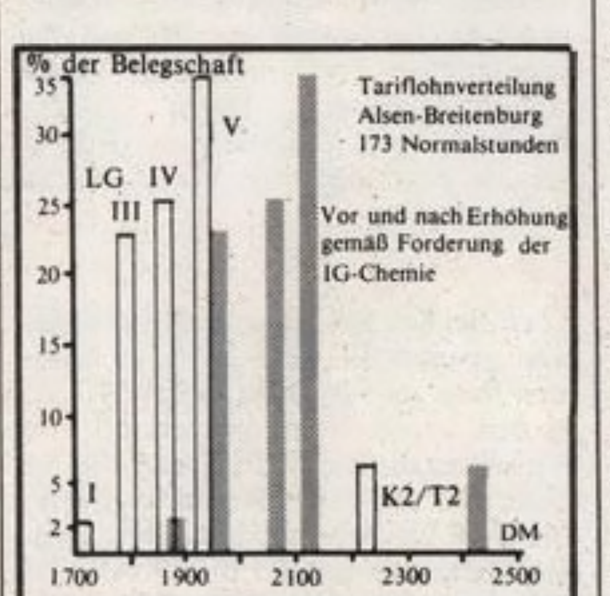
Für das Pflegepersonal bedeutet die Schließung der Station zusätzliche Arbeit: die Patienten müssen verlegt werden, die Zimmer für die Desinfektion vorbereitet werden und alle Gegenstände müssen nach der Schlußdesinfektion von dem Film, der sich von dem Desinfektionsmittel niederlegt, gereinigt werden. Das erste Mal wurde die Station mit Korsolin desinfiziert, Einwirkungszeit 4 Stunden. Das zweite Mal wurde Formalin (Einwirkungszeit 11 Stunden) verwendet, das stärker wirkt, z.B. gegen Tuberkelbakterien. Von der Dienstaufsicht wurde kein Reinigungspersonal bewilligt, so daß das Pflegepersonal die Station selbst gründlich putzen mußte. Dabei wurden Überstunden gemacht, so daß die Schwestern 11 bis 12 Stunden geputzt haben.

Die meisten rechnen damit, daß trotz dieser Knochenarbeit immer noch Klebsiellen vorhanden sind, da die Station völlig veraltet ist. Die Mehrheit ist dafür, daß die Station sofort umgebaut werden müsse, denn die Patienten erwarten zu Recht, daß sie, wenn sie ins Krankenhaus kommen, nicht noch zusätzlich Infektionen mit Hospitalismuskeimen ausgesetzt sind.

Arbeiter in der Zementindustrie unterstützen die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen

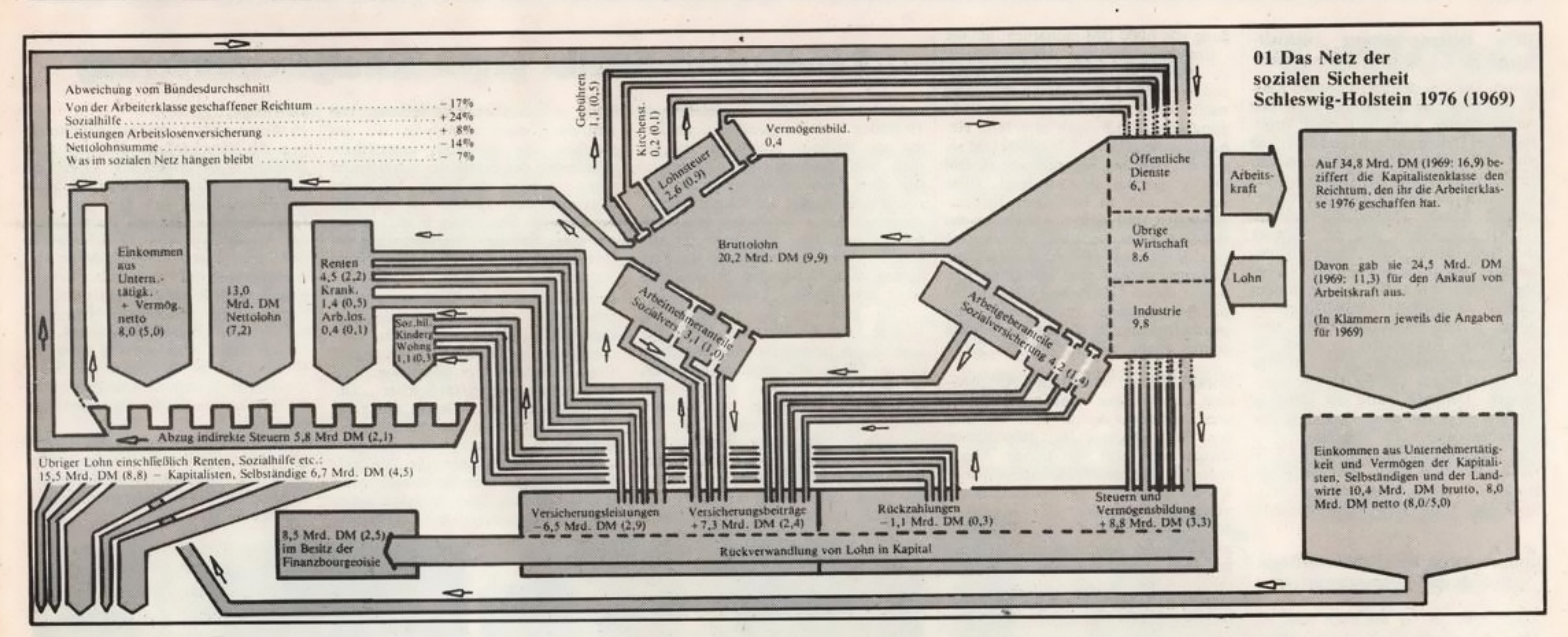
b.uwb. In der chemischen Industrie wird z.Zt. für ein einheitliches Lohnsystem für Arbeiter und Angestellte gekämpft. Ziel ist es, den Entgelt-Tarifvertrag durchzusetzen. In diesem Vertrag gibt es nur noch feste Monatsgehälter. Bei den jetzigen Lohnauseinandersetzungen will die Gewerkschaft hier einen Schritt vorankommen. Beschlossen ist, daß die Löhne und Gehälter der Angestellten und Arbeiter aneinander angeglichen werden und die Lohnforderungen dahingehend ausgerichtet werden müssen.

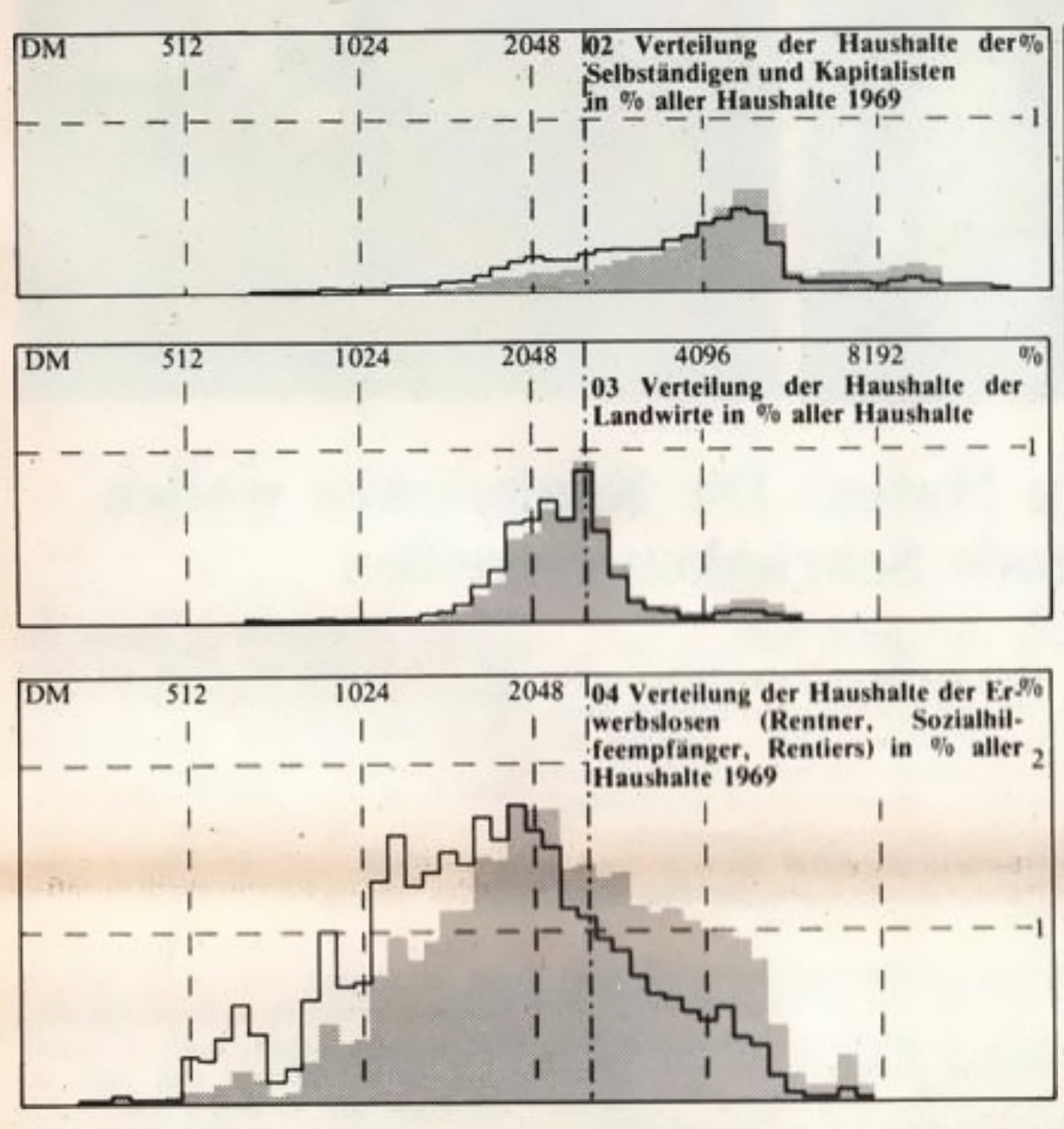
In der Zementindustrie Unterelbe verdient ein Handwerker in der LG V bei einem Stundenlohn von 11,13 DM monatlich 1925,49 DM. Ein Angestellter in K2/T2 verdient mtl. 2232,00 DM. Diese Lücke soll geschlossen werden, weil hier gleiche Qualifikationen vorliegen. Die Vertrauensleute und die gewerkschaftlichen Mitglieder der Tarifkommission haben deshalb die Forderung aufgestellt, die K2/T2 um 9% anzuheben und den Betrag, etwa 201 DM, als Festgelderhöhung für die LG V zu zahlen. Die LG I – IV sollen prozentual zur LG V Festgeldbeträge erhalten. Für die LG I wäre das mtl.

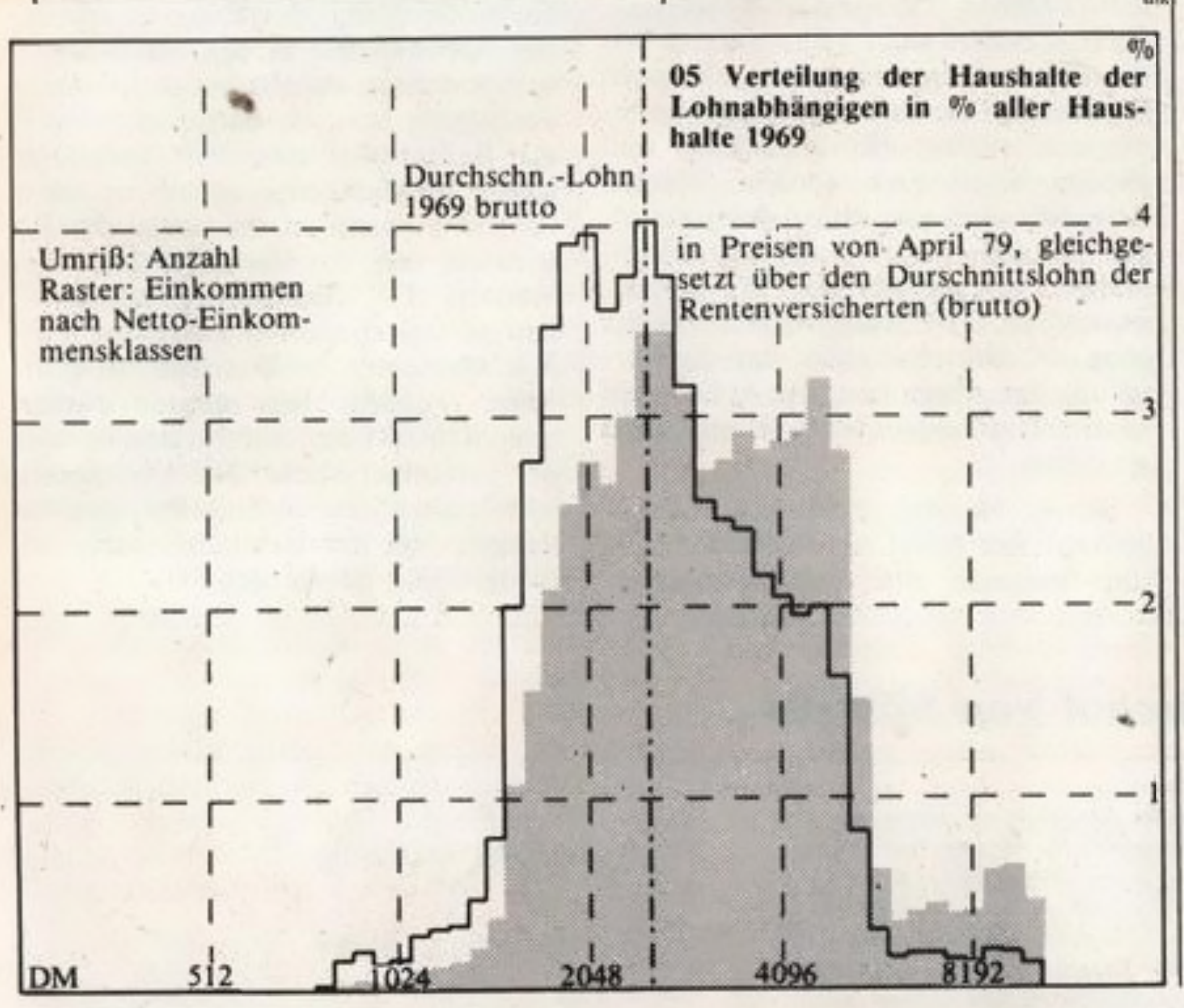


177,80 DM und für die LG IV 195,90 DM mehr. Das Gesamtvolumen der Forderung liegt somit bei 10%. Die Vertrauensleute von Alsen-Breitenburg haben bislang nur diskutiert, welche Forderungen zu erheben wären, damit die unteren Lohngruppen nicht noch weiter auseinanderfallen. Die Situation der Angestellten, vor allem, wie man sie für einen gemeinsamen Kampf gewinnen kann, wurde dabei außer acht gelassen. Bei Alsen sind neben den 649 Arbeitern immerhin 104 Angestellte beschäftigt.

Auf der Betriebsversammlung am 19. März wurde die Lohnforderung von den meisten Kollegen unterstützt. Insbesondere wurde herausgearbeitet, daß es ein Schritt voran wäre, wenn Angestellte und Arbeiter mit gleicher Qualifikation auch den gleichen Lohn erhielten. Der Betriebsrat Cordes betonte, daß es wichtig sei, daß Arbeiter und Angestellte gemeinsam für eine Lohnerhöhung kämpfen müssen. Er wies damit auf die Spaltungsabsichten der Kapitalisten hin. Die Funktionäre erläuterten, wie wichtig eine Veränderung der Lohnstruktur sei und daß man sich auf harte Auseinandersetzungen vorbereiten müsse. Kayenburg und Patzke von der Geschäftsleitung weigerten sich, zur Forderung Stellung zu beziehen, zumal Kayenburg für die Kapitalisten in der Tarifkommission sitzt.







Stoltenbergs Mittelstandsförderungspolitik:
Enteignung von Bauern und Handwerkern und Lohndrückerei

b.clm. Der von den Arbeitern, Angestellten, Bauern und Handwerkern in Schleswig-Holstein geschaffene, in Geld ausgedrückte, Reichtum ist von 1969 bis 1976 um das 2,1-fache gestiegen. Die Nettolohnsumme stieg im gleichen Zeitraum lediglich um das 1,8-fache, einschließlich Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Krankengeld usw. sogar nur um das 1,7-fache. Stoltenberg brüstet sich ja immer mit der „erfolgreichen Wirtschaftspolitik der CDU-Landesregierung". Den Vergleich mit Klose und Albrecht braucht er tatsächlich nicht zu scheuen. Den Kapitalisten in Schleswig-Holstein ist es gelungen, ein beträchtliches Maß an zusätzlicher Arbeitsleistung flüssig zu machen und gegenüber den übrigen Teilen Westdeutschlands aufzuholen. In der gleichen Zeit stieg der geschaffene Reichtum in Hamburg um das 1,8-fache und in Niedersachsen um das 1,9-fache.

Hinter das Geheimnis dieses Erfolges kommt man am leichtesten, wenn man die Effektivlohnverteilung Schleswig-Holsteins mit der der BRD vergleicht: Zwar ist der Durchschnitts-
vergleicht: Zwar ist der Durchschnitts-
lohn nahezu gleich, die Belegung der Lohnklassen unterscheidet sich aber erheblich. Die unteren Lohnklassen sind in Schleswig-Holstein stärker besetzt, genauso wie die Lohnklassen der qualifizierten Facharbeiter. Ganz offensichtlich hat sich dieser Unterschied seit 1969 weiter entwickelt. Welche Ursache liegt dem zugrunde?

Der Industrialisierungsgrad hinkt dem des Bundesgebietes hinterher. Ein erheblicher Teil der Arbeiter ist immer noch in Handwerksbetrieben oder in der Landwirtschaft. Aber auch in der kapitalistischen Industrie überwiegen bei weitem die kleinen Betriebe. Ursprünglich ist die Arbeitskraft des Handwerkers höher qualifiziert und auch besser bezahlt, als die des industriellen Arbeiters. Inzwischen ist ein großer Teil der Handwerksbetriebe im Konkurrenzkampf zugrunde gegangen, seit 1956 36%. Der Rest hat die Produktionsweise radikal umstellen müssen und Elemente der maschinellen Produktion eingeführt. Die unqualifizierte Arbeit auch im Handwerk nahm zu. Ganze Handwerkszweige gingen unter und neue entstanden. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl stieg dabei in 20 Jahren von 6,3 auf 12,3.

Solange auf dem Arbeitsmarkt noch Mangel an qualifizierter Handwerksarbeit herrschte, konnten die Arbeiter selbst der kleinsten Betriebe individuell das Lohnniveau verteidigen und sogar erweitern. Spätestens aber seit 1966 ist die Zersplitterung hinderlich für den Lohnkampf und der Handwerkslohn fällt immer weiter hinter den Industriearbeiterlohn zurück. 1976 ist er im Durchschnitt 25% niedriger.

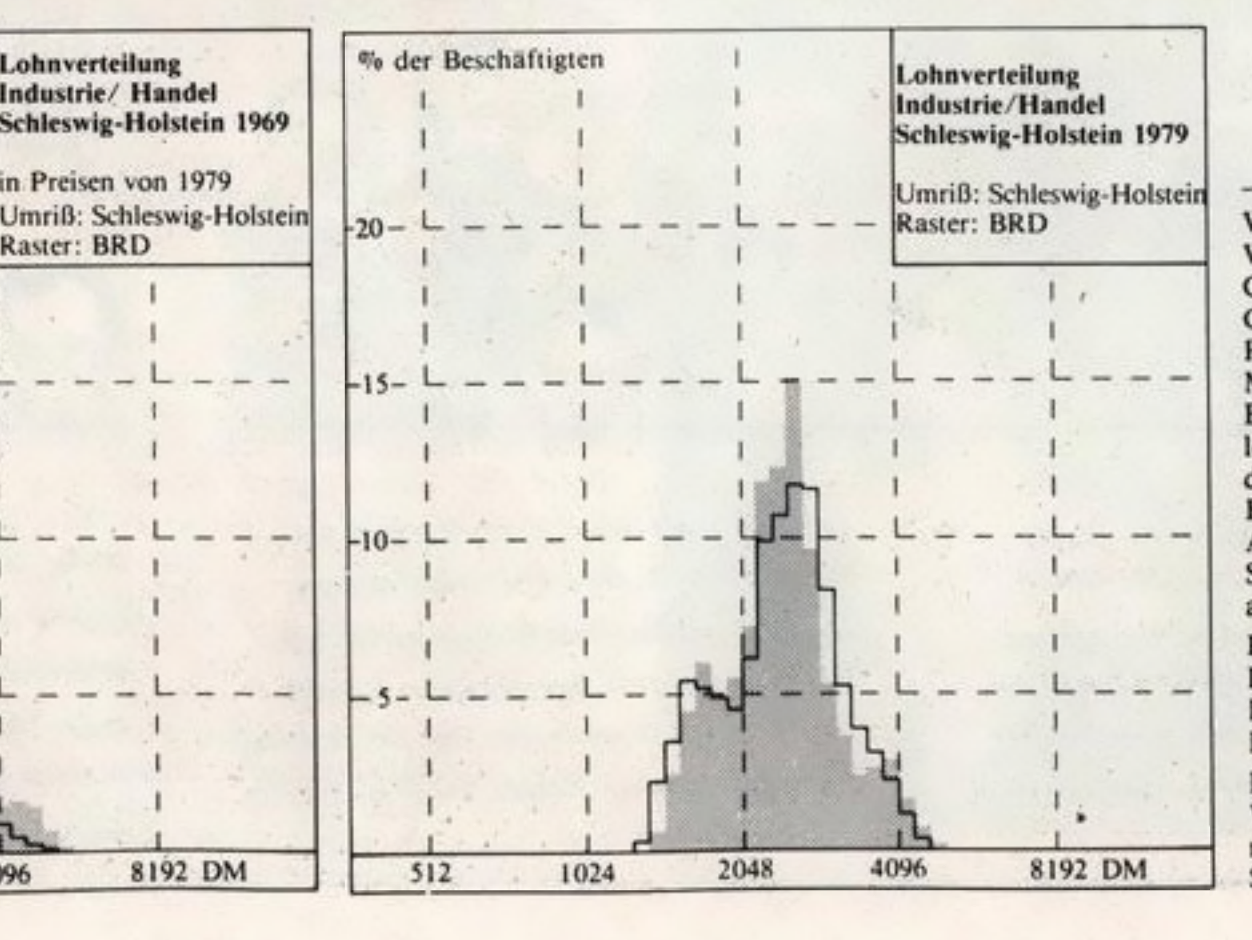
Obwohl von 1969 bis 1976 die Zahl der Arbeitslosen um 33000 zunahm, stieg gleichzeitig die Zahl der Lohnabhängigen um 58000. Insgesamt sind also 91000 Leute neu der Lohnknechtschaft unterworfen, davon 68000 Frauen. Der Arbeitsmarkt wird gespeist mit ruinierten Bauern, selbständigen Handwerkern und deren Familien. Der Ruin verläuft schleichend. Zuerst muß die Frau den eigenen Be-
lien. Der Ruin verläuft schleichend.
Zuerst muß die Frau den eigenen Betrieb verlassen und Geld zuverdienen, dann der Mann. Ein großer Teil des Arbeiterkörpers befindet sich in ständiger Fluktuation. Die anschwellende Reservearmee vergrößert den Druck auf das Lohngefüge und erleichtert die Herausbildung ganzer Schichten niedrigst entlohnter Arbeiter. Das erleichtert es den Kapitalisten, Arbeitszeit und Arbeitsintensität zu steigern.

Die CDU-Landesregierung beschleunigt diesen Prozeß nach Kräften. „Ziel und Aufgabe der Mittelstandspolitik ist es, die Anpassung des Mittelstandes an den technischen Fortschritt und veränderte Marktsituationen zu fördern ... Sie dienst also nicht dem Schutz des Mittelstandes, sondern fördert die mittelständischen Betriebe bei ihren Bemühungen, strukturelle Anpassungsprozesse zu vollziehen und setzt die Betriebe der Auslese durch den freien Wettbewerb aus." (Unsere guten Argumente, S. 37). Sie spekuliert dabei gleichzeitig auf die Wählerstimmen der Bauern und Handwerker und ihrer Familien und Arbeiter, von denen jeder hoffen soll, daß ausgerechnet ihm der „Anpassungsprozeß" gelingen wird.

Unsichere Lebensverhältnisse bis hin zu nacktem Elend sind die Folge. 11% der Arbeiter sind in ein Dasein als Sozialhilfeempfänger herabgedrückt. Noch einmal die Hälfte davon ist arbeitslos. Viele finden nur in Hamburg Arbeit, die dem früheren Niveau entsprechend entlohnt wird.

Bis zu einem Radius Lübeck, Rendsburg, Husum fahren morgens Extrazüge nach Hamburg, um Pendler zu ihrem Kapitalisten zu bringen.

Mit dem Hinweis auf alle diese Unsicherheiten und daß dagegen das Netz der sozialen Sicherheit weiter ausgebaut werden müsse, sind 1976 7,3 Mrd. DM Versicherungsbeiträge und 8,8 Mrd. DM Steuern eingestrichen worden. „Soziale Gerechtigkeit gebietet, den Schwachen zu schützen, den Benachteiligten zu helfen, den Glück-
Benachteiligten zu helfen, den Glück-
losen nicht fallen zu lassen, und selbst dem aus eigenem Verschulden Notleidenden kein menschenunwürdiges Dasein zuzumuten." (CDU Schleswig-Holstein-Programm 79). 1976 blieben 8,5 Mrd. DM im Netz hängen. Die CDU verweist darauf, daß ja nicht sie, sondern die SPD den Ausbau des Sozialen Netzes vorangetrieben habe. Daß sie damit Erfolg haben kann, zeigen die letzten Landtagswahlen. Sie ist dafür, der Arbeit der Kirchen und freien Wohlfahrtsverbände den Vorrang zu geben, dadurch brauchen die Leute zwar nicht weniger Versicherungsbeiträge und Steuern zu bezahlen, aber die Ausgaben für Leistungen lassen sich senken. Immerhin ist es Stoltenberg gelungen, seit 1969 den Beuteertrag mehr als zu verdreifachen. Der größte Teil von dem, was nicht an den Bundeshaushalt weitergereicht werden muß, stellt die Landesregierung den Kapitalisten als Investitionsförderungsmaßnahme zur Verfügung, 1979 19% aller Angaben des Landeshaushaltes.



Statistische Daten zum Netz der sozialen Sicherheit in Schleswig-Holstein

	1978	Veränd. zu 1969	Verh. zur BRD in %
Wohnbevölkerung	2589400	1,04	4,2
Wohnbev. über 65 Jahre	415600	1,27	4,5
Geburten insgesamt	23366	0,57	4,0
Geburten je 1000 Einw.	9,0	0,57	9,4
Privathaushalte insgesamt	999000	1,09	4,1
Mehrpersonenhaushalte	711000	1,03	4,2
Erwerbstätige insgesamt	1065000	1,03	4,1
lohnabhähngig Beschäftigte	921000	1,07	4,1
davon: Frauen	338000	1,25	4,1
Beamte und Angestellte	516000	1,17	4,3
Arbeiter	405000	0,97	3,8
Studenten	20908	1,59	2,2
ausländische Arbeitnehmer	26713	1,59	1,6
Beschäftigte in:			
Land- und Forstwirtschaft	71000	0,73	4,7
Produzierendes Gewerbe	387000	1,02	3,3
Handel und Verkehr	218000	1,00	4,7
Dienstleistungen u. sonstige Wirtschaftsbereiche	389000	1,16	4,8
registrierte Arbeitslose	44068	4,41	4,4
Sozialhilfeempfänger	102574	1,54	4,7

10% Diätenerhöhung rückwirkend ab 1.1.80 in Niedersachsen

r.hob. Die von der herrschenden Klasse aus dem Landeshaushalt bezahlten Abgeordneten waren sich einig: Erhöhung der Diäten rückwirkend ab 1.1.80 von 8000 auf ca. 8675 DM monatlich. In der Begründung des Gesetzentwurfes haben die beiden Fraktionsvorsitzenden Ravens (SPD) und Brandes (CDU) ausgeführt, daß der Entwurf des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes bereits im Februar 1977 vorgelegt worden war und ,,... die in dem Gesetz vorgesehene Grundentschädigung... dem damaligen Lohn- und Preisniveau (entsprach)... waren die Löhne und Gehälter schon im Juli 1978 um einen Betrag von bis 13,7% angestiegen. Dennoch hatte der Landtag Anfang 1979 von einer Erhöhung der Entschädigung noch abgesehen...''. Das Abgeordnetengesetz vom 3.2.78 trat am 1.1.78 in Kraft. Eins wird nicht erwähnt, auch in Niedersachsen erstmals eine monatliche Grundentschädigung von 6000 DM monatlich, um die ,,Unabhängigkeit der Abgeordneten'' zu sichern. Vorher erhielten die Abgeordneten eine Aufwandsentschädigung nach dem Abgeordnetenentschädigungsgesetz i.d.F. vom 28.6.74 in Höhe von zuletzt (ab 1.7.76) 2500 DM sowie ein tägliches Tagegeld von 60 DM pro Sitzungstag des Landtags. Diese zum Teil mehr als 100%igen Diätenerhöhungen und damit Anhebung auf Gehälter eines Leitenden Ministerialrats, Polizeipräsidenten, Brigadegenerals usw. waren heftig umstritten. Genau in diesen Gehaltsbereichen sind in den letzten Jahren im Landeshaushalt prozentual erhebliche Stellenhebungen erfolgt (siehe z.B. KVZ 9/80, S.13).

Zufall? Höhere Beamte und Abgeordnete verschmelzen zunehmend zu einem Instrument der direkten Spaltung der Belegschaften im öffentlichen Dienst. Man hört von keinem Abgeordneten, der die 180 DM/ mindestens 9%-Forderung der ÖTV unterstützen würde. Im Gegenteil.

Lohnsenkung bei Krankenpflegeschülern und Lehreranwärtern

r.noc. 1977 ist für die nach dem 31. März 77 eingestellten Praktikanten, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler die Bemessungsgrundlage ihrer Vergütung von bisher 75% auf 66⅔% gesenkt worden. Diesen Abschluß hat die Bundesregierung genutzt, um die Bezüge der Lehreranwärter ebenfalls zu senken: ab 1. September 1977 wurden deren Gehälter um 11,1% gekürzt.

Eine zusätzliche Senkung besteht darin, daß die Bemessung für die Anwärter im öffentlichen Dienst nur vorgenommen wird vom Anfangsgrundgehalt der jeweiligen Laufbahn, bei den Praktikanten, usw. kommt der Ortszuschlag für einen Ledigen hinzu.

Im Tarifkampf 1978 startete das Bundesinnenministerium unter Führung von Maihofer den nächsten Angriff, es sollten die Anwärterbezüge bei A1 bis A4 um 5,8%, bei A13 um 15,3% gesenkt werden. Vorprogram-

Praktikanten, usw. kommt der Ortszuschlag für einen Ledigen hinzu.

Im Tarifkampf 1978 startete das Bundesinnenministerium unter Führung von Maihofer den nächsten Angriff, es sollten die Anwärterbezüge bei A1 bis A4 um 5,8%, bei A13 um 15,3% gesenkt werden. Vorprogram-

miert war der Angriff bereits 1977, als der Vermittlungsausschuß bei der Beratung des 6. Besoldungsgesetzes folgenden Beschluß gefaßt hat: ,,Der Vermittlungsausschuß fordert die Bundesregierung und die Länder auf, bei der nächsten Anpassung der Besoldung gemäß § 14 des Besoldungsgesetzes die Anwärterbezüge in Anlehnung an bereits vorhandene Regelungen der öffentlichen Ausbildungsförderung zu gestalten.'' Also Bezahlung nach BAFÖG. Durchgekommen ist der Dienstherr nicht: auf Grundlage der zahlreichen Kampfaktionen der Beschäftigten, der Lehrer unter Führung der GEW und der Entschließung des 11. DGB-Bundeskongreses wurde im Oktober 78 das 7. Besoldungserhöhungsgesetz ohne die Kürzung der Anwärterbezüge verabschiedet.

Eine gute Voraussetzung im jetzigen Tarifkampf ist, daß der Hauptvorstand der ÖTV die Zurücknahme der gesenkten Bemessungsgrundlage für Praktikanten, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler fordert.

gesetz ohne die Kürzung der Anwärterbezüge verabschiedet.

Eine gute Voraussetzung im jetzigen Tarifkampf ist, daß der Hauptvorstand der ÖTV die Zurücknahme der gesenkten Bemessungsgrundlage für Praktikanten, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler fordert.

Die Umwälzung der Personalstruktur an den Universitäten stößt auf Schwierigkeiten

r.hoh. Ende Februar 1980 ist die Frist für die erneute Beschlußfassung der Universitäten bzw. ihrer Fachbereiche zur Frage der ,Überleitung' der gegenwärtig an den niedersächsischen Hochschulen beschäftigten Wissenschaftlichen Assistenten ausgelaufen. Als sich Wissenschaftsminister Pestel nach Ablauf der ersten Frist, im Frühjahr 1979, einer Flut von Anträgen auf Weiterbeschäftigung bzw. unbefristete Beschäftigung (bestätigt durch die jeweiligen Kollegialorgane der Hochschule) gegenübersah, griff er zu einem Spaltungsmanöver: anhand neuer Erlasse sollten die Fachbereichsräte ihre ursprünglichen Beschlüsse überprüfen. Auf diese Weise ist es ihm zwar gelungen, die Zahl der an das MWK zurückgesandten Anträge teilweise zu reduzieren – aber insgesamt ist dieses Manöver nicht aufgegangen.

In seiner berüchtigten ,Stellungnahme zur Neugestaltung der Personalstruktur' vom 11.11.1977 hatte der Wissenschaftsrat zwecks Verbesserung der internationalen Konkurrenzbedingungen des BRD-Kapitals die Steigerung des ,,Leistungsvermögens und des Innovationspotentials der Wissenschaft'' gefordert. Als entscheidenden Hebel hierfür hat er die ,,Steigerung der Mobilität von Wissenschaftlern'' propagiert – d.h. die Erhaltung und Ausweitung der auf 2, 3, oder 5 Jahre befristeten Beschäftigungsverhältnisse. Daß es dagegen hartnäckigen Widerstand geben würde, war klar: der im Juli 1977 veröffentlichte Sonderdienst 14/17 der GEW-Niedersachsens (,Zur Lage der Wissenschaftlichen Assistenten in Nds.') fordert die ,,Umwandlung aller zeitlich begrenzten Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete...'' und eine Kollektivanzeige von Wissenschaftlichen Assistenten gegen die Absichten von Pestel in der Frankfurter Rundschau vom 15.7.1978 bekräftigte diese Position. Derzeit sorgt er durch seine Manöver selbst für Weiterbeschäftigung: selbst wenn der Vertrag schon ausgelaufen ist, darf vorläufig keiner im Überleitungsverfahren entlassen werden.

Landesweite Streiks gegen Schulgesetzänderung

r.sbe. 3000 Schüler streiken am 19.3.80 in Wolfsburg und demonstrierten zum Rathaus. Anlaß war der Besuch von Kultusminister Remmers. Auf einer Podiumsdiskussion am Tag vor dem Streik, die der Stadtschülerrat organisiert hatte, wurde die NSG-Novelle angegriffen. Die Vertreter des Stadtelternrates unterstützten die Forderung nach 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen.

– In Braunschweig streikten am 19.3.80 1400 Schüler. Der Streik begann in der Intregierten Gesamtschule mit ca. 700 bis 800 Schülern; sie bildeten eine Demonstration, der sich noch ca. 600 bis 700 Schüler anschlossen. Als die Schüler den Streik am Tage zuvor auf der Schülerversammlung beschlossen hatten, verkündete die Schulleitung über Lautsprecher, daß der Streik rechtswidrig sei. Jeder, der bei einer Klassenarbeit wegen Streik fehle, müsse mit einer 6 rechnen. Die Lehrerpersonalversammlung, die am gleichen Tag stattfand, unterstützte einstimmig den Streik der Schüler und wünschte ihnen viel Erfolg. Schon am Mittwoch dem 12.3.80 war von 500 Schülern der Oberschule Braunschweig auf einer Schülervollversammlung ein Streik nach der 2. Stunde beschlossen worden.

freiheit! – An der landesweiten Demonstration am Nachmittag des gleichen Tages in Hannover, die der Landesschülerrat und der Schülerkongreß einige Wochen zuvor beschlossen hatte, beteiligten sich 8000 Schüler. ,,Dabei geht es unter anderem um mehr Mitbestimmung an den Schulen, die Einführung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule, die Abschaffung der Zensur von Schülerzeitungen und die Bildung einer demokratischen Landesschülervertretung''. (Berichte vom Tage, 19.3.80).

Es waren aber auch Transparente gegen die Verschärfung des Leistungsdruckes in der Oberstufe: Gegen die Versetzungsschwelle nach der 11. Klasse, Beibehaltung von Vor- und Prüfungssemestern; für die Beibehaltung der Schulpflicht von 12 Schuljahren (SV der Neuen Oberschule Braunschweig) und für 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Arbeitstagen (Berufsschule V Hannover) auf der Demonstration zu sehen. Die SV der GBS I Braunschweig hatte u.a. Einspruchsrecht für Eltern- und Schülerverterter in allen Schulangelegenheiten gefordert und die Demonstration begrüßt.

– In Kiel demonstrierten am 22.3.80 ca. 1500 gegen den Schulgesetzentwurf. Zur Demonstration wurde aus Lübeck, Heide, Flensburg und Schleswig angereist.





Schichtarbeit im Hafen. Die Kapitalisten wollen bestehende Schranken einreißen

r.obj. Gegenwärtig wird in den deutschen Seehäfen über die örtlichen Son-

Mo – Do frei (3 Tage)
Mit dem Hinweis, daß in Hamburg be-

rung zu unterlaufen, die festlegt, daß bei Vermittlung von erster auf dritte

Schichtarbeit im Hafen. Die Kapitalisten wollen bestehende Schranken einreißen

r.obj. Gegenwärtig wird in den deutschen Seehäfen über die örtlichen Sonderbestimmungen verhandelt. Darin werden Arbeitszeiten, Schichtpläne, Altersversorgung usw. auf örtlicher Ebene festgelegt. Im neu abgeschlossenen Rahmentarif, der für alle deutschen Seehäfen (bis auf wenige Ausnahmen) gilt, ist es nicht gelungen die Verkürzung der Nachtarbeit auf 6 Stunden durchzusetzen. Aber der Angriff der Hafenkapitalisten auf die bisherige Schichtenregelung wurde abgewehrt. Die Contischicht versuchen die Kapitalisten nun in den einzelnen Seehäfen durchzusetzen.

Es geht ihnen zuerst darum, die Wochenendarbeit abzusichern. In Bremerhaven haben die Kapitalisten folgenden Schichtplan für das Containerterminal vorgeschlagen:

1. Woche: Mo – Fr III. Schicht, Sa, So frei (5 Tage)
2. Woche: Mo – Sa I. Schicht, So frei (6 Tage)
3. Woche: Mo – Sa II. Schicht, So frei (6 Tage)
4. Woche: Mo – So I. Schicht (7 Tage)
5. Woche: Mo – Fr II. Schicht, Sa, So frei (5 Tage)
6. Woche: Fr – So I oder II. Schicht, Mo – Do frei (3 Tage)

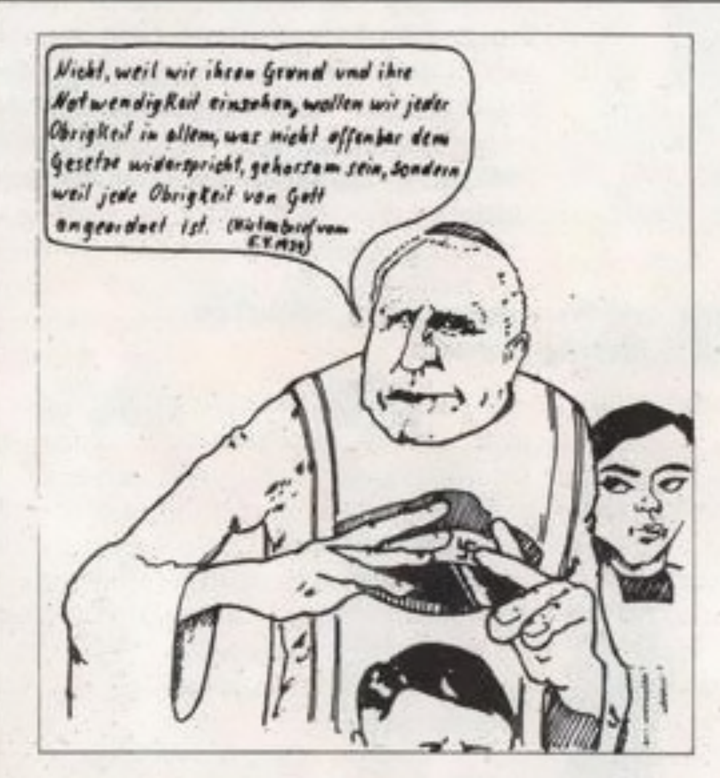
Mit dem Hinweis, daß in Hamburg bereits am Wochenende gearbeitet wird, wurde in Bremerhaven versucht die Front gegen die Einführung der Contischicht aufzuweichen. In Wirklichkeit jedoch ist die Wochenendarbeit in Hamburg freiwillig, bis auf die im Rahmentarif festgelegten Pflichtsonnabende jede dritte Woche.

Zu der Öffnungsklausel im Rahmentarif hat die Bezirksverwaltung der ÖTV in Hamburg bereits eindeutig Stellung genommen. In einem Flugblatt für Betriebsräte und Vertrauensleute heißt es: ,,1. Im Rahmentarif §2, Ziff. 1, Abs. 3 steht:' Für Hafenarbeiter, die an Anlagen arbeiten, an denen regelmäßig Containerschiffe, kombinierte Container-/Ro-Ro-Schiffe und Fähren abgefertigt werden, können Abweichungen von diesen Bestimmungen in den örtlichen Sonderbestimmungen geregelt werden.' Wir als Gewerkschaft ÖTV sehen keine Veranlassung und Notwendigkeit, daß die Verteilung der Arbeitszeit von 40 Stunden an diesen Anlagen anders geregelt wird als bisher.''

Bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) wurde der Versuch gemacht eine Betriebsvereinbarung zu unterlaufen, die festlegt, daß bei Vermittlung von erster auf dritte Schicht die erste Schicht um 1 Stunde 50 Minuten verkürzt wird. Die Kollegen wurden im Anschluß an die zweite Schicht zur freiwilligen dritten Schicht vermittelt. Der Betriebsrat ist dagegen aufgetreten.

Wenn auch im neuen Rahmentarif die Nachtarbeit noch nicht verkürzt werden konnte, so ist doch festgelegt, daß sich die Arbeit in der 3. Schicht ,,auf solche Betriebe und Fälle beschränken soll, in denen diese Arbeit zur Abfertigung unerläßlich ist und damit Arbeitsplätze in den Hafenbetrieben gesichert werden können.'' Diese Festlegung ist zwar butterweich, aber die Betriebsräte und Vertrauensleute haben Möglichkeiten gegen die dritte Schicht zu arbeiten. So haben der Betriebsrat und die Vertrauensleute der Stauerei C. Tiedemann festgestellt, daß im letzten Jahr pro Arbeiter zwei Nachtschichten im Durchschnitt gearbeitet wurden. Die meisten Nachtschichten entfallen auf die Bearbeitung der Containerschiffe. Die Vertrauensleute wollen jetzt im Einzelfall Begründungen von der Geschäftsleitung abfordern und überprüfen.

Reinhard Lettmann: Vom Ministrant zum Bischof von Münster



Reinhard Lettmann (im Bild rechts) versteht sich in der Tradition von Galens, des "Löwen von Münster", bekannt als Antifaschist. In einer Zeit, in der sich das Volk zunehmend gegen die Regierung wandte, trat er entschlossen für die Wahrung des inneren Friedens ein.



Bischof Keller wandte sich mutig gegen die breite Strömung, vor allem aus der Arbeiterschaft, die sich gegen die Wiederbewaffnung richtete. Er trat dafür ein, der bolschewistischen Bedrohung zuvorzukommen und so den Frieden zu sichern. Rechts im Bild: Kaplan Lettmann.



Ebenso Bischof Höffner, der sich der zunehmenden Neigung aus der Arbeiterschaft entgegenstemmte, maßlose Lohnforderungen zu stellen und sich gegen die Steuerabzüge zu wenden. Er richtete seine Bemühungen auf die Sicherung des Arbeitsfriedens. Rechts im Bild: Generalvikar Lettmann.



Bischof Lettmann (im Bild rechts) hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allem die Jugend wieder an Kirche und Staat heranzuführen, um so seinen Beitrag zu leisten zur Wahrung des inneren Friedens, der gerade in unseren Tagen manchen Gefährdungen ausgesetzt ist.

Oker/Harz: Schrankenlose Ausdehnung der Erzförderung ab 1935

Aufschüttung riesiger Schlackenhalden – Schnipkoweit: ,,Jahrhundertelange Umweltbelastung"

r.ger. Die ganze Sorge aller Bourgeois-Politiker, wenn sie über die Schwermetallverseuchung des Harzes reden, ist, von den Ursachen, der kapitalistischen Profitproduktion abzulenken.

Agument Nummer eins der Bourgeoisie ist, daß die Verseuchung ein Ergebnis jahrhundertelangen Bergbaus sei und nicht mehr zu ändern sei. Das ist falsch. Von den in etwa 1000 Jahren seit 968 aus dem Rammelsberg im Harz geförderten ca. 24 Mio t Erz wurden 45 % in der Zeit von 1935 bis 1979 gefördert und allein 24% in den letzten 20 Jahren. Noch deutlicher wird das an der Bleierzeugung am Rammelsberg: von 1500 bis 1979 ca. 1,3 Mio t, ca. 57 % davon in der Zeit von 1935 – 79, in den letzten 20 Jahren ca. 32% (als Rohblei bzw. Bleikonzentrat). 1935 wurde die Aufbereitungsanlage gewaltig ausgebaut. Der direkte Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen des Finanzkapitals ist unübersehbar.

Argument Nummer zwei von Preußag, Schnipkoweit und anderen ist, daß die ,,Belastung" des Gebiets mit Schwermetallen wie Blei und Cadmium etwas ganz natürliches sei, weil sie seit jeher im Boden lagerten. Das ist dummdreist. Die Erze lagern tief im Rammelsberg. Die Verseuchung des Gebiets geschieht über blei- und cadmiumhaltigen Staub, der von den Schlackenhalden verweht wird bzw. aus den Hütten entweicht und auf die Felder fällt. Aus der Tiefe des Rammelsbergs frisch aufs Feld, natürlich geht es nicht mehr.

Die riesigen Schlackenhalden, zu denen die Kapitalisten die Abfallprodukte ihrer Hütten aufgetürmt haben, sind wohl die größte Quelle der Verseuchung für die Zukunft. Das Erz des Rammelsbergs enthält im Schnitt 18 % Zink, 8 % Blei, 9 % Eisen, 1 % Kupfer und Mangan, 21 % Schwefel und Spuren von giftigen Schwermetallen wie Wismut, Antimon, Cadmium, Thallium, Indium, Quecksilber und von Gold und Silber. In den Erzaufbereitungsanlagen werden dann die sogenannten Blei- und Zinkkonzentrate mit 3 bis 10fach höherer Metallkonzentration

kenhalden verweht wird bzw. aus den Hütten entweicht und auf die Felder fällt. Aus der Tiefe des Rammelsbergs frisch aufs Feld, natürlich geht es nicht mehr.

Die riesigen Schlackenhalden, zu denen die Kapitalisten die Abfallprodukte ihrer Hütten aufgetürmt haben, sind wohl die größte Quelle der Verseuchung für die Zukunft. Das Erz des Rammelsbergs enthält im Schnitt 18 % Zink, 8 % Blei, 9 % Eisen, 1 % Kupfer und Mangan, 21 % Schwefel und Spuren von giftigen Schwermetallen wie Wismut, Antimon, Cadmium, Thallium, Indium, Quecksilber und von Gold und Silber. In den Erzaufbereitungsanlagen werden dann die sogenannten Blei- und Zinkkonzentrate mit 3 bis 10fach höherer Metallkonzentration

hergestellt. Die Spurenmetalle sind natürlich auch angereichert. Bei der Verhüttung werden Blei und Zink und einige weitere Metalle zu einem hohen Prozentsatz aus dem Konzentrat herausgeschmolzen. Der Rest wird als Schlacke ausgestoßen und auf den Halden abgelagert. In diesen Schlacken sind die noch nicht ausgebeuteten Schwermetalle wie z.B. Cadmium in einer viel höheren Konzentration enthalten als im Erz. Zum Beweis: aus den Zahlen im Bericht ,,Reinhaltung der Luft Heft 5" der nds. Landesregierung ergibt sich ein Cadmium-Gehalt des Staubs in der Nähe der Schlackenalden zwischen Oker und Harlingerode von 0,1 % der Bleigehalt ist ,,nur" 10 bis 20 mal höher. Aber der Staub von den Schlackenhalden macht nur einen Teil der Verseuchung aus. Durch Regen wird ein Teil der Schwermetallsalze ausgewaschen und gelangt ins Grundwasser, genauso wie das Schwermetall aus dem Staub im Boden gelöst wird und dann von den Pflanzen aufgenommen wird. Da der hohe Blei- und Cadmiumgehalt von Obst und Gemüse, das in der Nähe der Halden und Hütten angebaut wurde, bekannt war, kam die Landesregierung um diese Zahlen nicht herum. Vom Schwermetallgehalt des Grundwassers findet man in der Broschüre nichts.

Für die Landwirtschaft stellt gegenwärtig der schwermetallhaltige Staub und nicht das Grundwasser die sichtbarste Beeinträchtigung dar. Vielleicht versickert das Wasser von den Halden sehr tief. Daß es auch anders sein kann, zeigt sich in der Umgebung eines anderen Bleibergwerks der Preussag-Kapitalisten bei Mechernich (siehe KVZ 12/80, S. 9), wo in einem über 15 km von dem Bergwerk entfernten Gebiet regelmäßig einige Kühe pro Jahr an Bleivergiftung verenden. Ein Bach führt das Blei von den Bleisandhalden mit sich.

Die Kapitalisten zahlen den Landwirten eine Entschädigung für die offensichtlichen Schäden wie verendetes Vieh, verdorrte Rüben nicht aber für den Verdienstausfall durch geringer-

wärtig der schwermetallhaltige Staub und nicht das Grundwasser die sichtbarste Beeinträchtigung dar. Vielleicht versickert das Wasser von den Halden sehr tief. Daß es auch anders sein kann, zeigt sich in der Umgebung eines anderen Bleibergwerks der Preussag-Kapitalisten bei Mechernich (siehe KVZ 12/80, S. 9), wo in einem über 15 km von dem Bergwerk entfernten Gebiet regelmäßig einige Kühe pro Jahr an Bleivergiftung verenden. Ein Bach führt das Blei von den Bleisandhalden mit sich.

Die Kapitalisten zahlen den Landwirten eine Entschädigung für die offensichtlichen Schäden wie verendetes Vieh, verdorrte Rüben nicht aber für den Verdienstausfall durch geringer-

wertig eingestufte Produkte. Die sichtbaren Schäden sind aber nur die Spitze des Eisbergs, denn nur sehr hohe Konzentrationen von Blei führen zum sofortigen Absterben von Pflanzen und Tieren. Die Entschädigungen für Ertragsminderung werden nach Erfahrungswerten festgelegt. Nur, die ,,ortsübliche" Ertragsminderung durch die ,,jahrhundertelange" Vorbelastung und ,,natürliche Schwermetallbelastung" des Bodens dürfte kaum in diese Erfahrungswerte eingehen. Stattdessen bereitet die Bourgeoisie Anbaubeschränkungen und Verbote wegen der Verseuchung vor, was den restlichen Bauern vollends die Existenz vernichten wird.

Gerade aber unter der Forderung nach Bezahlung aller Schäden durch die verursachenden Kapitalisten können sich die Arbeiterbevölkerung und die Bauern auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zusammenschließen. Von der Landesregierung ist der Erlaß einer Verordnung zu fordern, die die Preußag zur Bezahlung aller Schäden zwingt.

Portugal: Regierung Sà Carneiro setzt Truppen gegen die Landarbeiter ein



z.rua. ,,Das Land dem, der es bebaut!" Unter dieser Losung haben landlose Arbeiter und Bauern im Februar 1975 im Süden Portugals die Großgrundbesitzer vertrieben und auf den Gütern Kooperativen errichtet. Sie bauen hauptsächlich Getreide an. Den EG-Imperialisten sind die Kooperativen ein Dorn im Auge. Seit 1977 betreiben die verschiedenen Regierungen ihre Zerschlagung. Der jetzige Premierminister Sà Carneiro mobilisierte am 11. März die Sicherheitskräfte zur ,,Überwachung" der Rückgabe des Landes an die ehemaligen Großgrundbesitzer. Wer sich ihnen widersetzt, wird verhaftet. In den nächsten Wochen sollen den Kooperativen 250000 ha Land entrissen werden. Bei Auseinandersetzungen wurden bisher 18 Arbeiter schwer verwundet. Der Gewerkschaftsverband hat zu Streiks und Solidaritätsaktionen mit den Landarbeitern aufgerufen.



z.rua. ,,Das Land dem, der es bebaut!" Unter dieser Losung haben landlose Arbeiter und Bauern im Februar 1975 im Süden Portugals die Großgrundbesitzer vertrieben und auf den Gütern Kooperativen errichtet. Sie bauen hauptsächlich Getreide an. Den EG-Imperialisten sind die Kooperativen ein Dorn im Auge. Seit 1977 betreiben die verschiedenen Regierungen ihre Zerschlagung. Der jetzige Premierminister Sà Carneiro mobilisierte am 11. März die Sicherheitskräfte zur ,,Überwachung" der Rückgabe des Landes an die ehemaligen Großgrundbesitzer. Wer sich ihnen widersetzt, wird verhaftet. In den nächsten Wochen sollen den Kooperativen 250000 ha Land entrissen werden. Bei Auseinandersetzungen wurden bisher 18 Arbeiter schwer verwundet. Der Gewerkschaftsverband hat zu Streiks und Solidaritätsaktionen mit den Landarbeitern aufgerufen.

Ein Eckpfeiler der zionistischen Expansion ist brüchig

Bauernproteste gegen Politik der Begin-Regierung / Agrarproduktion fast ausschließlich für den Export

z.rua. Die Widersprüche innerhalb des von den US-Imperialisten als Aggressionsherd gegen das palästinensische Volk aufgebauten und gepäppelten Kolonialstaates Israel spitzen sich zu. Nach der anhaltenden Streikwelle im öffentlichen Dienst treten die Bauern entschieden in den Kampf gegen die Wirtschaftspolitik des Begin-Regimes, die ihre beschleunigte Verelendung bedeutet. Am 5. März versuchten 25000 Bauern – das sind mehr als 1/3 aller in der Landwirtschaft Beschäftigten –, in das Jerusalemer Regierungsgebäude einzudringen, wo gerade der Staatshaushalt beraten wurde. Sie waren mit toten Hühnern, faulen Tomaten und Eiern gerüstet. Nur durch massiven Polizeieinsatz konnten sie an der Stürmung des Gebäudes gehindert werden. Export ausgerichtet. Der Hauptteil der Exporte geht in die USA, gefolgt von den Ländern der EG. Die Exportpreise sind so niedrig gedrückt, daß sie inzwischen nur noch die Hälfte der Produktionskosten decken.

1979 betrug die Inflationsrate in Israel 115%. Dem standen Lohn- und Einkommenserhöhungen von maximal 65% gegenüber. Die staatlichen Subventionen für landwirtschaftliche Produkte wurden weitgehend gestrichen. Im September 1979 wurde die bisherige Verzugsrate für Steuern von 18% auf 48% der Steuerleistung erhöht, im Dezember erneut auf 72%. Die Preise für importiertes Saatgut, Futter- und Düngemittel stiegen um 55%, die Preise für Strom und Wasser um 60%. Mittlerweile sind die Bauern so stark verschuldet, daß sie etwa 12% ihres Jahreseinkommens an Zinsen zahlen müssen.

Den Ausbau ihrer Kolonialfestung lassen sich die US-Imperialisten zahlen. Israel ist mit 16 Mrd. $ verschuldet; 1980 stehen fällige Zinsleistungen von 2,6 Mrd. $ an. Neben der Ausbeutung und Plünderung der palästinensischen Massen zieht das Siedlerregime die Tribute zunehmend aus seinen eigenen Reihen. Der Staatshaushalt für das Finanzjahr 1980/81 wird um 7% gekürzt; der Kriegshaushalt (der 1/3 des gesamten Haushalts ausmacht) um 17% aufgestockt. Die benötigten Gelder sollen zum einen durch Lohneinfrierungen und Planstellenkürzungen im öffentlichen Dienst erbracht werden, zum anderen soll aus den Bauern noch mehr geholt werden. Die bisher noch gezahlten Subventionen für Milch, Öl, Reis, Zucker und Hühnerfleisch werden gestrichen. Die Zinsrate für Kredite wird auf 120% heraufgesetzt. Kreditwürdig sind nur noch Bauern, die für den Export produzieren.

1948 wurde unter maßgeblicher Beteiligung der US- und der britischen Imperialisten das zionistische Kolonialgebilde installiert. Gewaltsam wurde das palästinensische Volk von seinem Land vertrieben. Eine Hauptstütze der zionistischen Ideologie für Landraub, Unterwerfung und Vertreibung des palästinensischen Volkes war die Legende von dem heimatlosen Volk, das Jahrtausende herumgeirrt sei, um sich nun in seiner biblischen Heimat seßhaft zu machen und die steinige Wüste in einen blühenden Garten zu verwandeln. Daran ist soviel wahr, daß Israel heute einer der weltgrößten Exporteure von Schnittblumen ist; die von den palästinensischen Massen betriebene Viehzucht und der Ackerbau, die ihre Selbstversorgung sicherten, sind weitgehend zerstört. Von der Selbstversorgung ist Israel weit entfernt. Die wichtigsten Grundnahrungsmittel müssen importiert werden.

Die landwirtschaftliche Produktion sei sozialistisch organisiert, behaupten die Zionisten. Daran ist soviel wahr, daß 1948 das dem palästinensischen Volk geraubte Land zu gleichen Teilen an Siedler verteilt wurde. Die Größe dieses Landes war von vornherein so klein, daß die individuelle Bestellung keinesfalls die Reproduktion sicherte. ,,Kibbuzim", in denen die Siedler den Boden gemeinsam bestellten, und ,,Moshavim", in denen sie den Bodenbesitz beibehielten, den Vertrieb ihrer Produkte genossenschaftlich organisierten, wurden gegründet. Dörfer, die als Wehrdörfer konzipiert waren, wurden entlang der Grenzen zu den arabischen Staaten und an der Küste errichtet. Ausschließlicher Zweck war und ist die Bildung von Stoßtrupps gegen die arabischen Staaten.

War anfänglich die landwirtschaftliche Produktion noch darauf ausgerichtet, daß die einzelnen Produktionseinheiten ihre Versorgung sicherten, wurde über die staatliche Kreditvergabe und Wasserzuteilung zunehmend die Produktionsstruktur auf den Anbau von Exportprodukten konzentriert. Seit Mitte der 50er Jahre wird die Anbaufläche für Zitrusfrüchte, Obst, Avocados und Blumen beständig ausgedehnt, die Anbaufläche für Getreide und Futtermittel stagniert. Die einzelnen Produktionseinheiten wurden auf den Anbau bestimmter Produkte spezialisiert, ihre Betriebsgröße entsprechend festgesetzt. Heute um- entsprechend festgesetzt. Heute umfaßt ein Betrieb, der auf den Anbau von Feldfrüchten spezialisiert ist, 7 acres (2,8 ha); ein Betrieb für den Anbau von Exportprodukten 13,5 acres (5,4 ha). Der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte sowie die Wasserversorgung sind staatlich monopolisiert; über den im Gegensatz zum Getreideanbau erheblich wasserintensiveren Anbau von Obst und Blumen schafft sich das Regime Devisen.

Seit 1959 hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 120000 auf 72000 verringert. Der vorgebliche Anspruch der Kibbuzim, keine Lohnarbeit auszubeuten, ist durch die Praxis Lügen gestraft. Knapp 60% der in der Landwirtschaft Beschäftigten gelten als selbständig, der Rest – vor allem orientalische Juden und Palästinenser – werden zumeist als Saisonarbeiter ausgebeutet. 1978 lagen 21% der jüdischen Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze; ihre Zahl wächst rasant. Das zionistische Kolonialregime versucht, diese Massen als reaktionäres Potential für seinen weiteren Expansionismus zu gewinnen. Wenn sie sich an die Seite des um seine Befreiung kämpfenden palästinensischen Volkes stellen, haben sie eine bessere Zukunft.



Polizeieinsatz gegen die demonstrierenden Bauern am 5.3. vor der Knesseth

NGG beschließt Forderungen gegen Nachtarbeit in Gaststätten

z.gih. Zusätzlich zur tariflich ab dem 1.1.80 festgelegten Arbeitszeit von 182 Stunden für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe sind im Juli 1979 im Bundesdurchschnitt 4,5 Mehrarbeitsstunden gemacht worden. Die Arbeitszeiten sind tariflich nicht festgelegt, sondern werden ,,bei Einstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart". Gegen die schlechten Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe fordert die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) ,,die 40-Stunden-Woche in allen Tarifbereichen und zwei Stunden bezahlte Freizeit für jede Stunde in der Gastronomie in der Bundesrepublik, die nach 23 Uhr geleistet werden muß". 23000 (6%) der 383000 Beschäftigten sind in der NGG organisiert.

Beschäftigte/Umsatz im Hotel- und Gaststättengewerbe
1970: 100

Jahr	Vollbesch.	Teilzeitbesch.	Umsatz
1971	99,8	104,1	106
1972	97,4	106,1	113,2
1973	96,5	111,1	118,3
1974	94,5	114,7	123,7
1975	94,5	118,3	131,2
1976	93,8	125,6	138,2
1977	93,1	133,9	146,9
1978	93,0	136,8	151,4

Quelle: Stat. Bundesamt

Irische Milchbauern wollen neue Grundsteuer boykottieren

z.rül. ,,Mit allen verfügbaren Mitteln" wollen 60000 irische Milchbauern die von der Regierung Ende Februar eingeführte neue ,,Ressourcensteuer" bekämpfen. Auf ihrer Jahresversammlung am 12. März beauftragten die in der ,,Irish Creamery Milk Suppliers Association" (Verband der Molkereiversorger) organisierten Bauern ihren Vorstand, ,,eine angemessene Strategie für einen wirksamen Widerstand" zu beschließen. 7 Mio. Punt will die Regierung dieses Jahr über die neue Grundsteuer eintreiben. Vorerst müssen nur 18000 Bauern mit den größten Höfen und besten Böden die Steuer zahlen. Aber die Regierung plant, die

Irische Milchbauern wollen neue Grundsteuer boykottieren

z.rül. ,,Mit allen verfügbaren Mitteln" wollen 60000 irische Milchbauern die von der Regierung Ende Februar eingeführte neue ,,Ressourcensteuer" bekämpfen. Auf ihrer Jahresversammlung am 12. März beauftragten die in der ,,Irish Creamery Milk Suppliers Association" (Verband der Molkereiversorger) organisierten Bauern ihren Vorstand, ,,eine angemessene Strategie für einen wirksamen Widerstand" zu beschließen. 7 Mio. Punt will die Regierung dieses Jahr über die neue Grundsteuer eintreiben. Vorerst müssen nur 18000 Bauern mit den größten Höfen und besten Böden die Steuer zahlen. Aber die Regierung plant, die

neue Steuer schrittweise auf alle Bauern auszudehnen, zwecks ,,gerechterer Besteuerung" der Bauern im Vergleich zu den Lohnabhängigen. Die gesamte Steuerausplünderung der 150000 irischen Bauern soll dieses Jahr um 65% von 52 Mio. Punt 1979 auf 86 Mio. Punt steigen, das sind ca. 320 Mio. DM. Im letzten Jahr sank das Realeinkommen der irischen Bauern *durchschnittlich* bereits um 4%. Knapp 75000 Bauern arbeiten auf Höfen, die kleiner als 7,5 Hektar sind. Trotz ständiger Überarbeit erzielen sie nur elende Einkommen. Letztes Jahr zwangen die Bauern in landesweiten Protestaktionen die Regierung, eine neue 2%-Abgabe auf ihre Produkte teilweise wieder aufzuheben und auf ein Jahr zu begrenzen.

Neuseeland: Streik gegen Lohnsenkung durch Regierung

z.mat.Sydney. Arbeiter in der neuseeländischen Holz- und Papierindustrie streiken gegen den Versuch der Regierung, einen Tarifabschluß vom Februar aufzuheben. Bis 1978 hatten die 4000 Arbeiter von Forest Products denselben Tarif wie bei Tasman Pulp and Paper. Nach sechswöchigem Streik konnten die Tasman-Arbeiter damals eine betriebliche Lohnerhöhung durchsetzen. Mit dem nach siebenwöchigem Streik im Februar durchgesetzten Tarif hatten die Arbeiter bei Forest Products die Angleichung wieder hergestellt. Sie bedeutete eine Erhöhung des Stundenlohns von 4,81 Dollar (8,18 DM) oder nominal 21,15%. Die Regierung hob das Abkommen auf und reduzierte die Erhöhung auf 18%. Mit demselben Vorgehen war sie im September trotz eines dagegen durchgeführten eintägigen Generalstreiks erfolgreich gewesen. Ob sie dieses Mal durchkommt, ist noch nicht entschieden. Die Arbeiter von Forest Products haben den Streik wieder aufgenommen. Die Presse der Kapitalisten rechnet der Regierung die Verluste vor. Die Geschäftsleitung von Forest Products hat angekündigt, daß sie Exportaufträge widerrufen muß, wenn der Streik anhält. Mit einer dritten Fabrik der Branche, der Papierfabrik Caxton, hat die Gewerkschaft seitdem einen Tarifvertrag abgeschlossen, der volle Parität mit Tasman Pulp and Paper enthält.

Investitionsprogramm der Kapitalisten in der Nutzfahrzeugherstellung am Beispiel von Daimler Benz

z.gug. Verschiedene Automobilkapitalisten prophezeien, daß im Jahr 1990 auf dem europäischen Markt nur noch die Automobilkapitalisten im Konkurrenzkampf überlebt haben werden, die mindestens 2 Millionen Pkws jährlich herstellen lassen. Sie rechnen damit, daß neben dem Eindringen der japanischen Automobilkapitalisten auf den europäischen Markt dieser von nur noch 6 Herstellerfimen beherrscht sein wird. Zu den westdeutschen Überlebensfirmen, die die kleineren bis dahin geschluckt hätten, zählen sie Daimler Benz und Volkswagen. Die Konkurrenz unter den Automobilkapitalisten ist scharf, vor allem in der Nutzfahrzeugherstellung herrscht Überproduktion.

Der größte Nutzfahrzeughersteller in Westdeutschland und, nach dem Bericht des Mannheimer Direktors Göttert auf der Betriebsversammmlung vor zwei Wochen, auch führend auf dem westeuropäischen Markt ist Daimler Benz.

1969 leitete Daimler Benz ein umfangreiches Investitionsprogramm ein, das eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Werken im In- und Ausland, die Errichtung von Produktionsanlagen für alle Klassen von Lkw und Rationalisierung in den einzelnen Fabriken vorsah.

1970 wurden die Hanomag-Henschel-Werke in den Konzern eingegliedert. In Kassel begannen die Benz-Kapitalisten die Achsenproduktion zu konzentrieren, in Mannheim ließen sie die Anlagen für eine neue Baureihe von Motoren für schwere und mittlere Lkw und Omnibusse installieren. 1971 erweiterten sie ihr Lastwagenprogramm mit der Aufnahme der Produktion von Leichttransportern von 2,4 bis 3,3 t zulässigem Gesamtgewicht mit Konzentration der Produktion in den früheren Borgward-Werken in Bre-

von Motoren für schwere und mittlere Lkw und Omnibusse installieren. 1971 erweiterten sie ihr Lastwagenprogramm mit der Aufnahme der Produktion von Leichttransportern von 2,4 bis 3,3 t zulässigem Gesamtgewicht mit Konzentration der Produktion in den früheren Borgward-Werken in Bre-

men. Das Werk in Wörth wurde auf mittlere und schwere Lastwagen spezialisiert, das Düsseldorfer Werk neben der Produktion von Lenkungen auf die Herstellung von 3,5- bis 6-Tonnern. 1972 hatte Daimler in Wörth ein neues Zentral-Ersatzteillager errichten lassen, der gesamte Versand wurde auf elektronische Grundlage gestellt. Anstelle der bisherigen Verschiffung der Lkw in Holzkisten wurden Container eingeführt, die Fahrzeuge nur noch in zerlegtem Zustand verschifft und in den ausländischen Montagewerken montiert und von dort auf den entsprechenden Markt geliefert. Diese Umstellung ging Hand in Hand mit den erhöhten Auslandsinvestitionen von Daimler, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, wo sie Montagewerke in Brasilien, Argentinien, Indonesien, Saudi-Arabien, Türkei, Südafrika besitzen. In Südamerika hat Daimler im Lkw- und Omnibusbereich eine Monopolstellung. Sechsmal mehr Arbeiter arbeiten 1978 im Ausland in Daimler-Fabriken als 1963, im Inland ist die Zahl der Arbeiter im gleichen Zeitraum um 74,8% gestiegen. Die Lohnkosten in diesen Ländern sind bedeutend niedriger, in Brasilien beträgt der Durchschnittslohn umgerechnet ca. 800 DM.

1973 waren Versand aus Wörth und Montagewerk in Brasilien z.B. soweit abgeschlossen, daß der US-Markt nur noch von Brasilien mit Lkw beschickt wurde. In den inländischen Werken hatte Daimler in Mannheim neue Motorenprüfstände errichten lassen, das Werk in Gaggenau wurde auf die Produktion von Außenplanetachsen konzentriert, das Werk in Berlin Mariendorf auf die Herstellung von Ersatzteilen, wo eine neue Fertigungshalle in Betrieb genommen wurde.

1973 und 1974 investierten die Daimler-Kapitalisten dann vor allem in Rationalisierungsmaßnahmen durch „Neuordnung des Fertigungsablaufs", wie sie es nennen, hauptsächlich im Omnibusbau in Mannheim und in der Lenkungsproduktion in Düsseldorf. In ihrem Geschäftsbericht 1974 schrieben sie dazu: „Die Investitionen dienten vorrangig der Erhöhung der Flexibilität der Fertigung sowie der Rationalisierung und Steigerung der Produktivität."

Obwohl sie die Leichttransporterproduktion in Bremen angekurbelt hatten, konnten sie wegen der Überfüllung des Marktes nicht genug absetzen, gleichzeitig stieg ihr Absatz an mittleren und schweren Lkw. Während sie in Wörth Überstunden und Sonderschichten in den Jahren 1974 und 1975 fahren ließen, mußten die Arbeiter in Bremen und Düsseldorf kurzarbeiten. 1976 stieg dann der Absatz an Leicht- und Mittelklassetransportern, so daß sie dann in Bremen und Düsseldorf Überstunden und Sonderschichten arbeiten ließen. Düsseldorf war Konzentration ihrer „Neuen Generation" von Nutzfahrzeugen, im wesentlichen eines Mittelklasse-Lkw, seit 1976. Ab Frühjahr 1977 produzierten sie gemeinsam mit Steyr-Puch einen neuen Geländewagen mit Produktionsstätte in Graz. Ihr geplantes Investitionsprogramm im

Überstunden und Sonderschichten arbeiten ließen. Düsseldorf war Konzentration ihrer „Neuen Generation" von Nutzfahrzeugen, im wesentlichen eines Mittelklasse-Lkw, seit 1976. Ab Frühjahr 1977 produzierten sie gemeinsam mit Steyr-Puch einen neuen Geländewagen mit Produktionsstätte in Graz. Ihr geplantes Investitionsprogramm im

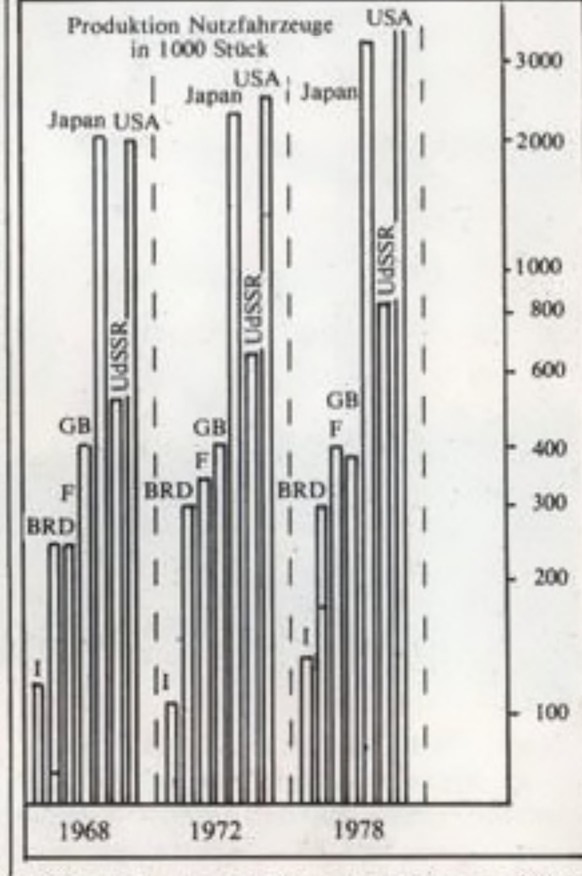
Nutzfahrzeugbereich schlossen die Daimler-Kapitalisten mit der Aufnahme der Produktion von Pritschen-, Kombi- und Kastenwagen in Bremen 78/79 ab, ergänzt durch den Kauf der Firma Euclid, einem Schwerst-Nutzfahrzeughersteller in den USA.

Das neue Investitionsprogramm von Daimler läuft bis 1983 und soll 10 Mrd. DM betragen. Schwerpunkt jetzt sei zunächst die Personenwagenproduktion, wo ein neuer Mittelklassewagen in der Entwicklung fertig ist, der allen Voraussagen nach in Bremen hergestellt werden soll. Die Bremer Transportwagenproduktion soll ganz nach Düsseldorf verlagert werden. Der Achsenbau für die Geländewagen wird zukünftig in das Kasseler Werk eingegliedert, die Lkw-Montage zum großen Teil nach Wörth verlagert, die Textilfertigung für Pkw und Omnibusse ist schon im letzten Jahr in Mannheim zusammengefaßt worden. Jetzt im Frühjahr soll ein neues Lkw-Montagewerk in Hampton/Virginia (USA) mit der Produktion von 6000 Lkw beginnen.

Mit der Umstellung der Produktion und der Einführung neuer Maschinen und Anlagen haben die Daimler-Kapitalisten die Ausbeutung erhöht. 1978 führten sie per Betriebsvereinbarung



Das Zentrallager von Daimler in Wörth. Der Versand ist hoch automatisiert, verladen wird in Container, zusammengebaut werden die LKW dann in den Werken von Daimler in den sogenannten Billiglohnländern der Dritten Welt.





Der untere Abschnitt der BRD-Säule stellt den Anteil der Daimler-Kapitalisten dar.

das MTM-System ein, nach dem sie die Produktionsanlagen die ganzen Jahre zuvor hatten organisieren lassen. Jetzt wollen sie das „Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzordnung (ISA)" einführen und verhandeln derzeit mit dem Betriebsrat darüber. ISA bedeutet die Speicherung aller erdenklichen Daten eines Arbeiters im Personalbüro von Daimler. In ihrem Hausblatt „intern" (1/80) schreiben sie dazu: „Mehrere Entwicklungen deuten darauf hin, daß es für viele Mitarbeiter zunehmend schwerer wird, sich im Arbeitsleben zurechtzufinden (steigender Alkoholkonsum und höhere Fehlzeiten) ... Dazu müssen wir uns in der Personalbetreuung verstärkt darum bemühen, die Probleme unserer Mitarbeiter kennenzulernen und daraus Konsequenzen zu ziehen." Die Zelle des KBW bei Daimler in Mannheim hatte im letzten Jahr errechnet, daß die Daimler-Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter so erhöht hatten, daß ein Arbeiter bei Daimler in 1,59 Stunden das produziert, was ihm für einen 8-Stunden-Tag an Lohn ausgezahlt wird.

Viele Metallkapitalisten wollen Lohnerhöhung nicht effektiv auszahlen – Übersicht

VAW Neumünster: Lohnerhöhung wird nur auf tarifliche Lohnbestandteile gezahlt. Effektive Erhöhung zwischen 5,5 und 6,3%. – *Gutehoffnungshütte Dockbau Nordenham:* 6,8% nicht auf den Effektivlohn gezahlt. – *DIAG/FWW Westberlin:* Wie in den letzten Jahren nur Tariflohn erhöht. – *Bosch-Blaupunkt Hildesheim:* Auch in diesem Jahr Lohnerhöhung nur auf die tariflichen Lohnbestandteile gezahlt. – *Fuba Salzdetfurth:* Übertarifliche Lohnbestandteile nicht erhöht. Betriebsrat verhandelt, damit wenigstens Akkord- und Schichtarbeiter mehr bekommen. – *Vaillant Remscheid:* Effektivlöhne um 6,4% angehoben, -gehälter um 6,8%. – *Uerdinger Waggonfabrik Krefeld:* Betriebsrat hat effektive Auszahlung der 6,8% durchgesetzt. – *DIAG/Kolb Köln:* Erhöhung nur auf den Tariflohn. – *Ford Köln:* Ford-Grundlohn um 6,8% erhöht, ebenso das individuelle Effektivgehalt der Angestellten. Arbeitsplatzzulagen und Ford-Leistungszulage ebenfalls um 6,8% angehoben. – *International Harvester Neuss:* Freiwillige übertarifliche Leistungen nicht erhöht. – *Opel Rüsselsheim:* Opel-Zulage nach Verhandlungen um 6,8% erhöht, auch für Lehrlinge, die die Kapitalisten davon ausnehmen wollten. – *AEG Frankfurt:* Obwohl es keine Betriebsvereinbarung gibt, muß die Tariferhöhung auf den Effektivlohn gezahlt werden wie seit Jahren. – *VDO Schwalbach:* Hauptabteilungsleiter sind angewiesen, in diesem Jahr die Lohnerhöhung nicht auf die übertariflichen Zulagen zu übertragen. – *Gerlach Homburg/-Saar:* Außertarifliche Zulage von 38 Pfennig und Funktionszulagen wie die Schweißerzulage nicht erhöht. – *Kühnle, Kopp und Kausch Frankenthal:* Auszahlung der 6,8% auf den Effektivlohn. – *Daimler Benz Mannheim:* Aufgrund einer Betriebsvereinbarung von 1977 werden die 6,8% effektiv ausgezahlt. In den nördlichen Daimler-Benz-Werken aber nicht sicher, da die Betriebsräte dort sich weigern, das in der gleichen Vereinbarung geregelte MTM-System zu akzeptieren. – *Bosch Stuttgart-Feuerbach:* Nach einer betrieblichen Vereinbarung wird der Effektivlohn nicht um 6,8% erhöht. Zwar sind jetzt alle Zulagen durch die Betriebsvereinbarung abgesichert, aber nicht ihre Anhebung entsprechend der Tariferhöhung. – *SEL Pforzheim:* 6,8% auf den Effektivlohn gezahlt. – *Audi NSU Neckarsulm:* 6,8% auf den Effektivlohn gezahlt. – *Audi NSU Ingolstadt:* Die übertariflichen Lohnbestandteile – 25% des Effektivlohns – nicht erhöht. Dadurch Lohnerhöhung knapp über 6%. – *Siemens München:* Übertarifliche Schichtzulagen in den Abteilungen WvB und WMW so erhöht, daß die volle Überwälzung der 6,8% auf den Effektivlohn gesichert ist. – *Grundig Dachau:* Übertarifliche Zulagen um 6,8% erhöht.

(Nach: Kommunistische Volkszeitung, Spezialnachrichtendienst 05: Maschinenbau/Elektrotechnik/Fahrzeugbau/Schiffbau)

Tarifnachrichten

Bau: Die 2. Verhandlungen für die 915000 gewerblichen Arbeitnehmer sind am 11.3. ergebnislos abgebrochen und auf den 26.3. vertagt worden. Forderung der IG Bau Steine Erden:

sammlung der Verwaltungsstelle Ludwigshafen hat ihren Beschluß (Sockel und Prozent) revidiert und tritt für den Vorschlag des Hauptvorstandes und 9% auf T 2 ein. Ingesamt liegen die

Tarifnachrichten

Bau: Die 2. Verhandlungen für die 915000 gewerblichen Arbeitnehmer sind am 11.3. ergebnislos abgebrochen und auf den 26.3. vertagt worden. Forderung der IG Bau Steine Erden: 9,5%. Kein Angebot der Kapitalisten.

Holz und Kunststoff: Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat die Lohn- und Gehaltstarife für die holzverarbeitende Industrie im Saarland gekündigt. Forderung: 9,5%.

Steinkohlebergbau: Beschluß des Hauptvorstandes der IG Bergbau und Energie: Kündigung der Tarifverträge über Löhne und Gehälter und Ausbildungsvergütungen für die 182000 Beschäftigten zum 30.4. Forderung: 9,5% ab 1. Mai, 12 Monate Laufzeit. Zusätzliche Erhöhung der Löhne und Gehälter der Untertagebeschäftigten. Freischichten auch für Übertagearbeiter. Mehr Freischichten für Untertagearbeiter. Die ersten Verhandlungen sind am 19.3. ergebnislos vertagt worden.

Stahl: Abschluß bei Peine Salzgitter: 6,8%. Ebenso für die Saarländische Stahlindustrie.

Chemische Industrie: Der Vorstand der IG Chemie Baden-Württemberg hat entsprechend dem Vorschlag des Hauptvorstandes über die Art der Forderung beschlossen und 9% auf T 2 beschlossen. Die Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Ludwigshafen hat ihren Beschluß (Sockel und Prozent) revidiert und tritt für den Vorschlag des Hauptvorstandes und 9% auf T 2 ein. Ingesamt liegen die Vorschläge zur Höhe der Forderung zwischen 7,8 und 10%.

Metall: Die Urabstimmung über Streik im Heizungsbereich Hamburg ist nach dem Scheitern der Verhandlungen auf den 21. und 24.3. angesetzt. Forderungen: 30 Tage Urlaub bis 1983, 10% mehr Lohn und Gehalt, Vorweganhebung T/K 2, 3 um 75 DM.

Textil: Für die 570000 Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie haben der Hauptvorstand und der Beirat der Gewerkschaft Textil und Bekleidung eine Lohnforderung für die am 30.4. auslaufenden Tarife von 9% beschlossen.

Handel: Die rund 300000 Bankangestellten bekommen rückwirkend zum 1. März 6,8% mehr Gehalt.

Abschlüsse: Metall Bereich Heizung und Sanitär Südbaden 6,9%. – Schmuck- und Metallwarenindustrie Birkenfeld 6,8%, Einmalzahlung gestaffelt für die Lohngruppen und die untersten Gehaltsgruppen. – Erwerbsgartenbau Niedersachsen für die 60000 Beschäftigten ab 1.4. 6,8%, Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden, 20 statt 19 Tage Urlaub.



z.bag.Aarhus. **Seit Anfang des Jahres versucht die dänische Arbeiterklasse, durch massenhafte Kämpfe um innerbetriebliche Zulagen den Lohnstandard zu halten.** Fast vier Wochen stehen inzwischen die 190 Arbeiter der Brauerei Ceres in Aarhus im Streik für sechs Kronen mehr pro Stunde; das entspricht der Erhöhung, die die Brauer im vollautomatisierten Werk in Fredericia durchgesetzt hatten. Um Streikbrecher abzuwehren, blockieren sie den Betrieb (Bild). Seit drei Wochen streiken in mehreren Städten Jütlands die Gemeindearbeiter, was vor allem die Müllabfuhr lahmlegt. Am 19.3. hielten die Gemeindearbeiter im ganzen Land Gewerkschaftssitzungen während der Arbeitszeit ab und gingen danach teilweise nach Hause. Sie fordern eine Erhöhung ihres jetzigen Stundenlohns von 36 Kr., der nur knapp über dem gesetzlich garantierten Mindestlohn liegt, um 10 Kr. In Kopenhagen streiken seit knapp zwei Wochen die 105 Lagerarbeiter des Ölhafens, von dem aus die Versorgung der Hauptstadt und ganz Seelands mit Öl und Benzin erfolgt. Sie fordern 6 Kronen mehr. Die Tankfahrer solidarisieren sich mit den Streikenden. Schon nach wenigen Tagen waren zahlreiche Tankstellen leer. Nach einer Woche verhandelte der Arbeitsminister, dann Ministerpräsident Anker Jörgensen mit den Streikenden, ohne Erfolg.

z.elb.Brüssel. **Den belgischen Stahlarbeitern drohen Lohnabschlüsse noch unter denen in der Metallindustrie, die im Schnitt bei ca. 3% liegen.** Durch zersplitterte Tarifverhandlungen und uneinheitliche Forderungen der Christlichen, Liberalen und Sozialistischen (ABVV/FGTB) Gewerkschaften gelang es Wirtschaftsminister Claes, sie weitgehend auf seine Lohnleitlinie von 2% einschließlich der Arbeitszeitverkürzung auf 37,5 Stunden/Woche z.B. in der Provinz Charleroi festzulegen. Einmalige Prämien von 3000 bfr (ca. 185 DM) bei Sidmar in Zelzaate oder 6500 bfr (Charleroi) können den Lohnraub durch 4 bzw. 3 bfr „Erhöhung" nicht ausgleichen. Die 4,6% Lohnkostensteigerung für die Cockerill-Kapitalisten will Claes dadurch auffangen, daß er den Arbeitern 1981 die „verfügbare Lohnerhöhungsmarge" entsprechend kürzt. In der Provinz Charleroi und bei Cockerill stimmten die Arbeiter noch nicht über die Verträge ab, bei Sidmar wird nach Ablehnung durch den ABVV/FGTB weiter verhandelt.

z.haj. **Die Streikbewegung der mexikanischen Arbeiterklasse reißt nicht ab.** Am 14. März haben 14000 Arbeiter des Stahlwerkes Altos Hornos de Mexico die Arbeit niedergelegt, um damit das Angebot der Kapitalisten, die Löhne um 20% zu erhöhen, zurückzuweisen. Die Stahlarbeiter fordern eine Lohnerhöhung um 25%, um wenigstens eine direkte Entwertung ihrer Löhne durch die Geldentwertung zu verhindern, die gegenwärtig die Lohnabhängigen durch eine Inflationsrate von 25% gegenüber dem Vorjahr einschneidend trifft. Mitte des vorigen Monats, dem bisherigen Höhepunkt, standen 200000 Lohnabhängige im Streik. U.a. wurde ein Zweigwerk des US-Monopols General Motors von 3200 Arbeitern bestreikt. Lohnforderungen zwischen 35 und 45% sind aufgestellt. 30000 Textilarbeiter mußten mit einer Lohnerhöhung von 20% am 12. Februar abschließen, so daß allein schon durch die Geldentwertung ihr Lohn sinkt. Der mexikanische Gewerkschaftsverband hat aufgrund dieser Lage dazu aufgerufen, die Tarifverträge bloß auf ein halbes Jahr abzuschließen, um die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften bei Fortsetzung der gegenwärtigen Angriffe auf den Lohnstandard zu erhalten.

z.elb. **Auf einen Tarifabschluß von 8% oder weniger, auf „Selbstbeschränkung" der Gewerkschaft United Steel Workers (USW) haben es die US-Kupfergesellschaften abgesehen.** Für 40000 Lohnabhängige der Kupferindustrie laufen die Tarifverträge am 30.6. aus. Die USW kündigte an, daß sie – bei einer Preissteigerung in den USA von ca. 18% – „recht erhebliche" Lohnerhöhungen fordern wird, die am 25.3. bekanntgegeben werden. Die Lohnabhängigen der Kupferindustrie befinden sich in einer günstigen Position, da der Kupfervorrat der Kapitalisten äußerst gering ist und die Konkurrenz um Kupferlieferungen groß. Vier größere Kupfergesellschaften haben vorzeitigen Lohnverhandlungen Anfang Juni zugestimmt. – Für 40000 Aluminiumarbeiter fordert die USW eine Angleichung an die Löhne der Stahlarbeiter, die ebenfalls in Lohnverhandlungen stehen.

z.haj. **Die 35000 Beschäftigten von International Harvester Co. (IHC) in den USA sind entschlossen, ihren jetzt bereits über 140 Tage gehenden Streik zu halten.** Seit einem 117 Tage dauernden Streik 1945/46 gegen General Motors ist dies der längste Streik ihrer Gewerkschaft UAW. Die IHC-Kapitalisten wollen 14 Samstagsschichten durchsetzen und die Pflicht, auf Verlangen 10 Stunden an fünf Wochentagen zu arbeiten. In der vergangenen Woche wurde ein von den Verhandlungsdelegationen ausgehandelter Kompromiß von den Vertretern der Streikenden abgelehnt. Die IHC-Kapitalisten drängen jetzt auf Abschluß, weil das Saison-Geschäft für Landmaschinen auf den Höhepunkt zustrebt und sie die Konkurrenz von John Deere und Caterpillar fürchten. Die Gewerkschaft zahlt bis 65 Dollar Streikgeld pro Woche, etwa ⅓ des Nettolohns. Noch 284 Mio.

Baums leistungsgerechte Bewertung ist von den Interessen der Privatkapitalisten bestimmt

z.jük. Zum Redaktionsschluß (Sonnabend, 16 Uhr) lag noch kein Ergebnis der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vor. Nach Meldung aus Stuttgart will Baum „fast" ein ganzes Prozent zulegen, also 6,3%. Damit war zu rechnen. Beim Urlaub will er zwei Tage geben. Den Mindestbetrag will er beseitigen durch eine einmalige Zahlung für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, die 110 DM unterschreiten bei einem 6,3%-Abschluß. Beim Kippen des Mindestbetrages leistet die DAG kräftig Schützenhilfe. Durch einen 6,3%-Abschluß wäre der Mindestbetrag gekippt. Die öffentlichen Arbeitgeber hätten zwar nicht einfach die Bewegung zur Absicherung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst gebrochen, gleichwohl aber die Bedingungen für den Kampf gegen die geplante Ausdehnung von Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit erschwert. Kluncker hat sich am Freitagabend im ZDF noch einmal festgelegt, indem er sagte: „Ohne eine spürbare laufende soziale Komponente wird es keinen Tarifabschluß geben." Tage zuvor sagte er auf einer Gewerkschaftsversammlung: „Man kann ja auch am Ortszuschlag manipulieren." Die ÖTV fordert bekanntlich seit längerem die Einbeziehung des Ortszuschlages (der nicht für die Arbeiter gilt, die haben ein höheres Grundgehalt) in die Grundvergütung der Angestellten und Beamten und davon unabhängige einheitliche Familienzuschläge in allen Vergütungsklassen. Die Übereinstimmung in der ÖTV für diesen Tarifkampf und damit auch die Grundlage für Kampfmaßnahmen besteht in der Forderung nach dem Mindestbetrag.

Im folgenden drucken wir die Bewegung des Ortszuschlags nach Art des Tarifabschlusses ab: Seit 1970 haben die Gewerkschaften durchgesetzt, daß der Tarifabschluß auch für den Ortszuschlag gilt. – Sockelbetrag und Prozente: 1.1.1971 Tarifabschluß 7% und 27 DM. 7% mehr Grundvergütung. Der Ortszuschlag mit seinen familienbezogenen Stufen wird um 7% und 27 DM erhöht. – 1.1.1973: Tarifabschluß 6% und 40 DM. 6% mehr Grundvergütung. Nach Abzug der Sockelbeträge aus den Jahren 1971 und 1972 von insgesamt 57 DM Erhöhung des Ortszuschlags mit seinen familienbezogenen Stufen um 6%, dazu der alte Sockelbetrag von 57 DM und der neue Sockelbetrag von 40 DM. – Später wurden die alten Sockelbeträge von der Anrechnung des Tarifabschlusses nicht mehr ausgenommen. – Mindestbetrag und Prozente: 1.1.1974 Tarifabschluß 11%, mindestens 170 DM. Erhöhung des Ortszuschlags mit seinen familienbezogenen Stufen um 11%. Die Grundvergütung wird um den Restbetrag auf die 170 DM angehoben. – 1.1.1979 Tarifabschluß 4%. Erhöhung der Grundvergütung sowie des Ortszuschlags mit seinen familienbezogenen Stufen um 4%.

GB: Stahlgewerkschaften stimmen Schlichtung zu

Untersuchungskommission für den Lohn wird eingerichtet / Streik geht weiter

z.hef.London. Eine dreiköpfige Kommission aus einem Gewerkschaftsvertreter, einem Kapitalistenvertreter und einem vom Arbeitsminister benannten Vorsitzenden soll im Stahlstreik schlichten. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den 13 streikenden Stahlarbeitergewerkschaften und der British Steel Corporation am Freitag abend. Eine Delegation der Gewerkschaften wird am Montag Arbeitsminister Prior aufsuchen und ihn auffordern, diese Kommission einzurichten. Sie soll zwischen zwei Alternativen entscheiden: dem Angebot der Kapitalisten von 10% Grundlohnerhöhung und 4% garantierter Produktivitätsprämie (gebunden an lokale Produktivitätsabkommen) und der Forderung der Gewerkschaften nach 14% Grundlohnerhöhung und 5% Prämie. Über alle anderen Fragen – die 52000 Entlassungen, die Änderungen der Arbeitsbedingungen und die Abschaffung der garantierten bezahlten 40 Stunden – haben sich Kapitalisten und Gewerkschaften offenbar schon bei den Verhandlungen in der Vorwoche geeinigt, ohne das Ergebnis bislang zu veröffentlichen.

Bisher hatten die Gewerkschaften, vor allem die ISTC und die Hochofenarbeiter, alle Versuche, sie in eine Schlichtung zu treiben, bekämpft. Aber die Facharbeitergewerkschaften und die Transportarbeitergewerkschaft setzten die Zustimmung zu diesem Vorschlag am Freitag durch.

Bei der Untersuchungskommission wird nichts Gutes für die Arbeiter herauskommen. Allgemeine Auffassung bei den Streikposten war schon vor den Verhandlungen, daß die geforderten 20% nicht mehr durchgesetzt werden können. Am letzten Mittwoch waren wir in Newport in Südwales. Vor dem Tor des Stahlhandelsbetriebs Alphasteel, wenige Kilometer vom Stahlwerk Llanwern entfernt, sammelten sich frühmorgens circa 200 Arbeiter. Seit drei Monaten stehen Streikposten vor Alphasteel, um Lieferungen zu blockieren. Die LKW-Fahrer des Betriebs hatten sich mehrere Wochen lang geweigert, die Streikpostenkette zu durchbrechen. Dann hatte der Kapitalist sie so unter Druck gesetzt, daß sie die Arbeit wieder aufnahmen. Der Kapitalist läßt die mit Importstahl beladenen LKWs im Konvoi anrücken. Die Polizei ist mit 150 Mann da. Die meisten sind von der Sondertruppe Special Patrol Group, die bei den Arbeitern ungeheuer verhaßt ist. Die Streikposten halten den ersten LKW an, sprechen mit dem Fahrer. Die Polizisten bilden eine Gasse für die Wagen, zerren Arbeiter weg, treten und schlagen. Es gibt Handgemenge. Drei Arbeiter werden festgenommen. Am Tag vorher waren es 21. Die LKWs fahren durch.

In den letzten Wochen mußten die Arbeiter mehr und mehr solcher Niederlagen hinnehmen. Sie sind jeden Morgen da. Aber sie haben nicht genug Streikposten, um die Polizei schlagen zu können. „Von den 7500 bei uns im Werk sind vielleicht 1000, höchstens 2000, die sich überhaupt an Streikposten beteiligen", schätzt ein Vertrauensmann der Transportarbeitergewerkschaft. Mit den Facharbeitergewerkschaften habe es von Anfang an Probleme gegeben, sagt ein ISTC-Mann. Bei den Streikposten sehe man diese Arbeiter selten.

Der dreimonatige Streik zehrt. Außer den TGWU-Mitgliedern bekommt niemand Streikgeld. Die Ledigen bekommen keine, die Verheirateten zwischen fünf und 25 Pfund Sozialhilfe, je nach Kinderzahl. Alle müssen sich von Eltern, anderen Verwandten, Freunden unterstützen lassen und haben sich verschuldet. „Wir haben den Streik wohl verloren", meint ein Arbeiter. Das ist die allgemeine Stimmung.

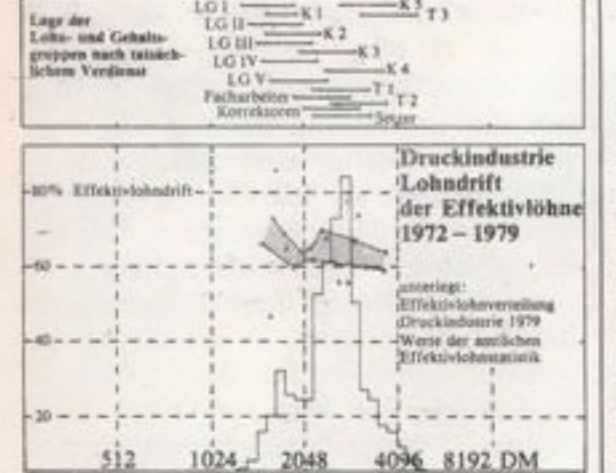
Die Gewerkschaften konnten ihr Ziel, den gesamten Stahlimport zum Erliegen zu bringen, nicht durchsetzen. Der Streik könne „theoretisch unbegrenzt weitergehen, ohne daß der Industrie besonderer Schaden zugefügt wird", behauptet die „Financial Times" am 17. März. Das stimmt nicht. Der Schaden, den die britischen Kapitalisten erleiden und den sie deutlich fühlen (weshalb alle Kapitalistenverbände auf einen schnellen Abschluß drängen), besteht nicht nur in der Stillegung von mehr als 50 Verarbeitungsbetrieben wegen Stahlmangel. Vor allem gerät das staatliche Stahlmonopol BSC selbst in große Schwierigkeiten. Das Rationalisierungsprogramm ist Monate hinterher. Langfristige Aufträge gehen an die Konkurrenz verloren, und das bei sinkendem Stahlverbrauch. Der Plan des britischen Finanzkapitals, BSC mit Milliardenbeträgen aus Steuergeldern zu einem Eckstein der industriellen Expansion auszubauen, ist gefährdet.

Aber die Gewerkschaften tun wenig gegen die von der Bourgeoisie verbreitete Stimmung, die Stahlarbeiter könnten streiken, solange sie wollten, weil täten sie niemandem. Sie haben sich alle in der einen oder anderen Form auf das Modernisierungsprogramm der Regierung für BSC verpflichtet. Deshalb wurden die Stahlimporte und Lieferungen aus privaten Stahlwerken zum Hauptgegenstand der Streikaktivitäten gemacht. Jetzt, wo sich herausstellt, daß die Blockade nicht hält, entsteht bei vielen Arbeitern der Eindruck, sie seien gescheitert. Aber der Streik gegen BSC selber steht solide. Seit die Arbeiter am 2. Januar gegen das 2%-Angebot von BSC in den Streik traten, ist keine Tonne Stahl produziert worden.

Daß eine schwere Niederlage der Stahlarbeiter katastrophale Auswirkungen für die ganze britische Arbeiterbewegung hat, erkennen viele. Die Vertrauensleute im Liverpooler Hafen riefen am Freitag alle 5000 Hafenarbeiter in den Streik. Am Tag vorher hatten die Kapitalisten 100 Arbeiter suspendiert, weil sie die Beladung eines sowjetischen Schiffs mit Exportstahl verweigert hatten. Die Vertrauensleute werden am Montag auf einer Delegiertenversammlung aller Hafenarbeiter einen allgemeinen Hafenarbeiterstreik zur Unterstützung der Stahlarbeiter beantragen.

Lohnabschluß Druckindustrie: Anhebung der unteren Lohngruppen

z.wom. Die IG Druck und Papier hat mit den Druckkapitalisten neue Lohntarife ausgehandelt. Die Angestelltentarife waren am letzten Freitag noch offen. Die Erhöhungen bewegen sich zwischen 6,8% für die Facharbeiterlohngruppen und über 8% für die untersten Lohngruppen, bei 173 Stunden monatlich zwischen 124 DM für LG I und 157 DM für Maschinensetzer. Bis zu 1,5% rücken die Hilfskräftelohngruppen im Lohngruppenschlüssel gegenüber dem Ecklohn (100%) auf, LG I von 72,5% auf 74%. Gefordert hatte die Gewerkschaft eine strukturelle Anhebung der Lohngruppen I bis V zwischen 2,5% und 1,5% sowie 9,5% mehr Lohn, was für die Ecklohngruppe 183 DM im Monat und für LG I 187 DM bedeutet hätte. Die ausgehandelten Erhöhungen sind nicht großartig, auch nicht für die unteren Lohngruppen, in denen über 40% der Druckarbeiter sind. Aber immerhin ist die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen tariflich abgesichert, was die IG Metall in diesem Jahr versäumt hat. Die sehr große Spreizung zwischen den Hilfskräftelohngruppen und den Facharbeiterlohngruppen ist etwas vermindert. Die besondere Anhebung der Niedriglöhne hat die Gewerkschaft auch schon im Tarifabschluß für die papier-, pappe- und kunststoffverarbeitende Industrie durchgesetzt. Auf jeden Fall muß man sich darauf einrichten, daß die Druckkapitalisten den Abschluß nicht voll auf die Effektivlöhne übertragen und die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen hinterrücks wieder kassieren wollen. Noch nicht ausgemacht ist, wie die akzeptable Lohnerhöhung von 6,8% in einem halben Jahr aussieht, wenn die Preise noch weiter anziehen.



Neuer Lohntarif Druckindustrie

	Alter Std.lohn	Erhöhg. in DM	Erhöhg. in %	Erh. in DM/173h
LG I	8,09	0,72	8,9	124,56
LG II	8,65	0,77	8,9	133,21
LG III	9,21	0,74	8,0	128,02
LG IV	9,49	0,76	8,0	131,48
LG V	9,88	0,73	7,3	126,29
Ecklohn	11,16	0,76	6,8	131,48
Korrektoren	12,00	0,81	6,8	140,13
Masch.set.	13,39	0,91	6,8	157,43

Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich im 1. Jahr um 30 DM, im 2. Jahr um 36 DM, im 3. Jahr um 47 DM und danach um 55 DM. Außerdem fällt bei LG I und II die Altersstufe bis 17 Jahre fort. Angaben nach IG Druck und Papier.



Stahlarbeiter vor Alphasteel in Newport (Südwales). Wie hier stehen Streikposten vor Hunderten von Lagern, Hafenausgängen und privaten Stahlwerken. Die Regierung will diese „indirekten Streikposten" verbieten.

Dollar in der Streikkasse stehen zur Verfügung, um die IHC-Kapitalisten zum Rückzug zu zwingen.

z.inl.Paris. **Gegen die Einführung einer dritten Schicht streikten über 6000 der 80000 Arbeiter bei Renault-Cléon am 12.3. zwei Stunden lang.** In der französischen Automobilindustrie gibt es gegenwärtig noch keine 3-Schicht-Betriebe, dafür Wechselschicht früh/spät und im Bereich der Motorenproduktion ständige „freiwillige" Nachtarbeit. In Cléon sind es 400 – 500 Arbeiter, die nur nachts arbeiten, weil sie die Zulage von 40% zum Lohn brauchen. Ein Forschungsinstitut sollte jetzt im Auftrag von Renault 264 Metaller zur dritten Schicht befragen. Die Streikantwort war eindeutig. – Wo im Sommer von den 28000 Beschäftigten 5000 aus der Produktion über Frühverrentung entlassen werden sollen, haben die Revisionisten einen Erneuerungsplan vorgelegt. Kern: Eroberung der Märkte der Dritten Welt und Produktion der Werksausrüstung, Werkzeugmaschinen etc., anstatt wie heute ⅓ davon im Ausland zu kaufen. Vom wirtschaftlichen, langlebigen usw. Auto faselt die PCF, französisch und konkurrenzfähig! Die Arbeits- und Lebenskraft der Arbeiter zählt dabei nichts.

z.hef.London. **Seit dem 12. März verweigern die 500000 Mitglieder der Gewerkschaft NALGO, die bei Lokalbehörden angestellt sind, alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Einziehung der Gemeinde-Grundsteuer.** Die Steuer wird halbjährlich im März und September auf Grundstücke und Häuser erhoben und von den Hausbesitzern auf die Miete umgelegt. Beim letzten Tarifabschluß im Juli hatten die Gemeinden zugesagt, zusätzlich zu der Lohnerhöhung von 9,4% ab 1.1.1980 eine „Vergleichbarkeitserhöhung" auf Grund einer „Vergleichbarkeitsstudie" auszuzahlen. Das Ergebnis dieser Studie bedeutet Erhöhungen zwischen 10 und 22%. Aber die Gemeinden wollen plötzlich nur zwischen 6% und 12% zahlen. Die Gewerkschaft hat einen Überstundenboykott und einen Fluglotsenstreik beschlossen.

z.ans.Rom. **Mit fristloser Kündigung reagierte ein Textilkapitalist in Erbusco westlich von Brescia auf die Organisierung von 19 Arbeiterinnen seines Betriebs in der Einheitsgewerkschaft FULTA.** Die gekündigten Arbeiterinnen haben diesen Angriff auf ihre gewerkschaftlichen Rechte nicht hingenommen und vor dem Betrieb Posten aufgestellt, um den Abtransport fertiger Waren zu verhindern. Ihre Forderung: Rücknahme der Kündigungen. Die Solidarität der Arbeiter der umliegenden Stahlbetriebe mit den Textilarbeiterinnen war groß. Nach vorausgegangenen Demonstrationen unterstützten am vorletzten Donnerstag Gewerkschafter der FULTA und Vertrauensleute der Stahlwerke die Arbeiterinnen in ihrem Kampf gegen die Entlassungen. Carabinieri griffen ein und verhafteten sieben Arbeiter wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt". Die FULTA organisierte im folgenden Tag in der Gegend, eine dreistündigen Streik in der Gegend, eine große Demonstration fand statt. Die sieben Arbeiter mußten freigelassen werden.

z.haj. **Die Gewerkschaft der 525000 Fernmeldearbeiter in den USA CWA hat die Forderungen für den am 9. August auslaufenden Tarifvertrag beraten.** „Wir erwarten einen Abschluß, der den realen Verdienst garantiert", erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende. Unter Berücksichtigung von Angleichungsklauseln im Abkommen über die Lohnleitlinien sei eine Lohnerhöhung von 18% gerechtfertigt. Weitere Forderungen für die am 4. Juni beginnenden Tarifverhandlungen: Änderung der bisherigen Anrechnungsweise der Inflation auf die Löhne, um einen vollen Ausgleich zu erreichen; zusätzliche Erhöhung der Renten; Freiwilligkeit der Überstunden und Vergütung der Überstunden durch das Doppelte der Arbeitszeit; Verkürzung des Arbeitsjahres möglichst durch die 32-Stundenwoche; Erstattung von Mehraufwendungen für die Gesundheitsversorgung einschließlich der Kosten für Hörgeräte und Brillen.

z.inl.Paris. **50000 Lehrer der Grund- und Vorschulen demonstrierten am 19.3. in Paris, das sind ein Sechstel aller in diesem Bereich beschäftigten Lehrer.** Tags darauf streikten 500000 Lehrer des Sekundarschulbereichs, in 22 Departements schlossen sich die Grundschullehrer an; 120000 gingen in vielen Städten mit ihren Forderungen auf die Straße: Keine Klasse über 25 Schüler, Neueinstellungen, Lohnerhöhungen. 2500 Grundschulklassen will der Erziehungsminister Beullac im nächsten Schuljahr schließen, 30000 Stellen sollen in diesem Bereich in den nächsten vier Jahren gestrichen und die „Lücken" mit schlechtbezahlten, auf Zeit angestellten „Hilfslehrern" gestopft werden. Ein Heer von arbeitslosen „Hilfslehrern" hält Beullac in Reserve, die auf die Kampfbereitschaft drücken sollen. Die Lehrerbewegung fordert ihre Festanstellung. Letzten Freitag streikten die Lehrer der Privatschulen, 100000 der 115000 Lehrer beteiligten sich. Sie sind größtenteils als „Hilfslehrer" angestellt. Sie fordern Erhöhung der Gehälter auf die im öffentlichen Dienst gezahlten und höhere Renten.



UNO und OAU verurteilen geo-wissenschaftliche Exkursion der Universität nach Südafrika

r.ana. In der vergangenen Woche ist eine 25-köpfige Studentengruppe unter Leitung von Professor Borchert vom Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg zu einer Exkursion nach Südafrika aufgebrochen – trotz eines Boykottbeschlusses der Geographiestudenten und internationaler Proteste. Der Vorsitzende des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid, der nigerianische UN-Botschafter Clark, meinte: ,,Jeder Versuch, dem Apartheid-Regime den Anstrich von Legalität zu verleihen, ist eine flagrante Verletzung der Resolution der Vollversammlung und ein Akt der Mißachtung der öffentlichen Meinung der Welt''.

Westdeutsche Kapitalisten übernehmen in Südafrika die Beförderung der Exkursion. Südafrikanische Minengesellschaften stellen Unterkünfte. Der Hamburger Senat zahlt von den 2500 DM Kosten pro Teilnehmer 500 DM. In einer Erklärung der Behörde für Wissenschaft und Forschung heißt es: ,,Unter der wissenschaftlichen Zielsetzung (der Exkursion) ist Südafrika ein besonders interessantes Land... Der Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung und der Präsident der Universität haben gemeinsam die Auffassung, daß Wissenschaftleraustausch den Abbau politischer Gegensätze fördert''. In einem Brief der Fachschaft Geographie an die UNO und OAU werden Ziele der Exkursion genannt: ,,Diese Exkursion ist ein demonstrativer und nicht hinzunehmender Verstoß gegen die internationale Isolierung Südafrikas, sie ist eine offensichtliche Verletzung der Resolutionen der UNO, z.B. der Resolution 32/105 G des 32.Plenums vom 14.12.1977.''

Die OAU hat dem FSR wenig später geantwortet und ihm ,,für die Initiative in dieser wichtigen Angelegenheit'' gedankt. Dem Professor Borchert hat die OAU folgendes geschrieben:

,,Erstens: Es ist unklug vom Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg, diese Exkursion in einer Zeit zu unternehmen, wo die UNO-Generalversammlung durch die Resolution 33/183 ID/1979 die Weltmeinung für die Beseitigung der Apartheid mobilisiert hat. Zweitens: Die Exkursion kann die Unterstützung der unterdrückten Menschen in Südafrika nicht fördern, sondern wird nur den Eindruck verstärken, daß in Südafrika alles in Ordnung ist. Drittens: Wenn die Exkursion gegen den Protest der OAU stattfindet, bedeutet das eine Zusammenarbeit der Universität Hamburg mit dem rassistischen Regime in Südafrika. Das ist ein feindlicher Akt gegen den Zweck und die Grundsätze der Vereinten Nationen. Viertens: Sie und das Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie sollen wissen, daß Apartheid ein Verbrechen gegen die Humanität ist und deshalb jede kulturelle oder wissenschaftliche Beziehung mit Südafrika ein Angriff auf die Würde der Afrikaner in dem Land und eine Beleidigung der afrikanischen Staaten ist.''

Informatik-Kongreß in Kassel

Gegen kapitalistische Rationalierungsforschung – für gewerkschaftliche Organisation

z.frn. Seit Sommer letzten Jahres geht Forschungsminister Hauff mit seinem neuen Förderprogramm Informationstechnik schwanger. Es soll die bisherigen Programme Datenverarbeitung, technische Kommunikation und elektronische Bauelemente ablösen. Im Januar-Heft der Zeitschrift ,,Informatik-Spektrum'' wirbt sein Staatssekretär Haunschild um die ,,Mitwirkung vor allem der Informatiker'' an der Verfolgung der Ziele des Programms:

,,1. Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muß erhalten und gestärkt werden.
2. Die Wirkungen der Informationstechnik auf die Gesellschaft müssen rechtzeitig erkannt werden; unerwünschte gesellschaftliche Folgen und Risiken, die aus der zunehmenden Ausbreitung der Informationstechnik entstehen können, müssen vermieden oder abgebaut werden.
3. Die Informationstechnik muß systematisch für die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen genutzt werden.''

Jedes dieser Ziele stellt eine Kampfansage an die Arbeiterklasse dar. Deutlich die Absicht der Regierung, ,,Informationstechnik nicht mehr als nur technische Angelegenheit (aufzufassen), wir müssen sie vielmehr auch politisch begreifen und gestalten.''

Was er für unerwünschte gesellschaftliche Folgen hält, sagt der Staatssekretär: den Streik des Rechenzentrum-Personals bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz vom Frühherbst '79. ,,Ganze Bereiche von Staat und Wirtschaft können durch solche Abhängigkeiten beeinträchtigt werden,'' sorgt er sich.

Auf dem Kongreß ,,Fortschritt der Computer – Computer für den Fortschritt?'', den die Gesellschaft für Informatik vom 22. bis 24.2. in Kassel abhielt, hätte die nur schlecht versteckte Aufforderung des Hauff-Ministeriums an die Informatiker, sich gegen Streiks zu stellen, nur wenig Sympathie erhalten. Deutlichen Beifall gab es dort dagegen für die Forderung einer Arbeitsgruppe nach Verbot der Aussperrung und uneingeschränktem Streikrecht.

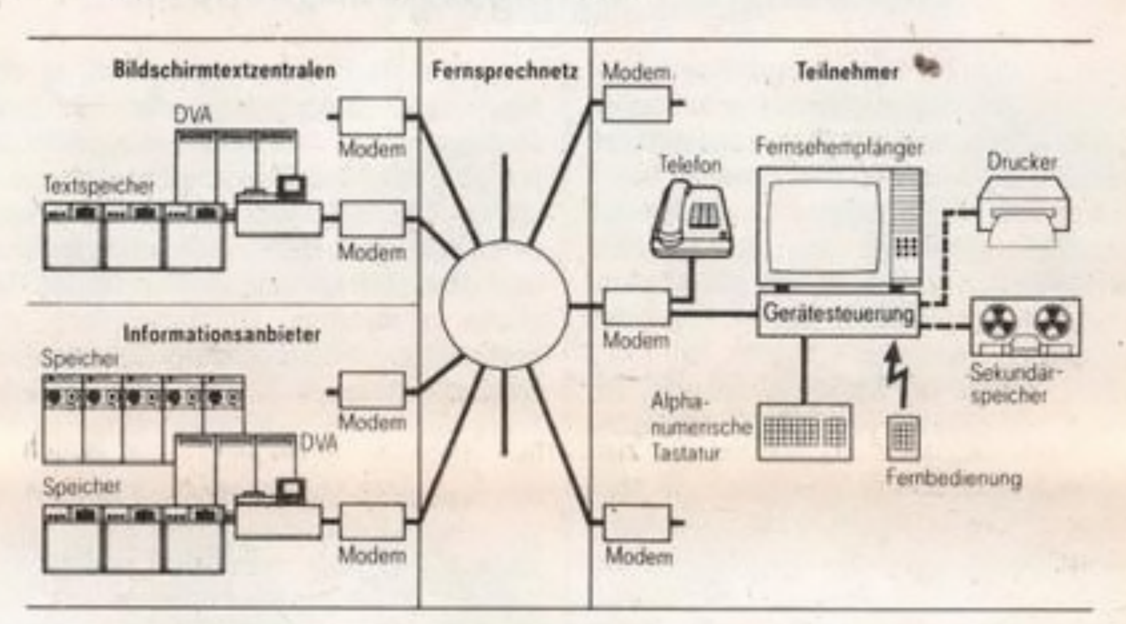
Etwa 400 Teilnehmer hatte dieser wissenschaftliche Kongreß, gut die Hälfte Arbeiter und Angestellte aus Betrieben und Behörden, die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind. Ein Erfahrungsaustausch sollte stattfinden. Viele Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaftsfunktionäre von ÖTV, HBV, IGM, IG Druck und Papier, IG Chemie, DPG. ,,Sensationell'' fand der Präsident der Gesamthochschule Kassel solche Zusammensetzung.

Der Einfluß der Arbeiter und Angestellten bewirkte, daß gemeinsam von Informatikern und Gewerkschaftern festgestellt wurde: die Wirkungen der Informationstechnik sind Rationalisierung und bestimmt durch die Anwendung in der Hand der Privateigentümer an Produktionsmitteln. Ohne dieses Eigentum anzugreifen, kann es keine prinzipielle Änderung der Lage der Lohnabhängigen geben. Davor muß man Schutzforderungen gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft erheben. Starker Beifall für die Feststellung auf der Abschlußsitzung: ,,Ohne Kampf gibt es nichts'' und für die Forderungen, unter denen die Belegschaft der Universität Bremen die Einführung von Schreibautomaten und Bildschirmgeräten in der Bibliothek bisher verhindert hat: keine Entlassungen, keine Abgruppierungen, Verbot der Akkordarbeit und akkordähnlicher Systeme, weitestgehende Einschränkung der Überstunden-, Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit, Arbeit an Sichtgeräten nicht länger als 135 Minuten pro Arbeitstag mit 15 Minuten Pause nach je 45 Minuten!

Der Vorschlag einer Arbeitsgruppe, ein Moratorium gegen die Informationstechnik zu verlangen, fand nur geringe Zustimmung. Beifall dagegen für die Aufforderung an die Informatiker, sich in den Gewerkschaften zu organisieren, dort ihre Fachkenntnisse einzubringen und dadurch Spaltungen entgegenzutreten.

Der Vorsitzende der Gesellschaft für Informatik (GI) fühlte sich im Schlußwort zu dem Hinweis genötigt, die GI sei unabhängig und gemeinnützig, sie sei auch keine Gewerkschaft, sondern bemühe sich um wissenschaftliche Objektivität, was ihm Mißfallensäußerungen einbrachte. Scharfer Protest, als er meinte, die Probleme seien wohl noch zu komplex, woher sich auch ,,infantile Reaktionen'' bei Teilnehmern erklären ließen. Wenn es, wie beim Einsatz der Informationstechnik, bei einigen immerhin um die Existenz ginge, wollte er Emotionen zwar nicht ausschließen. Aber ein Mindestmaß an Sachkenntnis müsse er verlangen.

Der Klasseninstinkt der Bourgeois-Vertreter war getroffen worden. Sie hatten vorher schon vergeblich versucht, den Kongreß zu kippen. Als das nicht glückte, versuchten sie, ihn zur Verbreitung klassenversöhnlerischer Ansichten zu nutzen. Das gelang zwar soweit, daß der Vorschlag einer Resolution nicht durchdrang. Doch die vorherrschende Strömung ging auf Gewerkschaftseinheit und Arbeiterforderungen. Einige Informatiker wurden für den Eintritt in die Gewerkschaft gewonnen. An der Universität Bremen staltung über Büro-Rationalisierung vor. Studenten einer Lehrveranstaltung werden sich mit den Rationalisierungsplänen des Dienstherrn gegen die Angestellten der Universität befassen.



Eines der neuen Kommunkationssysteme der Bundespost ist Bildschirmtext. Der Fernsehempfänger wird über Telefonleitung mit einem zentralen Computer und Datenspeicher verbunden. Über Tastatur fragt man Texte aus Katalogen u.ä. ab. Rationalisierung des Versandhandels ist das Resultat.

Bundesjugendkonferenz Druck und Papier gegen Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit

z.hog. Am 8./9. März fand in Springen die 7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier statt. Eine Reihe von Anträgen, die sich mit Vertretungsrechten der Jugendlichen, der Ausbildung und Schutzrechten für jugendliche Arbeitskraft befassen, wurde verabschiedet. So wird der Bundestag aufgefordert, ein Jugendarbeitsschutzgesetz zu schaffen, daß ein generelles Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord-, Sonn- und Feiertagsarbeit für Jugendliche enthält. Wie bereits in anderen Gewerkschaften wurde die Forderung nach Ersetzung der Jugendvertretungen durch Auszubildendenvertretungen aufgestellt.

Bezüglich des Berufsgrundbildungsjahres wurde u. a. beschlossen: ,,Alle

bildungskosten durch den bürgerlichen Staat finanzieren zu lassen. In einem anderen Antrag, der verabschiedet wurde, wird die Teilnahme eines Gewerkschaftsvertreters an den Sitzungen der Gesamtkonferenz mit Vetorecht in allen die Schule betreffenden Ausbildungsfragen gefordert.

Nach einer längeren Debatte über die aufgestellte Tarifforderung für die Druckindustrie wurde außerdem eine Resolution verabschiedet, in der die aufgestellte Forderung für die Auszubildenden (65 DM) als nicht ausreichend kritisiert wurde. Weiter wurde festgestellt, daß die volle Durchsetzung des Betrages unbedingt nötig ist.

Längere Auseinandersetzungen gab

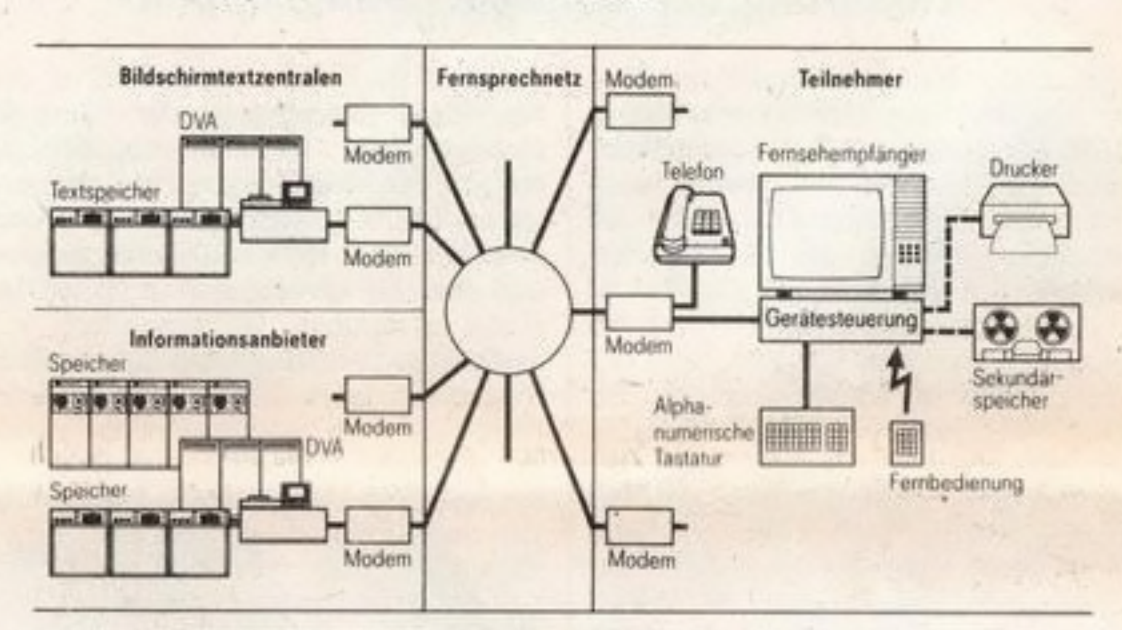
Frühherbst '79. ,,Ganze Bereiche von Staat und Wirtschaft können durch solche Abhängigkeiten beeinträchtigt werden,'' sorgt er sich.

Auf dem Kongreß ,,Fortschritt der Computer – Computer für den Fortschritt?'', den die Gesellschaft für Informatik vom 22. bis 24.2. in Kassel abhielt, hätte die nur schlecht versteckte Aufforderung des Hauff-Ministeriums an die Informatiker, sich gegen Streiks zu stellen, nur wenig Sympathie erhalten. Deutlichen Beifall gab es dort dagegen für die Forderung einer Arbeitsgruppe nach Verbot der Aussperrung und uneingeschränktem Streikrecht.

Etwa 400 Teilnehmer hatte dieser wissenschaftliche Kongreß, gut die Hälfte Arbeiter und Angestellte aus Betrieben und Behörden, die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind. Ein Erfahrungsaustausch sollte

ringe Zustimmung. Beifall dagegen für die Aufforderung an die Informatiker,

die Angestellten der Universität befassen.



Eines der neuen Kommunkationssysteme der Bundespost ist Bildschirmtext. Der Fernsehempfänger wird über Telefonleitung mit einem zentralen Computer und Datenspeicher verbunden. Über Tastatur fragt man Texte aus Katalogen u.ä. ab. Rationalisierung des Versandhandels ist das Resultat.

Bundesjugendkonferenz Druck und Papier gegen Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit

z.hog. Am 8./9. März fand in Springen die 7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier statt. Eine Reihe von Anträgen, die sich mit Vertretungsrechten der Jugendlichen, der Ausbildung und Schutzrechten für jugendliche Arbeitskraft befassen, wurde verabschiedet. So wird der Bundestag aufgefordert, ein Jugendarbeitsschutzgesetz zu schaffen, daß ein generelles Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord-, Sonn- und Feiertagsarbeit für Jugendliche enthält. Wie bereits in anderen Gewerkschaften wurde die Forderung nach Ersetzung der Jugendvertretungen durch Auszubildendenvertretungen aufgestellt.

Bezüglich des Berufsgrundbildungsjahres wurde u. a. beschlossen: ,,Alle
Betriebe/Unternehmen, die Fachkräfte nachfragen, müssen zur Finanzierung des BGJ beitragen. Die Besucher des BGJ erhalten die Ausbildungsvergütung des 1. Ausbildungsjahres durch den Unternehmerbeitrag. BGJ-Schüler müssen durch die an der Finanzierung beteiligten Betriebe/Unternehmen in ein Ausbildungsverhältnis übernommen werden. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht zu realisieren sein, wird die Ausbildung vollschulisch abgeschlossen.'' Damit ist ein Schritt getan, gegen die Pläne der Kapitalisten, sich durch das BGJ einen Teil der Aus-

bildungskosten durch den bürgerlichen Staat finanzieren zu lassen. In einem anderen Antrag, der verabschiedet wurde, wird die Teilnahme eines Gewerkschaftsvertreters an den Sitzungen der Gesamtkonferenz mit Vetorecht in allen die Schule betreffenden Ausbildungsfragen gefordert.

Nach einer längeren Debatte über die aufgestellte Tarifforderung für die Druckindustrie wurde außerdem eine Resolution verabschiedet, in der die aufgestellte Forderung für die Auszubildenden (65 DM) als nicht ausreichend kritisiert wurde. Weiter wurde festgestellt, daß die volle Durchsetzung des Betrages unbedingt nötig ist.

Längere Auseinandersetzungen gab
es um eine Resolution, die die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt und den bedingungslosen Abzug der fremden Truppen fordert und ausdrücklich die Unterstützung der Völker, die für Beseitigung des Kolonialismus und Imperialismus kämpfen, unterstreicht. Die Resolution wurde gegen die Stimmen der DKP verabschiedet. Eine andere Resolution, die ,,trotz der Ereignisse in Afghanistan, einerlei wie man diese bewertet, ein Festhalten an der Friedens- und Entspannungspolitik'' für notwendig erklärt, wurde abgelehnt.

Schmudes ,,lernzielorientiertes Diagnose- und Stützsystem'' für die Schlosserausbildung

z.gab. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und das Land Niedersachsen fördern mit 1,5 Mio. DM das Modellvorhaben ,,Entwicklung und Erprobung eines lernzielorientierten Diagnose- und Stützsystems zur individuellen Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlichem Lernverhalten der Berufsausbildung in schlosserischen Berufen'' der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG. Bei den ,,unter dem Durchschnitt Liegenden'' sollen mit dem Modell die ,,jeweiligen Lernbeeinträchtigungen'' schneller erkannt werden als bisher. In einem ersten Zwischenbericht wurden die bisherigen Ergebnisse vorgelegt: Ein Diagnosesystem auf Grundlage einer sogenannten ,,reduzierten Lernbasis''. Übungsstücke der Auszubildenden wurden, aufgegliedert nach einzelnen Fertigkeitsbereichen, bewertet. Die ,,unter Durchschnitt Liegenden'' wurden ,,systematisch befragt''. Fazit: ein Diagnosebogen, mit dem der Auszubildende ,,seine Fehler selbst feststellen'' und somit zu ,,stärkerer Eigentätigkeit'' angeregt werden soll. Ein ausgeklügeltes System: Bewertung jedes einzelnen Übungsstücks, Sonderprüfung der ,,unter Durchschnitt Liegenden'' und verschärfte Arbeitsantreibung aller Auszubildenden. Es paßt sich lückenlos in das als ,,vorbildlich'' geltende Ausbildungssystem bei P&S ein. Das Berufsgrundbildungsjahr ist obligatorisch – die erste Hürde, bei der rund ein Sechstel auf der Strecke bleiben. Es folgen 2 Ausbildungsphasen. In der 2. Phase werden die gesamten Fertigkeiten entweder in Lehrgängen oder der besonders geförderten Projektausbildung vermittelt. Letztere ermögliche die ,,permanente Kontrolle der Ausbildungsgänge in besonderem Maße''. Schmudes ,,Diagnose- und Stützsystem'' liefert die notwendigen Hilfsmittel.



Werkstatthalle bei Peine-Salzgitter AG

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Mannheim, J7, 14, Tel. 1 62 79
Kommunistische Hochschulgruppe

Karlsruhe
17. März 1980
12i3c0450p

Engler gegen Anerkennung der Vertretungsrechte Forderungen der Studenten

,,Die Gewerkschaften haben keine Ahnung. Koalitions- und Streikrecht, Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Studenten gibt es nicht. Wenn die Gewerkschaften so was unterstützen, interessiert mich das nicht.'' So der Minister für Wissenschaft und Kunst Engler auf der CDU-Wahlveranstaltung letzten Dienstag zur ,,Situation an den Heidelberger Hochschulen und Forschungseinrichtungen''. Noch dreister gegenüber den Forderungen der GEW gegen Teilzeitbeschäftigung und Nichtgewährung der 40-Stunden-Woche.

Die Veranstaltung sollte der CDU dienen gegen die wachsende Unterstützung der Forderungen der Studenten durch Arbeiter, Angestellte und ihre Gewerkschaften sowie durch Schüler und ihre Vertretungen. Insbesondere gegen den Germanistenprozeß vor der Großen Strafkammer in Heidelberg.

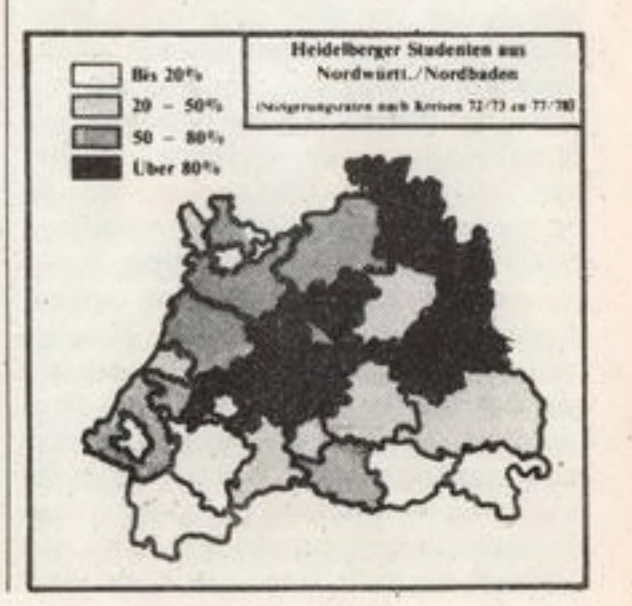
Daß die Unterdrückung dieser Rechte entscheidend ist für die Landesregierung und daß sie keineswegs an die Anerkennung der wiederaufgebauten Vertretungsorgane freiwillig gehen wird, begründete Minister Engler: Die Verfaßte Studentenschaft sei vor ihrer Beseitigung 1977 entscheidender Störfaktor gewesen. Die Hochschulen brauchen jetzt innere Ruhe. Bedauerlich fand er die niedrige Wahlbeteiligung zu den Senatsasten. Nicht das geltende Recht sei schuld, aber eine Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft als Zwangskörperschaft komme nicht in Frage. ,,Die Studenten sind oft zu wehleidig. Das insbesondere zu den Klagen über die Studienreform. Wer eine Hochschulausbildung genießt, der müsse auch was leisten, da sind 40 Stunden sicherlich angebracht. Aber der Rechtsstatus der Studenten ist ein ganz anderer als der der Arbeiter in den Betrieben oder von Auszubildenden.'' Von daher ist nach Engler die Landesregierung auch nicht bereit, die Forderungen der Studenten in einer vorgesehenen Novelle der Hochschulgesetze zu berücksichtigen. ,,Was von einer Firma Fachschaft kommt, wie diese Dienstaufsichtsbeschwerden, das behandele ich nicht. Die sind illegal.''

Auf der Veranstaltung konnte Engler keine Begründung für die Nichtanerkennung der Rechte der Studenten geben. Das, was auch die Heidelberger Presse vermerkt, was er anbot, war die Einsetzung der Staatsmacht zur Unterdrückung der Forderungen der Studenten als Rückenstärkung für die Professoren. Rauskommt, daß im Aufbau der Vertretungsorgane und im Kampf um ihre Anerkennung notwendig die Senatsasten von Einheitslisten der Studentenkoalitionen besetzt werden müssen, das ist der schwächste Punkt der Regierung.

Was sich Engler mit seinen ,,Bildungsreserven'' aus ,,ländlich strukturierten Gebieten'' einhandelt

19 Schüler der Hauptschule Lauda-Königshofen und 10 Schüler des Martin-Schleyer-Gymnasiums haben in Briefen die Einstellung der Germanistenprozesse verlangt und Rektor Laufs aufgefordert, an ihre Schule zu kommen, um Stellung zu nehmen. Die Ursache dieser wachsenden Unterstützung für die Kämpfe der Studenten aus den Landkreisen ist in den Erfahrungen der Arbeiter- und Bauernfamilien zu suchen: im Wintersemester 77/78 kamen 55% aller Heidelberger Studenten aus Baden-Württemberg, davon 90% aus Nordwürttemberg/Nordbaden. Die Karte zeigt, daß die Mobilisierung von Studentenreserven in den 70er Jahren über die Stadtkreise hinaus vor allem auf die Landkreise ausgedehnt wurden; die Steigerungsrate in der Region Franken lag 77/78 zu 72/73 bei 88%, in der Stadt Heidelberg z.B. nur noch bei 13,4%.

BAFöG-Höchstsatz erhält nur, wessen Vater als Bauer nicht zur Einkommenssteuer veranlagt wird. Die geplante Ausdehnung der Buchführungspflicht und höhere Besteuerung gerade der kleinen und mittleren Bauern wird ihren studierenden Kindern auch noch BAFöG-Senkungen bescheren.



Zunehmende Ausdehnung der Besatzermanöver im Westberliner Stadtgebiet

z.din. Nachdem im Anschluß an die Herbstmanöver der Besatzertruppen in Westberlin eine Konzentration der Besatzermanöver im Südosten der Stadt (Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg) festzustellen war, sind diese Übungen im Laufe der letzten Wochen über das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt worden. Fast täglich meldet die bürgerliche Presse Truppenkonzentrationen in mehreren Stadtteilen, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß es ratsam sei, sich selbst und vor allem die Kinder vom Ort des Geschehens fernzuhalten.

Zusammengefaßt ergibt sich folgende Entwicklung der Besatzermanöver seit Anfang Februar 80: 7., 8., 20. und 29. 2. Häuserkampfübungen der US-Besatzer in der Skalitzer Str./Kreuzberg. 20., 27., 28., und 29. 2. Häuserkampf Wedding, 28. und 29. 2. Siemensstadt, 5. und 6. März Manöver der französischen Besatzer in der Bernauerstraße/Wedding, 12. bis 14. 3. Manöver der Briten und 19. bis 22. 3. der US-Truppen in der gleichen Straße. 12. 3. bis 14. 3. britisches Manöver zwischen Spandauer Forst und Tempelhof, einschließlich Tiergarten und Tegeler Flughafen. Hinzu kommen noch mehrtägige Geländemanöver im Grunewald und Tegeler Forst die von den Besatzern gemeinsam durchgeführt wurden.

,,Wir sind der festen Überzeugung, daß wir ein Überrennen Berlins durch sowjetische und ostdeutsche Streitkräfte so lange hinauszögern könnten, bis entscheidende Hilfen durch alliierte Einheiten von außen herankommen und zwar von Einheiten, die für die Verteidigung Berlins vorgesehen sind'', äußerte Ron Shermann als Sprecher der US-Besatzungstruppen in Westberlin in ,,Wehrtechnik'' 1/80.

Solch einer Zusage müssen Taten folgen, wenn sie sowohl als Drohung gegen den imperialistischen Rivalen, als auch als Rechtfertigung der Besatzerexistenz gegenüber der Westberliner Bevölkerung wirksam werden soll. Die Isolation der Besatzertruppen in den bestehenden ,,Ghettosiedlungen'' sowie die Manöverübungen in Außenbezirken bieten eine schmale Basis, um die Operationsfähigkeit der Truppen zu gewährleisten und die Duldung der Allgegenwärtigkeit der Besatzer unter der Bevölkerung durchzusetzen. Beides ist jedoch notwendig für die Strategie der Besatzer, und die gegenwärtige enorme Ausweitung der Manövertätigkeit trägt dem Rechnung. Den Häuserkampfübungen der US-Besatzer liegt ein neues Testprogramm zur Überprüfung der Einsatzbereitschaft bei militärischen Operationen im städtischen Gelände (MOUT ARTEP) zugrunde. Die Besatzerzeitung ,,Berlin Observer'' schreibt in Auswertung der ersten Teilergebnisse der Manöver der US-Besatzer: ,,Berlin hat sich als ideales Testgelände für diese Art von ARTEP erwiesen, das die Verteidigung einer Millionenstadt zum Gegenstand hat.''

Über den Verlauf einer Übung berichtet der ,,Berlin Observer'': ,,Im Laufe des ARTEP wurde das 4. Bataillon mit vielfältigen Verantwortlichkeiten betraut: Die Soldaten griffen Gebäude an, säuberten den Feind hinaus und richteten Verteidigungsstellen in ihnen ein.'' Da die US-Besatzer sich zum Üben dieser Kampfform eigens eine Geisterstadt haben bauen lassen, wo sie solche Übungen schon seit langem durchführen, läßt sich ein Testcharakter aus dem geschilderten Übungsverlauf schwerlich herleiten. Es sind die umfangreichen Truppenbewegungen, die zum Erreichen der Manöverstätten organisiert und durchgeführt werden müssen, sowie die Lage der ,,Kampfplätze'' inmitten von Wohngebieten, die die erfolgreiche Durchführung solcherart von Manövern für die Besatzer bedeutungsreich machen.

Bei der Bevölkerung stoßen die zunehmenden Besatzermanöver auf Ablehnung. In den Rathäusern häufen sich die Beschwerden über Belästigungen, in Kreuzberg haben sich der Betriebsrat und fast alle Beschäftigten der Internationalen Bauausstellung GmbH für die Einstellung aller Häuserkampfübungen ausgesprochen, und wurden innerhalb kurzer Zeit über 5000 Unterschriften für diese Forderung gesammelt. Die bürgerlichen Politiker versuchen zu beschwichtigen. Die Bürgermeister von Neukölln und Kreuzberg haben zugesagt, sich für weniger Übungen der Besatzer in Wohngebieten einzusetzen; die Übungen gehen aber weiter. Während die Polizei dazu übergeht, die Manövergebiete abzuriegeln und z. B. das Fotografieren zu verhindern, hat der Regierende Bürgermeister Stobbe einige Werbeaktionen angekündigt, um die Besatzertruppen bei der Bevölkerung beliebt zu machen. Das Gegenteil kann dabei herauskommen, wenn diese Aktionen richtig genutzt werden und der Kampf gegen die Manövertätigkeit der Besatzer mit der Forderung nach ihrem vollständigen Abzug verbunden wird.

CDU und SPD für den Einsatz der Frauen in der Bundeswehr

r.jöd. Die SPD stellt die diesjährigen Bundestagswahlen unter das Thema ,,Sicherheit für Deutschland''. Strauß spricht davon, daß er die Konfrontation mit Bundeskanzler Schmidt nicht suche, weil die Lage so ernst sei, und hält eine Regierungskoalition mit den Grünen für möglich. Die FDP hat den Entwurf eine Wahlprogramms vorgelegt. Ihr Motto heißt ,,Freiheit und Verantwortung''. Es wird an den Wahlprogrammen noch gebastelt. Etwas spät meldet sich jetzt Dipl. Päd.Kurt Würzbach, MdB der CDU und Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag zu dem Thema ,,Frauen in der Bundeswehr'' in der Märzausgabe der ,,Europäischen Wehrkunde zu Wort. Dieses Thema soll die ,,Gemüter erhitzt'' haben und die wirkliche Problematik orientierter Auseinandersetzung mit Für und Wider sehr erschweren''. Würzbach versucht in seinem Artikel, das Thema zu ,,versachlichen'' und innerhalb des bürgerlichen Parteienlagers eine Einigung herzustellen: Erstens: ,,Dem jährlichen Bedarf von 200000 Wehrpflichtigen stehen z.B. 1994 nur 177000 Männer im dienstfähigen Alter gegenüber.'' Zweitens: ,,Die Bundesrepublik nimmt mit ihrer Entscheidung, keine Frauen in der Bundeswehr zuzulassen, eine Sonderstellung ein.''

Würzbach stellt dann die jeweiligen Bedingungen der Rekrutierung der Frauen in anderen Ländern zusammen und kommt zu der Zusammenfassung: ,,Bis auf den besonderen Ausnahmefall Israel... dienen alle Frauen nur auf *freiwilliger* Basis in den Streitkräften.'' Ein direkter ,,*Wehrdienst*'', wie bei den Männern findet international nicht statt.

46840 Frauen beschäftigt die Bundeswehr bereits im zivilen Dienst. Jetzt geht es darum, die Frauen in das Wehrdienstverhältnis und in die Strukturen von Befehl und Gehorsam einzugliedern. Hier tritt ausnahmsweise das Soldatengesetz einer schnellen Änderung entgegen, denn dort ist festgelegt: ,,Soldat ist, wer in einem Wehrdienstverhältnis steht.'' Im Grundgesetz Artikel 12 wird die ,,Verpflichtung'' der Männer zu zum Dienst in den Streitkräften festgelegt und um Absatz vier die ,,zivile Dienstleistung'' im Verteidigungsfall für die Frauen ermöglicht. Würzbach schlägt eine Änderung des Soldatengesetzes vor.

Verteidigungsminister Apel schwenkte nach Würzbachs Vorarbeit jetzt ein, ,,Frauen sollen als Piloten in der Bundeswehr eingesetzt werden,'' erklärte Apel in der Bild-Zeitung. Die Einbeziehung der Frau in die imperialistische Armee ist eine Ausweitung der Rekrutierung für die Kriegsvorbereitung. Kein Dienst von Frauen in der Bundeswehr muß dem entgegengehalten werden!

Ganz auffällig betonen Apel und Würzbach nebenbei, daß sie aber für Frauen an der Waffe nicht sind. Der Hintergrund dieser ,,liberalen Äußerung'' läßt sich erraten: ,,Die historische Erfahrung mit dem sowjetischen Partisaneneinsatz ist eine der wesentlichen Wurzeln für das derzeitige Unverständnis für im Militär tätige Frauen, für die Regelung im Bonner Grundgesetz und die Art und Denkweise in der öffentlichen Diskussion um eine Öffnung der Bundeswehr für freiwillig dienende Frauen.'' Die Befreiung der Frau läßt sich nur über die Beteiligung der Frauen an der industriellen Arbeit und damit am Klassenkampf vorantreiben. Schon hier versucht die Bourgeoisie zwischen Männern und Frauen zu spalten. Dies setzt sich bezogen auf die Ausbildung und Kenntnis beim Waffenhandwerk fort. Die besondere Unterdrückung der Frau läßt sich im Kampf für den Sturz der herrschenden Klasse beseitigen. der Frau läßt sich im Kampf für den Sturz der herrschenden Klasse beseitigen. Der Kampf für die Allgemeine Volksbewaffnung ermöglicht dieses Ziel und schließt das Recht der Frauen ein, an dieser allgemeinen Volksbewaffnung teilzunehmen.

Die schwedische Soldatenbewegung beschließt den Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft

z.coi.Stockholm. Vom 10. – 14.3. fand in Örebro der 10. Kongreß der Schwedischen Wehrpflichtigen statt. Die 176 Delegierten der ca. 45000 Wehrpflichtigen beschlossen das Forderungsprogramm der Soldatenbewegung für 1980 sowie das Grundsatzprogramm und das Statut für eine nationale Soldatengewerkschaft, die 1981 ihren ersten Kongreß abhalten soll. Neben dem Soldatenrat ist ein provisorischer Gewerkschaftsvorstand gewählt worden, der die Gewerkschaftsorganisation aufbauen und den Kongreß 1981 vorbereiten soll.

Die Hauptforderungen sind identisch mit den auf dem vorjährigen Kongreß gefaßten (s. KVZ 13/79), für die die Soldaten z.B. in Stockholm *(Bild)* auf die Straße gegangen sind: 30 SKr. pro Tag und die 40-Stunden-Woche. Ab 1. Juli wird der Wehrsold von gegenwärtig 15 SKr. auf völlig unzureichende 16 SKr. (6,75 DM) pro Tag erhöht, und die wöchentliche Arbeitszeit beträgt weiterhin mindestens 48 Stunden. Daß sich die Regierung bisher über die seit einigen Jahren hartnäckig erhobenen Forderungen so unbekümmert hat hinwegsetzen können, liegt an der ungenügenden Selbständigkeit der Bewegung gegenüber dem bürgerlichen Staat. Sie ist aus Soldatengruppen entstanden, die Ende der 60er Jahre immer stärker gegen Schikane und für bessere Dienstbedingungen kämpften. Die Initiative zu ihrer Zusammenfassung kam von der Jugendorganisation der Sozialdemokratie, die, damals an der Regierung, sogleich versuchte, diese Bewegung an die goldene Staatsleine zu legen. Seitdem trägt der Staat sämtliche Kosten für die Konferenzen, Publikationen, Reisen etc., 1979 drei Mio. SKr. Die von den Kongressen gewählten Vertreter sind Angestellte der Armee.

Die beschlossene Bildung einer vom Staat unabhängigen Gewerkschaft, die die Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband LO sucht, ist ein Fortschritt, den die Bourgeoisie mit Argwohn verfolgt. Der Verteidigungsminister Krönmark versuchte den Gründungsbeschluß zu verhindern, indem er einmal mit den 3 Mio. SKr. lockte und zum anderen offen drohte: ,,Eine Gewerkschaft muß Methoden haben, um ihre Forderungen durchzusetzen, und dies können die Wehrpflichtigen nicht, denn sie unterstehen dem Wehrpflichtgesetz.'' Nach den Militärgesetzen kann Streik, d.h. kollektive Befehlsverweigerung, mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden.

Der Kongreß hat den Antrag, das Streikrecht für die Soldaten zu fordern, mit großer Mehrheit unter Hinweis auf diese Gesetze abgelehnt und damit die Rechtlosigkeit der eingezogenen Lohnabhängigen in der bürgerlichen Armee anerkannt. Stattdessen soll die Soldatenbewegung zur Durchsetzung ihrer Forderungen auf Mitbestimmung in Regiments- und Kompanieräten und auf Laienräte setzen, die von den Bezirksparlamenten gewählt werden, um die Armee ,,demokratisch'' zu kontrollieren. Diese von den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien gedrehte Schlinge wird die Soldatenbewegung zerreißen müssen, will sie z.B. ihr Ziel, nie gegen das Volk eingesetzt zu werden, durchsetzen.



Erste Ansätze innerkoreanischer Verständigung

51-Tage-Manöver ,,Team Spirit '80'' der USA und Südkoreas soll bremsen

z.hev. Vom 1. März bis 20. April ziehen die USA und Südkorea ein gigantisches Manöver in Südkorea und den Gewässern um die koreanische Halbinsel durch. Die USA haben 54000 Mann im Einsatz, die zum Teil aus Hawaii und dem Stützpunkt Okinawa in Japan in Großeinsätzen – ähnlich dem ,,Big Lift'' nach Europa – herbeigeflogen wurden. Außerdem beteiligen sich Einheiten der US-Luftwaffe aus dem gesamten pazifischen Raum und Teile der 7. US-Flotte. 100000 Mann stellt die südkoreanische Armee. ,,Team Spirit '80'' heißt dieses seit Ende des Koreakrieges größte Kriegsschauspiel. Seine gleichnamigen Vorläufer in den Jahren '77 bis '79 dauerten kaum halb so lange unter geringerem Einsatz an Soldaten und Waffen. rem Einsatz an Soldaten und Waffen.

Diese gewaltige Demonstration der amerikanischen Präsenz in Ostasien spielt sich vor dem Hintergrund der zugespitzten Rivalität der beiden Supermächte USA und Sowjetunion ab, hat aber auch eine besondere Bedeutung aber auch eine besondere Bedeutung für das geteilte Korea selbst. Am 14.1.80 hatte Nordkoreas Vizepräsident Kim Il dem südkoreanischen Stabschef Yi Hui-song in einem Brief ein Treffen über die Wiedervereinigung vorgeschlagen: ,,Unser Volk wird überdies einem nicht wieder gutzumachenden nationalen Unglück entgegengehen, wenn wir die uns von auswärtigen Mächten aufgezwungene Teilung unseres Volkes akzeptieren – heute, wo die uns umgebende Situation mit jedem Tag schwieriger wird.'' Seitdem haben sich Delegierte beider Korea vier Mal, zuletzt am 18. März, in Panmunjom getroffen, um die vorgeschlagene Konferenz der beiden Ministerpräsidenten vorzubereiten. Schnelle Fortschritte sind dabei – trotz Einigung über den Verhandlungsort Panmunjom – nicht zu erwarten, denn die USA und Teile der südkoreanischen Regierung tun alles, um den Gang der Verhandlungen zu bremsen. Die USA hatten ein ,,Dreiertreffen'' in Genf verlangt, der Dritte wollten sie selbst sein. Auf sie geht auch die Vorstellung von der jeweiligen Mitgliedschaft von Nord- und Südkorea in der UNO vom Nord- und Südkorea in der UNO vom 1. Juli letzten Jahres zurück, was in der gegenwärtigen Lage nur ein Vorschlag zur Verewigung der Teilung Koreas sein kann. ,,Team Spirit '80'' gerade jetzt und in diesem nie dagewesenen Umfang zeigt die klare Absicht der USA, an der Teilung unbedingt festzuhalten.

Der 38. Breitengrad bildet seit Ende des Koreakrieges 1953 mit einer 4 km breiten entmilitarisierten Zone die breiten entmilitarisierten Zone die Waffenstillstandslinie und Grenze zwischen Nord und Süd. Ein Friedensvertrag scheiterte 1954 bei den Genfer Verhandlungen. Das Fehlen eines solchen Vertrags ermöglicht es den USA, eine ständige Aggressionsdrohung gegen Nordkorea aufrechtzuerhalten, und zwingt die Regierung der 17 Mio. Nordkoreaner, eine 500000 Mann starke Armee zu unterhalten und rund ein Fünftel des Bruttosozialprodukts für die militärische Verteidigung zu verwenden. Weitere 1 bis 2 Millionen leicht bewaffnete Arbeiter- und Bauernmilizen bilden eine große Reserve. Südkoreas Streitkräfte umfassen 520000 Mann (Heer) plus 20000 Mann (Luftwaffe) und sind mit den modernsten Waffen amerikanischer Herkunft ausgerüstet, z.B. auch M 60-Panzern, während dem NATO-Mitglied Türkei die uralten M 47 und M 48 Panzer angedreht werden, die noch aus der Zeit des Koreakrieges stammen. Die Südkoreaner zahlen 6% des Bruttosozialprodukts für Verteidigung mit weiter steigender Tendenz, was dem Volk über Sondersteuern abgeknöpft wird.

Erheblich größere Bedeutung als die Zahl von ca. 39000 vermuten läßt, haben die in Südkorea stationierten US-Streitkräfte. Ihren Kern bildet die 2. Infanteriedivision, über deren Abzug Carter letztes Jahr einmal geschwätzt hatte, mehrere mit modernsten Raketenwaffen ausgerüstete Spezialeinheiten und die 314. Division der Luftwaffe mit 60 F4-Phantom Flugzeugen. Die Masse der US-Besatzer sind entlang der entmilitarisierten Zone stationiert. Pusan im Südosten ist der Stützpunkt der 7. US-Flotte, der den USA schon einmal im Koreakrieg als Brückenkopf gedient hatte und der jetzt die Basis für die Flugzeugträger ist, die offiziell gar nicht als zu den Besatzern gehörig gezählt werden. Von Okinawa, Hawaii, Guam und Kalifornien lassen sich in kürzester Zeit weitere Verstärkungen heranfliegen. Das bedeutsamste aber ist, daß die USA das Oberkommando im Verbund mit den südkoreanischen Streikräften haben und die südkorea-Streikräften haben und die südkoreanische Armee so zur Hilfstruppe Washingtons degradiert ist. Insgesamt rund 1,65 Milliarden Dollar lassen sich die USA die Finanzhilfe für die Ausrüstung, Unterhaltung und Ausbildung der südkoreanischen Armee im kommenden Finanzjahr '81 kosten. Und das sei noch nicht genug, wie der Staatssekretär für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten Richard Holbrooke im Februar erklärte. Die USA rüsten auf ihrem einzigen noch verbliebenen wirklich großen Stützpunkt in Ostasien maximal auf und das in unmittelbarer Nähe der anderen Supermacht, nachdem ihnen erst jüngst auf den Philippinen die Stützpunktrechte weiter beschnitten wurden. Eine Vereinigung der beiden Teile Koreas ist ihnen dabei im Wege.



Seit 8 Jahren treffen sich nord- und südkoreanische Offiziere in Panmunjon zu ergebnislosen Routinesitzungen. Das soll sich jetzt ändern.

Sowjetische Nahostdoktrin: ,,Legitimes Recht auf Zugang zu den Ölquellen am Golf"

z.gek. Der US-Imperialismus hat auf den Vorstoß des sozialimperialistischen Rivalen nach Afghanistan bekanntlich mit der ,,Carter-Doktrin" geantwortet, wonach der Golf eine Zone ,,vitalen Interesses" der USA sei.

Die Gegendoktrin der Sozialimperialisten, kaum weniger eindeutig, wurde zuerst in einem Tass-Kommentar von Nikolai Portugalow am 28.2. vorgetragen, als Dementi verkleidet: ,,Die Sowjetunion ist nicht nur nicht bestrebt, sich ,mit Gewalt Zugang zu den warmen Meeren zu verschaffen', sondern ist selbst an der Sicherheit der Erdöltransportwege im Bereich des Persischen Golfs interessiert." Denn schließlich habe Schmidt in einem Spiegel-Interview selbst zugestanden, ,,daß die Sowjetunion als potentieller Abnehmer von Nahostöl ein legitimes Interesse auf Zugang zu diesen Quellen hat. Somit deutet sich in dieser Frage eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen aller europäischen Länder an. Deshalb ist es völlig legitim, von der Aufnahme von Fragen der Sicherheit der Erdöltransportwege und des gleichberechtigten kommerziellen Zugangs zu den Erdölquellen im Bereich des Persischen Golfs in die Tagesordnung einer gesamteuropäischen Konferenz über Energetik zu sprechen, die von der Sowjetunion vorgeschlagen wird."

Eben diesen Vorschlag einer europäischen Energiekonferenz hatte Schmidt in dem zitierten Interview aufgegriffen und unterstützt. Der fette Köder, den die Sozialimperialisten den westdeutschen Monopolen dabei vorhalten, ist das Riesenprojekt einer neuen Erdgaspipeline aus Sibirien nach Westeuropa (vgl. Leitartikel S.1). Im Gegenzug wünschen sie ihr ,,legitimes Recht" auf Zugang zu den Ölquellen des Persischen Golfs anerkannt zu sehen.



Buddenberg (BP) und Beitz (Krupp) beim Staatsplanvorsitzenden Baibakow zu Verhandlungen über die geplante neue Sibirien-Pipeline, dringlich, seit das ,,Dreiecksgeschäft" mit Iran ihnen verhagelt ist.

Jugoslawien für Sonderkonferenz der Blockfreien
Deutliche Antwort an die Adresse der Sowjetunion

z.anb. Mitte März haben das vietnamesische Parteiorgan ,,Nan Dan" und die Hanoier Armeezeitung ,,Quan Doi Nan Dan", unmittelbar darauf von TASS und ,,Prawda" nachgedruckt, massive Angriffe gegen die blockfreie Politik Jugoslawiens vorgetragen. Mitgliedern der kollektiven Führung und der Presse wird darin vorgeworfen, daß sie ,,die reale Situation in Kampuchea und Afghanistan verdrehen zugunsten der Imperialisten, der chinesischen Expansionisten und anderer reaktioärer Kräfte", daß sich Jugoslawien ,,der vietnamesischen und kampucheanischen Revolution widersetzt" und ,,die blockfreie Bewegung von ihrem Hauptziel abbringt" (zitiert nach Tanjug, 14.3.80).

Die Antwort in der jugoslawischen Presse war einhellig und deutlich. ,,Das Ziel ... ist durchsichtig. (...) Nachdem es in der UNO, auf der Plenarsitzung der blockfreien Staaten nicht gelungen ist, die Intervention in Afghanistan sowie die vorherige in Kampuchea als innere Angelegenheiten dieser Länder darzustellen und eine Diskussion über die Prinzipien der Blockfreienbewegung, die gerade durch solche Aktionen bedroht sind, zu verhindern, bemühen sie sich jetzt, jede weitere Debatte über dieses Thema als ,Antisowjetismus' darzustellen" (Ekspres Politika). Der außenpolitische Ausschuß der Volksversammlung trat zusammen und beschloß die Verstärkung der Aktivitäten auf der internationalen Ebene, gestützt auf intensive Zusammenarbeit mit den blockfreien Ländern, die für eine Sonderkonferenz zur Frage Afghanistan und Kampuchea gewonnen werden sollen.

Diese von den Sozialimperialisten dirigierten Angriffe – erstmals seit den sechziger Jahren direkt gegen die jugoslawische Regierung – fanden in der westlichen Presse Deckung. Es trüge ,,auch diesmal der Schein", so z.B. die Wiener ,,Presse". ,,Die ständige Heraufbeschwörung der sowjetischen Bedrohung" könne für Jugoslawien ein ,,Bumerang" werden, ,,denn was geschieht, wenn niemand angreift?" (19.3.)

In den letzten Wochen melden sich zahlreiche Soldaten der jugoslawischen Volksarmee freiwillig zur Verlängerung ihres Wehrdienstes. Die kollektive Führung hat dies begrüßt und betont, daß die Entfaltung der Initiative aller Organe der Selbstverwaltung sich als Garant der Landesverteidigung bestätige.

und ,,die blockfreie Bewegung von ihrem Hauptziel abbringt" (zitiert nach Tanjug, 14.3.80).

Die Antwort in der jugoslawischen Presse war einhellig und deutlich. ,,Das Ziel ... ist durchsichtig. (...) Nachdem es in der UNO, auf der Plenarsitzung der blockfreien Staaten nicht gelungen ist, die Intervention in Afghanistan sowie die vorherige in Kampuchea als innere Angelegenheiten dieser Länder darzustellen und eine Diskussion über die Prinzipien der Blockfreienbewegung, die gerade durch solche Aktionen bedroht sind, zu verhindern, bemühen sie sich jetzt, jede weitere Debatte über dieses The-

der westlichen Presse Deckung. Es trüge ,,auch diesmal der Schein", so z.B. die Wiener ,,Presse". ,,Die ständige Heraufbeschwörung der sowjetischen Bedrohung" könne für Jugoslawien ein ,,Bumerang" werden, ,,denn was geschieht, wenn niemand angreift?" (19.3.)

In den letzten Wochen melden sich zahlreiche Soldaten der jugoslawischen Volksarmee freiwillig zur Verlängerung ihres Wehrdienstes. Die kollektive Führung hat dies begrüßt und betont, daß die Entfaltung der Initiative aller Organe der Selbstverwaltung sich als Garant der Landesverteidigung bestätige.

CDU/CSU-Antrag im EG-Parlament für völkerrechtlich abgesicherte Einmischung in Italien

z.ans.Rom. Verschiedene EG-Parlamentarier der CDU/CSU – so der ehemalige bayerische Ministerpräsident Goppel – haben Ende Februar in das EG-Parlament einen Antrag für eine Konvention zum ,,Schutz der Volksgruppen und sprachlichen Minderheiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft" eingebracht. Die Konvention soll diesen Gruppen das Recht auf ,,Selbstbestimmung" und ,,gegebenenfalls" auf ,,Selbstregierung" garantieren. Wie paßt das damit zusammen, daß die CDU/CSU-Reaktionäre wilde Verfechter der Rechtlosigkeit der großen nationalen Minderheiten in Westdeutschland, der ausländischen Arbeiter, sind?

Die CDU/CSU-Parlamentarier hüten sich wohlweislich davor, das Selbstbestimmungsrecht konsequent unter Einschluß des Rechts der Völker auf Lostrennung zu proklamieren. Wie wenig sie tatsächlich mit der Selbstbestimmung der Völker und Nationen im Sinn haben, zeigen ihre Vorschläge eines ,,internationalen Rechtsschutzsystems", einer ,,internationalen Schiedsgerichtsbarkeit" und von ,,Sanktionen bei Verletzung von Rechten der Volksgruppen und Minderheiten". Den CDU/CSU-Politikern schwebt vor, daß sich die westdeutschen Imperialisten in gut faschistischer Tradition zur Schutzmacht der deutschsprachigen Minderheiten im Ausland, vor allem in Südtirol, aufschwingen. Der Erstunterzeichner des Antrags ist Abgeordneter der Südtiroler Volkspartei (SVP), der Repräsentantin der Südtiroler Bourgeois und Grundbesitzer.

Um den deutschen und österreichischen Imperialisten den strategisch wichtigen Alpensüdhang zu entreißen, haben die Siegermächte des I. Weltkriegs Südtirol Italien zugeschlagen. Nach Bombenanschlägen von von der CSU unterstützten Terroristen wurde 1968 Italien eine völkerrechtliche Vereinbarung mit Österreich abgepreßt. Dieses ,,Südtirol-Paket" garantiert der deutschsprachigen Bevölkerung von Südtirol (rund zwei Drittel) das Recht auf Gleichstellung der Sprache, auf eigene Schulen, auf Stellen im öffentlichen Dienst nach Proporz. Die Provinz Bozen hat relativ weitreichende Gesetzgebungskompetenzen.

Die Südtiroler Volkspartei schürt den Nationalitätenkonflikt, um in der ärmsten Region Norditaliens mit hoher Auswanderungsrate den Klassenkampf niederzuhalten. Mit einigem Erfolg: Die Zahl der Streiks ist hier mit am niedrigsten in Italien; bei den letzten Wahlen erhielt die SVP 61,3% der Stimmen. Daß es der SVP nicht um die Rechte der Minderheit geht, sondern sie den österreichischen und westdeutschen Imperialisten als Einmischungsinstrument dient, zeigt die wiederholte Drohung, im Fall ,,einer kommunistischen Regierung in Rom" Südtirol von Italien abzutrennen. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich ihre fortwährende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens europarlamentarisch garantieren lassen.

Lohnkämpfe in Spanien: Es war mehr möglich

Die Spaltung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit ermöglicht Lohnsenkung

z.pel. Am Dienstag, den 18. März, beschloß die der Sozialistischen Partei Spaniens nahestehende Gewerkschaft UGT den Abschluß eines Tarifvertrages für die 250000 Metallarbeiter der Provinz Barcelona. Der Abschluß sieht eine Lohnerhöhung von 16% und 30 Tage Jahresurlaub vor. Die Gewerkschaft CCOO (Arbeiterkommissionen) hatte an den Verhandlungen mit den Kapitalisten nicht teilgenommen, nachdem es zu keiner Einigung mit der UGT über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission gekommen war. Sie verwarf den ausgehandelten Abschluß als zu niedrig und als illegal, da UGT laut Ergebnis der letzten Gewerkschaftswahlen nur 17% der Arbeiter vertreten könne, CCOO hingegen 45% der Stimmen erhalten habe.

Am gleichen Tag scheiterten die Verhandlungen über einen neuen Lohntarif für die Beschäftigten der größten spanischen Kohlengrubengesellschaft Hunosa, die in Asturien 24000 der insgesamt ca. 50000 Arbeiter des Kohlenbergbaus ausbeutet. Das letzte Angebot der Kapitalisten hatte bei 10% gelegen. Noch während der Verhandlungen streikten die Arbeiter der Grube Maria Luisa und forderten die Wiederaufnahme des Ende Februar ausgesetzten Streiks im ganzen Konzern. Ebenfalls am 18. März um Mitternacht beendeten Arbeiter und Angestellte des kastilischen Ortes Puertollano ihren am 16.3. begonnenen Generalstreik. Der Streik richtete sich gegen die Verlegung der größten Fabrik des petrochemischen Komplexes nach Tarragona, eine Maßnahme, die eine sprunghafte Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Schon jetzt sind 5000 der 15000 Erwerbstätigen der Gegend arbeitslos.

Ein kurzer Ausschnitt aus den Kämpfen, die die spanische Arbeiterklasse gegenwärtig gegen Lohnsenkung und vermehrte Schweißauspressung führt, ein Ausschnitt, der auch schon die schwierigen Bedingungen andeutet, unter denen die Arbeiter und Angestellten diese Kämpfe führen müssen. 512855 Streikende vermeldet der Arbeitsminister für den Januar, 587774 für den Februar. Die Streiks erstreckten sich auf nahezu alle Branchen mit starker Konzentration in den Sektoren Bau, Stahl, Metall und öffentliche Transportmittel. Die spanischen Arbeiter wollten mit diesen Kämpfen die Lohnsenkungen zum Stehen bringen, die die Kapitalisten nach Jahren relativer Lohnsteigerungen Anfang der 70er Jahre seit 1976 hatten durchsetzen können. 1978 und 1979 betrugen die ,,Lohnerhöhungen" in den meisten Branchen durchschnittlich 20% bzw. 14%, jedoch lagen die Inflationsraten für die Vergleichszeiträume bei 26,4% bzw. 16,5%. Der Anteil der Löhne am

beitsminister für den Januar, 587774 für den Februar. Die Streiks erstreckten sich auf nahezu alle Branchen mit starker Konzentration in den Sektoren Bau, Stahl, Metall und öffentliche Transportmittel. Die spanischen Arbeiter wollten mit diesen Kämpfen die Lohnsenkungen zum Stehen bringen, die die Kapitalisten nach Jahren relativer Lohnsteigerungen Anfang der 70er Jahre seit 1976 hatten durchsetzen können. 1978 und 1979 betrugen die ,,Lohnerhöhungen" in den meisten Branchen durchschnittlich 20% bzw. 14%, jedoch lagen die Inflationsraten für die Vergleichszeiträume bei 26,4% bzw. 16,5%. Der Anteil der Löhne am

Bruttosozialprodukt, der zwischen 1970 und 1975 von 43,3 auf 45,9% gestiegen war, fiel so bis 1979 auf 44% (Nettolöhne). Der Anteil der Sozialversicherungsabgaben stieg zwischen 1975 und 1979 hingegen von 11,0% auf 12,7%. 33357 Pesetas, etwa 1000 DM, verdiente 1979 ein Metrofahrer in Madrid, 200 DM mehr ein Metallfacharbeiter, brutto. Gibt die Umrechnung in DM auch nicht die tatsächliche Kaufkraft wieder, so deuten diese Zahlen an, was die spanischen Kapitalisten und die imperialistischen Monopole im Lohnkampf dieses Jahres verteidigen. Die Wohlfeilheit der Arbeitskraft ist für die spanische Kapitalistenklasse entscheidende Bedingung, die mit dem EG-Beitritt zu erwartende Verschärfung der Konkurrenzschlacht nur halbwegs zu bestehen; für die amerikanischen und französischen Monopole, die z.B. die Automobilindustrie beherrschen und 80% der ca. 120000 Arbeiter dort ausbeuten, bedeutet sie zusätzliche Druckmittel gegen die ihrem Diktat unterworfenen Arbeiter in den imperialistischen Ländern.

Mit dem Metallabschluß für Barcelona, das Zentrum der spanischen Metallindustrie mit über 40% aller Metallarbeiter, sind Tarifverträge für ca. 600000 der über 800000 Metallarbeiter abgeschlossen. Sie liegen bei durchschnittlich 15%, also unter der Inflationsrate von knapp 16%. Im größten Automobilkonzern SEAT konnten die Kapitalisten über Zwangsschlichtung einen Abschluß von 11,6% durchsetzen. Allein die 10500 Arbeiter des Ford-Konzerns haben in langen Kämpfen eine reale Lohnerhöhung durchsetzen können. Der Abschluß liegt bei 18%. Beim staatlichen Stahlkonzern Ensidesa konnte sich die spanische Bourgeoisie mit einem Lohnraubabschluß von 10% günstige Bedingungen schaffen, die geplante Erhöhung der Rohstahlproduktion von jetzt 11,8 Mio. t im Jahr auf 18,5 Mio. t 1985 mit Dumpingpreisen beim Export zu verbinden und so Einbrüche auf den Märkten vor allem der europäischen Konkurrenten zu erzielen. Bei den staatlichen Eisenbahnen setzte die Regierung ebenfalls per Zwangsschlichtung 12,5% ,,Lohnerhöhung" durch und will diese für den gesamten öffentlichen Dienst übernehmen.

Daß die spanischen Lohnabhängigen trotz hart geführter Arbeitskämpfe in wichtigen Branchen Niederlagen hinnehmen mußten, hat seinen entscheidenden Grund in der seit Januar voll aufgebrochenen Spaltung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit. Mit dem Aufschwung der Kämpfe der Volksmassen gegen die reaktionäre Politik der Suarez-Regierung, der sich seit Dezember in Massendemonstrationen und Streiks gegen das Projekt eines Arbeitsstatutes, gegen die Schul- und Universitätsgesetze und in Kämpfen des katalonischen, andalusischen und baskischen Volkes ausdrückte, ist die reformistische Sozialistische Partei immer weiter nach rechts gegangen. In ihrem Drang auf Regierungsbeteiligung hat sie Anfang Januar in der UGT den Abschluß eines Rahmentarifvertrages mit dem Kapitalistenverband durchgesetzt, der Lohnerhöhungen zwischen 13% und 16% vorsieht, und es der Regierung ermöglicht, auf Lohnleitlinien zu verzichten. Am 15.3. ist das mit den Stimmen der PSOE verabschiedete Arbeitsstatut in Kraft getreten, das den öffentlichen Dienst von Kollektivverhandlungen ausschließt, Entlassungen erleichtert und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Minderheitstarifverträgen ermöglicht.

In entscheidenden Phasen der Arbeitskämpfe bei Ensidesa, SEAT, im Baubereich, in der Metallindustrie Madrids und Barcelonas hat die Führung der UGT die Kampffront gespalten und allein abgeschlossen. Die Bourgeoisie konnte so Einbrüche erzielen. Geschlagen ist die spanische Arbeiterklasse jedoch nicht, wie die hartnäckigen Streiks der letzten Tage bei Hunosa, der Metro in Madrid und Barcelona beweisen. Vor wenigen Tagen sind ein Teil der Führung und die Mehrheit der Mitglieder der drittgrößten Gewerkschaft USO, die unter sozialdemokratischer Herrschaft dem Rahmentarifvertrag beigetreten war, zu den Arbeiterkommissionen übergewechselt. Die Kämpfe der letzten Wochen sind nicht nur durch Spaltung, sondern auch durch Klärung gekennzeichnet. Klarheit ist für den Kampf gegen die zu erwartenden Gesetze zur Einschränkung des Streikrechtes und zur Beschneidung der kollektiven Vertretungsrechte der Arbeiter auch notwendig.





Nein zum Rahmentarifvertrag! Bei der Provinzialverwaltung Madrids verhandelte der Dienstherr mit der UGT statt mit dem gewählten Betriebskomitee. Die Beschäftigten traten in den Streik.

Reaktionäre Sammlungsversuche gegen die irische Einheit

z.rül.London. 15000 Teilnehmer konnte der ,,Orange Order" am 15.3. in Belfast (Nordirland) zu einer ,,Kundgebung gegen den Terror" aufbieten. Seine Forderungen: Wiederherstellung der ,,nordirischen Selbstverwaltung" unter britischer Herrschaft, vor allem aber schärfere Verfolgung der IRA und der gesamten irischen republikanischen Bewegung. 100000 Mitglieder habe er in Nordirland, behauptet der Orden, bei einer Bevölkerungszahl von 1,5 Mio. 1795 wurde er von den britischen Kolonialherrn vor allem aus Pächtern gebildet, die sie auf dem Land der vorher vertriebenen Iren angesiedelt hatten. Seitdem dient er als Terrororganisation gegen den irischen Unabhängigkeitskampf und zur Verteidigung der britischen Kolonialherrschaft. Geführt von den Kolonialherrn, bespitzelt und terrorisiert er heute gemeinsam mit Polizei und Kolonialarmee die irischen Volksmassen. Seine Mitglieder sind protestantische Bauern und Pächter, Beamte, Angestellte und Arbeiter, angelockt durch Vergünstigungen wie *verhältnismäßig* höhere Löhne, bessere Wohnungen etc., die die Mitgliedschaft im Orden und die Fortdauer der britischen Herrschaft ihnen lange Zeit gegenüber katholischen Lohnabhängigen versprachen. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit im Norden genauso hoch wie in der Republik und sind die Löhne im Norden genauso niedrig wie im Süden. Letzten Samstag hatte der Orden eigentlich 50000 Teilnehmer erwartet. Aber vor allem die protestantischen Arbeiter aus Belfast kamen nicht.

Schweden: 120000 demonstrierten gegen das Kernenergieprogramm

z.coi.Stockholm. Am 15.3. demonstrierten in ganz Schweden 120000 gegen das Kernenergieprogramm der Monopolbourgeoisie. Allein in Stockholm und Göteborg beteiligten sich 30000 bzw. 15000. Ihre Forderungen: Sofortiger Baustopp für die noch nicht fertiggestellten sechs Reaktoren und Schließung der in Betrieb befindlichen sechs Kraftwerke bis spätestens 1990. Um das Kernenergieprogramm gegen diese breite Widerstandsbewegung durchsetzen zu können, hat der schwedische Reichstag für die Volksabstimmung am 23.3. neben der Ja- und Nein-Entscheidung eine dritte, von der Sozialdemokratie propagierte Wahlmöglichkeit zugelassen: Ausbau der zwölf Kernreaktoren und ihre Ersetzung durch andere Energiearten bis zum Jahr 2005.

Martinique: Unabhängigkeit! Abzug der Kolonialtruppen!

z.inl.Paris. Zwei Eskadronen Bereitschaftspolizei schickten die französischen Imperialisten zur Verstärkung ihrer Kolonialtruppen am 6.3. auf die Antilleninsel Martinique. Er werde ,,das Recht mit Härte anwenden", denn ,,Martinique ist und bleibt französisch", drohte der Staatssekretär Dijoud. Seit Monaten vergeht keine Woche ohne Streiks und Demonstrationen. Die Lage der Massen hat sich nach den Verwüstungen der Insel letzten August/September durch den Wirbelsturm David nochmals drastisch verschlechtert: Tausende verloren Wohnung und Hausrat. Die Bananen-

Tarifkampf im italienischen öffentlichen Dienst

Mit Niedriglöhnen Druck auf den Lohnstandard / Cossiga: Vorerst kein Abschluß

z.ulg.Rom. „Tarifvertrag! Tarifvertrag!" Immer wieder schallt dieser Sprechchor am letzten Donnerstag durch die Straßen Roms. Aus ganz Mittelitalien sind mehrere zehntausend Beschäftigte der Gemeinde-, Provinz- und Regionalverwaltungen in die Hauptstadt gekommen. Gleichzeitig wird landesweit 24 Stunden gestreikt, in Mailand und Neapel finden weitere regionale Demonstrationen statt. Seit über einem Jahr ist der alte Tarif ausgelaufen, seit Jahresbeginn wird verhandelt. Das erst vor wenigen Jahren durchgesetzte Recht, die Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag mit fester Laufzeit national einheitlich zu regeln, ist in Gefahr. Im Mai oder Juni finden die Kommunal- und Regionalwahlen statt, und vorher werden die Gemeinde- und Regionalräte, die einen Abschluß zu billigen hätten, aufgelöst. „Wenn wir nicht innerhalb von Stunden oder Tagen einen Abschluß erreichen, droht eine Verschiebung bis in den Herbst", erklärt ein Redner auf der Abschlußkundgebung.

Am Nachmittag sollen die Verhandlungen weitergehen. Da trifft ein Brief des soeben zurückgetretenen Ministerpräsidenten Cossiga ein: Bis die neue Regierung gebildet sei, sei an weitere Verhandlungen nicht zu denken. Mit diesem Vorwand könnte im öffentlichen Dienst jeder rechtzeitige Tarifabschluß torpediert werden: In den letzten fünf Jahren haben die verschiedenen Regierungskrisen zusammengerechnet 355 Tage gedauert, fast ein Jahr. Die Regierung will durch immer weiteres Hinauszögern der Verhandlungen die Gewerkschaften zu einem schlechten Abschluß zwingen. Eine Woche vorher hat die Polizei eine vor dem Verhandlungsgebäude aufmarschierte Demonstration von mehreren tausend Lohnabhängigen der römischen Gemeindeverwaltung angegriffen. In der ganzen Provinz ist darauf mit einem zweitägigen Streik geantfen. In der ganzen Provinz ist darauf mit einem zweitägigen Streik geantwortet worden. Die Müllarbeiter haben auch danach die Arbeit nicht wiederaufgenommen, sondern bis letzten Freitag weitergestreikt.

Unter dem Druck der Streikbewegung bröckelt die Front der Dienstherren. Wenige Stunden nach Bekanntwerden des Cossiga-Briefs erklärt der Gemeindeverband, wenn die Regierung nicht wolle, werde er halt allein mit den Gewerkschaften weiterverhandeln. Am Freitag muß die Regierung einen halben Rückzieher machen. Verhandelt werden könne schon, aber *abgeschlossen* jedenfalls nicht. Als ob es um ein Kaffeekränzchen ginge!

Von den insgesamt fast ein Dutzend Tarifverträgen, in die das Tarifwesen im italienischen öffentlichen Dienst zersplittert ist, ist erst ein einziger, der für die halbstaatlichen Ämter und Sozialversicherungen, erneuert worden. Alle sind sie spätestens in der 1. Hälfte des letzten Jahres ausgelaufen. Für die von der Zentralregierung angestellten Beamten ist noch nicht einmal der bereits ausgelaufene *alte* Tarifvertrag 1976/78 offiziell vom Parlament in Kraft gesetzt. Denn die Lohnabhängigen im italienischen öffentlichen Dienst haben zwar mit Ausnahme der Soldaten und Polizisten das Streikrecht – freilich ein durch zahlreiche Strafparagraphen und die Möglichkeit der Dienstverpflichtung verstümmeltes Streikrecht –, aber uneingeschränkte Tarifvertragsfreiheit haben sie nicht. Alle Tarifverträge bedürfen der Billigung durch Kabinettsbeschluß und eines Präsidialdekretes, für die Beamten der Zentralregierung (ca. 1,2 Mio.) außerdem der Bewilligung der nötigen Mittel durch das Parlament, bevor sie in Kraft treten können. Viele, nicht unmittelbar zum Lohn gehörende Fragen, z.B. die Planstellenzahlen, dürfen ausdrücklich überhaupt nicht durch Tarife, sondern nur durch Gesetz geregelt werden. Bis Anfang der 70er Jahre gab es überhaupt keine Tarifverträge, weshalb sich ein schier undurchdringliches Gestrüpp von Lohnunterschieden, Zulagen, Zuschlägen usw. hat entwickeln können, mit denen vor allem die Dienstaufsicht geschmiert wird, die aber auch den Zusammenschluß der Lohnabhängigen unter einheitlichen Forderungen erschweren.

1973 sind die ersten dreijährigen Tarifverträge abgeschlossen worden, aber schon für die folgende Laufzeit wurden die neuen Tarife allesamt erst Wochen, zum Teil Tage vor dem Auslauftermin endgültig unterzeichnet. Jetzt fordern die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von „durchschnittlich" 85000 Lire (ca. 185 DM), auf die ganze Laufzeit berechnet. Die höheren Chargen der Dienstaufsicht sollen aber erheblich mehr kriegen, bei dem jetzt als „Vorbild" dienenden Abschluß für die halbstaatlichen Behörden beträgt die Festgeldkomponente kaum 40000 Lire. Das mag den Interessen der Revisionisten entsprechen – höhere Beamte und Angestellte haben einen Großteil der PCI-Parteifunktionen inne –, den Interessen der Lohnabhängigen entspricht es nicht.

Im Unterschied zur Industrie – und auch zur westdeutschen ÖTV – ist es Im Unterschied zur Industrie – und auch zur westdeutschen ÖTV – ist es den Gewerkschaften noch kaum gelungen, im öffentlichen Dienst einen Mindestlohnstandard durchzusetzen. Ein weit größerer Teil der Lohnabhängigen als in der Industrie ist in den Niedriglohngruppen unterhalb des „Gipfels" der Lohnverteilung (Schaubild 1) eingruppiert. Die Wirkung auf dem Arbeitsmarkt insgesamt wird noch dadurch verstärkt, daß die konkrete Zusammensetzung dieser Niedriglohngruppen ständig umgewälzt wird. Wegen der Dienstalterszuschläge steigt ein Teil in höhere Lohnklassen auf, während ständig neue, niedrigst bezahlte Arbeitskraft angesaugt wird. Nicht genug, daß der Lohnstandard in der Industrie durch ein Millionenheer von Land- und „Schwarz"arbeitern (ohne Tarif und Sozialversicherung) unter Druck gesetzt wird. Zunehmend setzt der staatliche Dienstherr einen offiziellen Standard für die Überausbeutung.

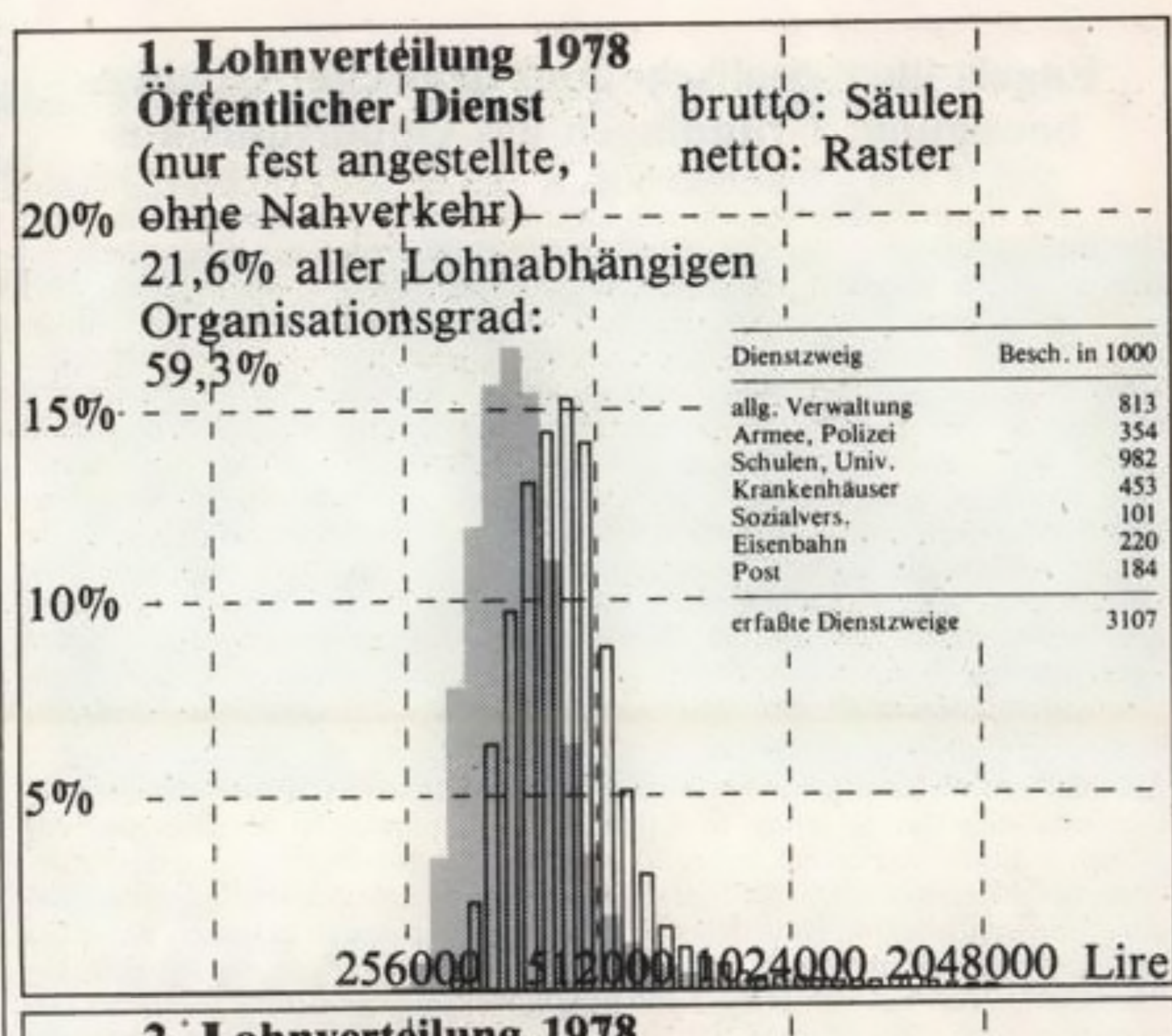
Ein Hauptfeld der Niedriglöhne innerhalb des öffentlichen Dienstes zeigt Schaubild 2: die Krankenhäuser. Während die Chef- und Oberärzte kräftig geschmiert werden, sind mehr als zwei Drittel der Belegschaften unter den durchschnittlichen Lohnstandard im öffentlichen Dienst insgesamt herabgedrückt: das Heer der unausgebildeten Krankenpfleger und Hilfskräfte, die praktisch oft dieselbe Arbeit verrichten wie ausgebildete Pfleger. Nur mit vielen Überstunden ist dort eine verkümmerte, weil auf Kosten der Lebenszeit gehende, Reproduktion der Arbeitskraft überhaupt möglich.

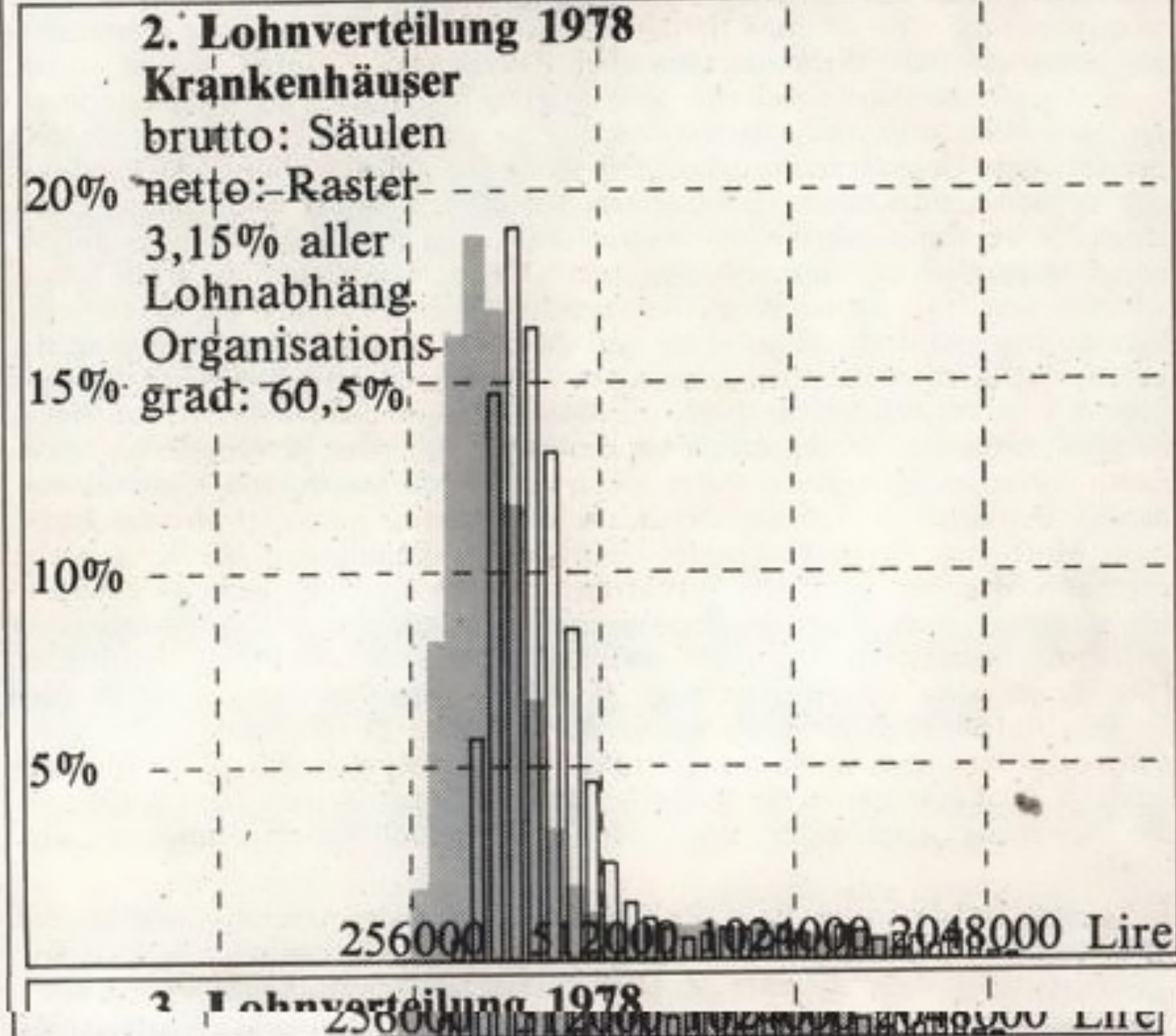
Der absoluten Höhe nach sind die beiden Lohnverteilungen für den öffentlichen Dienst und die in Schaubild 3 dargestellte Verteilung für die gesamte Industrie nur beschränkt vergleichbar. Im einen Fall handelt es sich um Tarif-, im anderen um Effektivlöhne, die z.B. die Überstundenzuschläge einschließen. Doch es steht fest, daß der Druck, der vom öffentlichen Dienst auf das Lohnniveau in der Industrie ausgeht, bis 1978 fortwährend gewachsen ist. Von 1975 bis 1978 stieg der Tariflohn in der Industrie durchschnittlich um 74,8%, im öffentlichen Dienst um 52,3%. Die offizielle Inflation betrug im gleichen Zeitraum 54,7%.

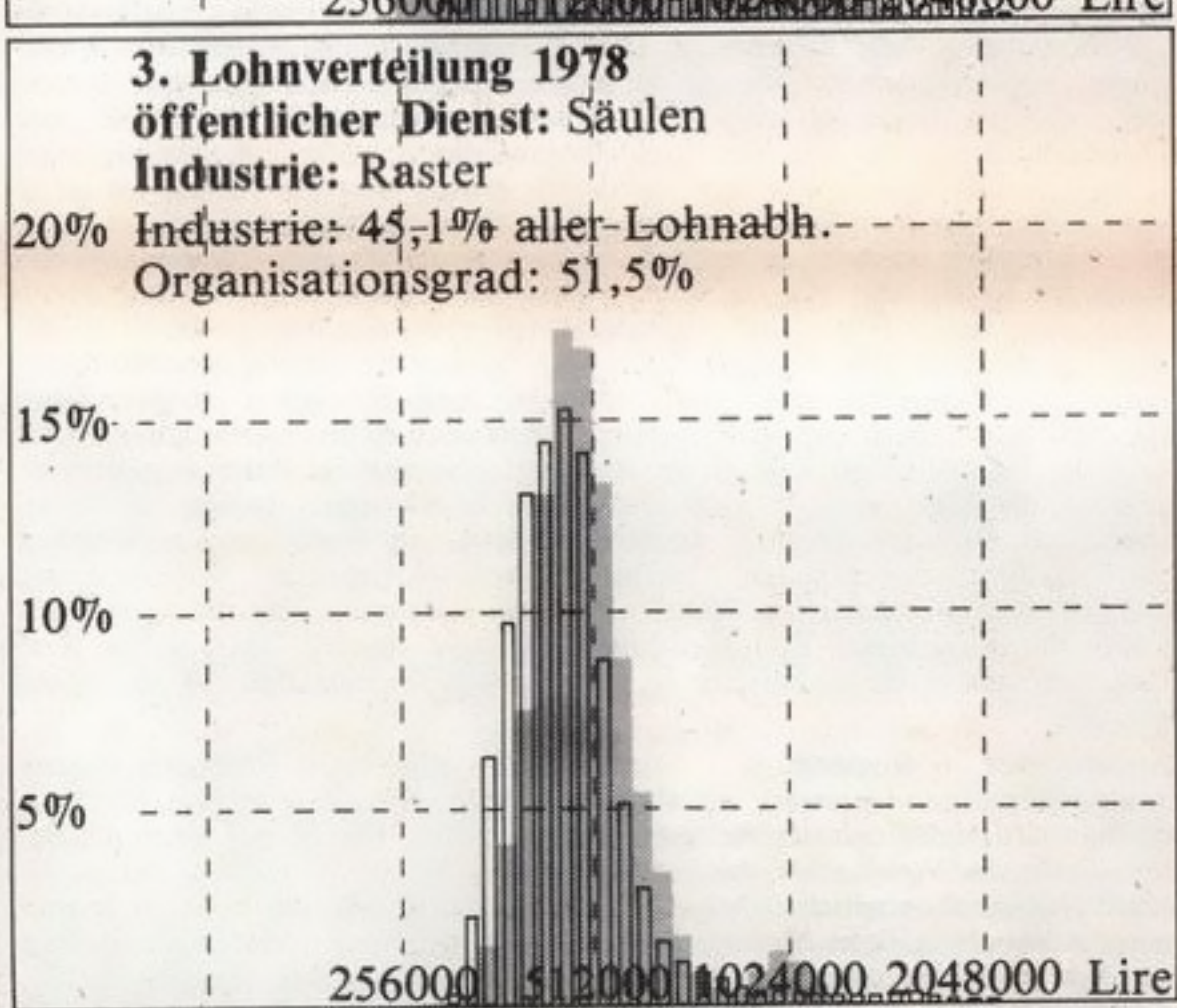
1979 sind die Tariflöhne im öffentlichen Dienst erstmals etwas schneller gestiegen als in der Industrie, trotz, oder besser: wegen der (schlechten) Tarifabschlüsse in den wichtigsten Industriezweigen. Im Herbst 1978 hatten Hunderttausende von Krankenhausbeschäftigten trotz der unverhüllten Sabotage der bürgerlichen Gewerkschaftsführer, die zum Streikbruch aufriefen, wochenlang gestreikt. Die Regierung mußte einen Großteil ihrer Lohnforderungen erfüllen und in den anderen Dienstzweigen, um einer Ausweitung der Streikbewegung zuvorzukommen, ebenfalls Lohnerhöhungen zugestehen.

Im vergangenen Jahr haben die Lohnabhängigen mit mehreren allgemeinen Streiks die Umstellung der Inflationszuschläge von halbjährlicher auf vierteljährliche Neuberechnung ab 1980 und eine einmalige Abschlagszahlung von 250000 Lire (550 DM) für 1979 durchsetzen können. Ohnehin decken die Zuschläge die Preissteigerungen nicht. Daß sie bisher im öffentlichen Dienst noch dazu nur halb so oft angepaßt wurden wie in den anderen Wirtschaftszweigen, hat als zusätzliches Mittel „automatischer" Lohnsenkung funktioniert. Jetzt will die Regierung den Erfolg zur Hälfte wieder rückgängig machen: Die Pauschalzahlung von 250000 Lire auf die Inflationszuschläge mache eine Nachzahlung für das tariflose Jahr 1979 „überflüssig".

In den derzeitigen Tarifkämpfen wird sich entscheiden, ob der dauernden Lohnsenkung eine gewisse Schranke gesetzt werden kann. Mit den im Eilmarsch von den bürgerlichen Gewerkschaftsführern durchgedrückten Forderungsplattformen sind die Lohnabhängigen dafür nicht allzugut gerüstet. Wenn selbst davon noch Abstriche gemacht werden, ist ein ziemlich tiefer Einbruch vor allem bei den unteren Lohngruppen kaum zu vermeiden. Die Kampfbereitschaft ist groß. Nach der Provokation Cossigas wurden überall auf Versammlungen einschneidendere Streikaktionen gefordert.







Die beiden oberen Schaubilder zeigen die Verteilung der *Tarif*löhne. Überstunden-, Schicht-, Erschwerniszuschläge usw. sind nicht enthalten. Die Lohnverteilung für die Industrie ist dagegen auf Grundlage der *Effektiv*lohnstatistik berechnet, in der die Betriebe über 20 Beschäftigte erfaßt werden. 512000 Lire entsprachen nach dem 1978 gültigen Wechselkurs 1210,72 DM, nach dem Kaufkraftvergleich der EG 1793,84 DM.

---

kulturen (20% der landwirtschaftlich genutzten Fläche) wurden fast völlig zerstört. Die Plantagenbesitzer steckten die Entschädigung von 4500 FF/ha ein und entließen die Landarbeiter. Auf die „außerordentliche Hilfe für arbeitslose Landarbeiter" von 700 FF/Monat warteten diese oft monatelang. Jetzt soll die vorletzte Zuckerfabrik geschlossen werden. Die koloniale Aussaugung Martiniques und hohe Arbeitslosigkeit haben ein Drittel der Bevölkerung außer Landes gezwungen. Die Forderung nach Unabhängigkeit wird immer lauter erhoben. Am 13.3. demonstrierten Tausende in Fort-de-France gegen die Truppenverstärkung, für Mitte April rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf.

Jamaika: Streiks für Lohnerhöhungen

z.wig. Seit Anfang des Jahres kämpfen die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft, der Wasserwerke, der staatlichen Eisenbahn und der Bank von Jamaika für höhere Löhne. In der vorletzten Woche unterbrachen die Arbeiter der Wasserwerke mit ihrem Streik die Wasserzufuhr für die Industrie der Hauptstadt Kingston und dehnten den Streik auf Gebiete außerhalb der Hauptstadt aus, nachdem die Schlichtungsverhandlungen gescheitert waren. Durch den Streik der Elektrizitätsarbeiter war die Stromversorgung im letzten Monat für drei Tage im ganzen Land zusammengebrochen. Ebenso hatten die Bankangestellten die Wirtschaftsbeziehungen und den Geschäftsverkehr durch ihren Streik erheblich beeinträchtigt. Die Regierung hat jetzt als Reaktion auf diese Streiks Untersuchungen für die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Sicherung der öffentlichen Strom-, Wasser- und übrigen Versorgung eingeleitet. – Im Juni letzten Jahres hatte der IWF Jamaika Sonderziehungsrechte im Wert von 295 Millionen Dollar gewährt und darüber die Kreditleine enger gezogen. Der sogenannte Beistandskredit, der 2 Jahre laufen soll, sieht über die Kreditverschuldung von 227 Mio. Dollar des Abkommens des vorletzten Jahres hinaus 260 Millionen Sonderziehungsrechte = 295 Mio. Dollar vor. Die Kredite, so der IWF, sollen „Jamaika dabei behilflich sein, seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 2 Jahren nachzukommen und im Zusammenhang mit den Bestrebungen des Landes zur Erhöhung von Produktion und Exporten behilflich zu sein."

Iran: Wahlerfolg der IRP Erdgasvertrag mit SU gescheitert

z.anb. Nach Auszählung von 116 der 191 Wahlkreise sind bei den iranischen Parlamentswahlen vorletztes Wochenende 79 der insgesamt 270 Mandate durch absolute Mehrheit direkt gewählt. Mit 36 Sitzen entfällt davon der größte Teil auf die Islamisch-Republikanische Partei, die Partei des Präsidenten Bani Sadr erhielt 16, die Kurdisch-Demokratische Partei 4, Unabhängige 16 Sitze. Im zweiten Wahlgang Anfang April wird über weitere 100 Mandate entschieden sowie in Stichwahl über die im 1. Wahlgang nicht direkt nominierten Kandidaten. – Am Montag nach der Wahl gab der iranische Erdölminister das Scheitern der Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Preis iranischer Erdgaslieferungen bekannt. Der stellvertretende sowjetische Außenhandelsminister Ossipow bezeichnete die Preisforderung des Iran von 0,164 Dollar/cbm als „übertrieben und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt". 130 Mio. Dollar weniger für die Gesamtlieferung von 2,5 Mrd. cbm wollte die Sowjetunion durchsetzen, und vor allem die Zahlung nicht in harter Währung, wie der Iran fordert, sondern die Verrechnung in Transferrubel, was für den Iran den Zwang bedeutet hätte, den Gegenwert der Gaslieferungen durch Kompensationsgeschäfte mit den sowjetischen Imperialisten und ihren Vasallen zu realisieren.

Oberstes Gericht der DDR will Ehescheidungen erschweren

z.hot. Ende letzten Jahres fand eine Tagung des Obersten Gerichts der DDR statt zur Überprüfung der Rechtsprechung in Ehescheidungsverfahren. Die Februarausgabe der „Neuen Justiz" behauptet in ihrem Bericht über die Tagung, daß die Ehescheidungsrate in der DDR mit ca. einer geschiedenen auf 100 bestehende Ehen im Jahr 1978 erfreulich gering sei. Tatsächlich ist die Rate mit 30 geschiedenen auf 100 geschlossenen Ehen im Jahr 1978 jedoch ziemlich hoch, gegenüber 15 im Jahr 1965. Trotz dieser offiziell als niedrig bezeichneten Rate kommt das Oberste Gericht zu dem Schluß, daß die Gerichte in den Verfahren noch nicht genug auf den Erhalt der Ehen hinarbeiten. Es wird betont, daß „die Feststellung aller im Einzelfall wesentlichen Umstände durch exakte Sachaufklärung die grundlegende Voraussetzung ist, um zu einer richtigen, überzeugenden Entscheidung über das Ehescheidungsbegehren ... zu gelangen." Die Prozessierenden sollen gezwungen werden, vor Gericht die ganze Geschichte ihrer Beziehungen darzulegen, und alle Umstände aufzuführen, die „die Möglichkeit beinhalten, ehestörende Umstände zu beseitigen." Die Rate der Eheschließungen stieg in der DDR von 0,75 1965 auf 0,84 1978 pro 100 Einwohner. Dem liegt zu Grunde, daß man als Alleinstehender sowohl mit den niedrigen Löhnen nicht auskommt, als auch große Schwierigkeiten hat, z.B. bei der Wohnungssuche. Der gleiche ökonomische Druck, der zum schnellen Heiraten zwingt, sprengt, verstärkt noch durch die rasche Ausdehnung der Schichtarbeit, immer mehr Ehen.

Engels über englische und deutsche Arbeiterbewegung: Grundlagen des Opportunismus

z.ges. Die Arbeiterklasse braucht sich nicht zu befreien, die Arbeiterklasse kann sich nicht befreien; – der Opportunismus läuft immer auf denselben Kehrreim hinaus. Ob die Herren es wünschten, fragte ein englischer Gewerkschafter 1892 auf dem Glasgower Trade-Unions-Tag, „im Namen dieser Körperschaft auf jenen Kongreß (der Internationale in Zürich) zu gehen, um dort viele der tollen Pläne zu verteidigen, die, wie sie wüßten, auf dem Kontinent im Umlauf seien?" Die Herren wollten nicht. Die Einladung auf den Züricher Kongreß wurde nicht befaßt. Mit „tollen Plänen" waren Teile der deutschen Sozialdemokratie durchaus beschäftigt: In Bayern wollte die Parteiführung unter Vollmar das Budget bewilligen und die Landpropaganda auf die Mittel- und Großbauern konzentrieren. Doch nicht darauf bezog sich die Kritik der englischen Trade-Unionisten. Sie richtete sich gegen die revolutionäre Politik der Partei, die Vollmar und andere mit der Losung des „Staatssozialismus" unterhöhlten. Opportunismus in beiden Fällen, und doch sah er ganz anders aus. Er hatte jeweils auch andere ökonomische und soziale Grundlagen. 1884 hatte Engels über die Bedingungen für die Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung geschrieben:

„Sonderbar. Was uns am meisten voranhilft, ist grade die zurückgebliebene industrielle Lage Deutschlands. In England und Frankreich ist der Übergang zur großen Industrie so ziemlich vollendet. Die Verhältnisse, in denen sich das Proletariat befindet, sind schon stabil geworden; Ackerbaubezirke und Industriebezirke, große Industrie und Hausindustrie geschieden und soweit befestigt, wie es die moderne Industrie überhaupt zuläßt. Selbst die Schwankungen, die der zehnjährige Krisenzyklus mit sich bringt, sind gewohnheitsmäßige Bedingungen des Daseins geworden. Die während der Umwälzungsperiode der Industrie entstandenen politischen oder direkt sozialistischen Bewegungen – unreif, wie sie waren – sind gescheitert und haben eher Entmutigung hinterlassen als Aufmunterung: Die bürgerliche kapitalistische Entwicklung hat sich als stärker erwiesen als der revolutionäre Gegendruck; zu neuer Erhebung gegen die kapitalistische Produktion bedarf es eines neuen, gewaltigeren Anstoßes, etwa der Entthronung Englands von der bisherigen Weltmarktsherrschaft, oder einer besonderen revolutionären Gelegenheit in Frankreich. Dagegen in Deutschland datiert die große Industrie erst von 1848 und ist das größte Vermächtnis dieses Jahres. Die industrielle Umwälzung geht noch immer voran und unter den ungünstigsten Bedingungen. Die auf kleinen, freien oder gepachteten Grundbesitz gestützte Hausindustrie kämpft noch fortwährend an gegen die Maschinen und den Dampf; der untergehende Kleinbauer wirft sich auf die Hausindustrie als letzten Rettungsanker; aber kaum industriell geworden, wird er schon wieder von Dampf und Maschine erdrückt. Der ländliche Nebenverdienst, die selbstgebaute Kartoffel wird das kräftigste Mittel zum Herabdrücken des Lohns für den Kapitalisten, der den ganzen normalen Mehrwert jetzt dem auswärtigen Kunden schenken kann als einziges Mittel, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, und der seinen ganzen Profit macht vom Abzug am normalen Arbeitslohn. Daneben die direkte Umwälzung aller Lebensverhältnisse in den industriellen Zentren durch die mächtig fortschreitende Großindustrie. So wird ganz Deutschland – mit Ausnahme des verjunkerten Nordostens etwa – in die gesellschaftliche Revolution gerissen, der Kleinbauer in die Industrie gezogen, die patriarchalischen Bezirke in die Bewegung geschleudert und damit viel gründlicher revolutioniert als England."

In England war die soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung die Existenz einer Arbeiteraristokratie, die ihrerseits auf der Stellung Englands als „Werkstatt der Welt" beruhte. In Deutschland bildeten die zahlreichen Kleinbürger, auch Akademiker, die von der industriellen Entwicklung geschüttelt wurden, zunächst die hauptsächliche Basis des Opportunismus. Wachsende Teile dieser Schichten wurden in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hineingerissen, so daß sie innerhalb der Arbeiterbewegung wirkten: „Eben die stetig wachsende, unaufhaltsame Ausdehnung der Partei bringt es mit sich, daß die neuen Elemente schwerer zu verdauen sind als die früher zugeströmten. Die Arbeiter der Großstädte, also die intelligentesten und gewecktesten, haben wir ja schon, was jetzt kommt, sind entweder Arbeiter der Kleinstädte oder Landdistrikte, oder Studenten, Kommis usw., oder mit dem Untergang ringende Kleinbürger und ländliche Hausindustrielle, die noch ein Stückchen Land zu eigen oder in Pacht haben, und jetzt obendrein auch noch richtige Kleinbauern. Und da in der Tat unsre Partei die einzige wirklich fortschrittliche Partei ist, die einzige dazu, die stark genug ist, auch Fortschritte zu erzwingen, so liegt die Versuchung nah, auch den rebellisch werdenden Mittel- und Großbauern ein bißchen mit Sozialismus zu bearbeiten, namentlich in solchen Gegenden, wo diese Leute auf dem Land vorherrschen. Dabei wird dann wohl auch über die Grenze des unsrer Partei prinzipiell Erlaubten hinausgegangen, das gibt dann einigen Krakeel, aber unsere Partei hat eine so gesunde Konstitution, daß das alles nicht schadet."

Anders eben in England: „... eine wirklich allgemeine Arbeiterbewegung kommt hier – von Unerwartetem abgesehn – nur zustande, wenn den Arbeitern fühlbar wird, daß Englands Weltmonopol gebrochen. Die Teilnahme an der Beherrschung des Weltmarkts war und ist die ökonomische Grundlage der politischen Nullität der englischen Arbeiter. Schwanz der Bourgeoisie in der ökonomischen Ausbeutung dieses Monopols, aber immer doch an den Vorteilen derselben beteiligt, sind sie naturgemäß politisch der Schwanz der ‚großen liberalen Partei', die sie andrerseits in kleinen hofiert, Trades Unions und Strikes als berechtigte Faktoren anerkennt, den Kampf um unbeschränkten Arbeitstag aufgegeben und den bessergestellten Arbeitern das Stimmrecht gegeben hat. Bricht aber Amerika und die vereinigte Konkurrenz der übrigen Industrieländer erst ein gehöriges Loch in dies Monopol (und in Eisen ist das stark im Kommen, in Baumwolle leider noch nicht), so wirst du hier etwas erleben."

Die II. Internationale – Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats

z.bew. 1874, zehn Jahre nach der Gründung der Ersten Internationale, schrieb Friedrich Engels in einem Brief an Sorge: „Die Internationale hat zehn Jahre europäischer Geschichte nach einer Seite hin – nach der Seite, worin Zukunft liegt – beherrscht und kann stolz auf ihre Arbeit zurückschauen. Aber in ihrer alten Form hat sie sich überlebt." 1876 wurde die Internationale Arbeiter Assoziation aufgelöst. Marx und Engels verfochten in der Folgezeit die Auffassung, daß vor einer Einigung auf internationaler Ebene die Herausbildung von geeinten sozialistischen Arbeiterorganisationen auf nationaler Ebene stehen müsse und unterstützten diesen Prozeß durch ihre theoretische und praktische Arbeit mit ganzer Kraft.

In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts war in England und Frankreich die industrielle Umwälzung weitgehend abgeschlossen. Das Deutsche Reich hatte zwischen 1850 und 1875 zwar eine rasche industrielle Entwicklung durchlaufen und konnte mit Frankreich gleichziehen, blieb aber noch weit hinter England zurück. Die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen in Deutschland hatte sich mit 2480000 PS (1870) seit 1850 fast verzehnfacht, betrug aber immer noch nur gut die Hälfte der in England betriebenen Dampfmaschinen. Die Steinkohleförderung stieg im gleichen Zeitraum von 4,4 Mio. t auf 16,4 Mio. t, die Roheisenproduktion von 410000 t auf 1350000 t, was aber nur ein Viertel bzw. ein Fünftel der englischen Produktion ausmachte. Die große Wirtschaftskrise von 1873 führte in Deutschland zu einem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß und zur Vernichtung von Kleinbetrieben in einem bisher unbekannten Ausmaß. Unter Federführung der fünf großen Berliner Banken begann die Phase des stärksten industriellen Wachstums in Deutschland. Das Deutsche Reich wurde zum schärfsten europäischen Konkurrenten Englands, das es seit der Jahrhundertwende in wesentlichen Produktionszweigen wie der Roheisen- und Stahlerzeugung hinter sich läßt.

Parallel zu dem Wachstum und den Kräfteverschiebungen der europäischen Großmächte ergreift der Industrialisierungsprozeß die bis dahin weitgehend agrarischen Staaten Südeuropas und die skandinavischen Staaten. Jenseits des Ozeans tritt mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Konkurrent auf, wo nach der Niederlage der sklavenhaltenden Südstaaten der Kapitalismus in kürzester Zeit zur höchsten Blüte treibt und auf dem Weltmarkt mit dem Ende des Jahrhunderts zur führenden Macht wird. Insgesamt erhöhte sich die Industrieproduktion der Welt zwischen 1871 und 1890 um etwa 150 Prozent, das Volumen des Welthandels vergrößerte sich um 50 Prozent, die Länge der Eisenbahnlinien stieg auf das Vierfache. Die territoriale Aufteilung der Welt näherte sich rasch ihrem Ende. Die mächtigsten kapitalistischen Staaten hatten sich die Länder Asiens und Afrikas als Kolonien unterworfen. Der Kapitalismus trat in sein imperialistisches Stadium.

Die Arbeiterheere in den kapitalistischen Staaten schwollen immer weiter an, immer neue Schichten wurden in den kapitalistischen Produktionsprozeß gezogen. In Deutschland stieg die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handel von knapp 8 Mio. (1882) auf 10,6 Mio. (1895). Dem raschen Anwachsen der Arbeitermassen folgte eine sprunghafte Vergrößerung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Arbeiterbewegung wurde zu einer Massenbewegung, die nicht nur große Teile der Bevölkerung der europäischen Kernländer umfaßte, sondern sich über den Norden, Osten und Süden Europas und mit der Jahrhundertwende über die Länder Asiens, Südamerikas und Afrikas erstreckte. Die letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren die Zeit der Sammlung und der Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats. Die internationale Arbeiterklasse als Massenbewegung betrat die Bühne der Geschichte.

Sozialdemokratische und sozialistische Parteien wurden gegründet in Belgien (1885), Österreich (1889), Italien (1892), Spanien (1888), Schweiz (1888), Holland (1881/1894), Norwegen (1887), Dänemark (1880), Schweden (1889), Rumänien (1893), Ungarn (1890) und Polen (1892). In Rußland begann ab 1883 die Gruppe „Befreiung der Arbeit" ihre Tätigkeit und wurde 1898 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gegründet. In Frankreich bildete sich 1879 eine sozialistische Partei auf revolutionärer Grundlage. 1881 und 1882 spalteten sich die verschiedenen abweichenden Richtungen des Proudhonismus, Anarchismus und Reformismus ab. Der in sechs verschiedene politische Gruppen zersplitterten Arbeiterbewegung Frankreichs gelang es aber, weiter ihren Einfluß auszudehnen, und sie verfügte 1905 beim Zusammenschluß der größten sozialistischen Parteien über 1 Mio. Gewerkschaftsmitglieder, 90000 Parteimitglieder, und von über 1,4 Mio. Wählern waren 101 sozialistische Abgeordnete ins Parlament gewählt worden. In England, dem Land mit der größten Arbeiterklasse, machte der Prozeß der Herausbildung der politischen Organisation der Arbeiterklasse den geringsten Fortschritt. Bis in die 60er und 70er Jahre befand sich die Arbeiterbewegung weitgehend im Schlepptau der Liberalen Partei. Die sozialistischen Parteigründungen von 1881 und 1884 konnten nie einen Masseneinfluß gewinnen oder arbeiteten wie die 1893 gegründete Unabhängige Arbeiterpartei von Anbeginn auf dem Boden des Reformismus. Bei ständigem Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung – 1889 waren über 1 Mio. Arbeiter gewerkschaftlich organisiert – und hartnäckigen ökonomischen Kämpfen blieben die politischen Organisationen des englischen Proletariats weitgehend dem Trade-Unionismus verhaftet.

Größte politische Organisation der Arbeiterklasse war die Sozialdemokra-

Maiaufruf der französischen Arbeiterpartei 1890 / Amsterdamer Kongreß der II. Internationale 1904.

Dokumente der II. Internationale 1889 – 1914

Internationaler Sozialistenkongreß 1900 in Paris

Resolution zur Weltpolitik

„Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse von Paris 1889, Brüssel 1891 und London 1896, die den Militarismus als eines der verhängnisvollsten Ergebnisse der kapitalistischen Ordnung verurteilen und die Abschaffung der stehenden Heere, die Einrichtungen internationaler Schiedsgerichte sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk verlangen;

in Erwägung ferner, daß die seit dem letzten Internationalen Kongreß eingetretenen Ereignisse klargelegt haben, wie sehr die bisherigen politischen Errungenschaften des Proletariats sowie die gesamte ruhige und normale Entwicklung der heutigen Gesellschaft durch den Militarismus besonders in seiner neuesten Form als Weltpolitik bedroht werden;

in Erwägung endlich, daß diese Politik der Expansion und des Kolonialraubes, wie uns der Kreuzzug gegen China zeigt, internationale Eifersüchteleien und Reibereien entfesselt, die den Krieg in einen permanenten Zustand zu verwandeln drohen, dessen wirtschaftliche, politische und moralische Kosten das Proletariat allein zu tragen hätte, erklärt der Kongreß:

1. daß es nötig ist, daß die Arbeiterparteien in jedem Land mit verdoppelter Wucht und Energie gegen Militarismus und Kolonialpolitik auftreten;

2. daß es vor allem unbedingt notwendig ist, die weltpolitische Allianz der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Kriegs durch eine Allianz der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, d.h. von mehr oder minder platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen ..."

Internationaler Sozialistenkongreß 1907 in Stuttgart

Resolution zur imperialistischen Politik

„Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treiben.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der in Widerspruch zu ihren Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität aller Völker verwirklicht ...

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich (werden) und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichert wird ..."

Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß 1912 in Basel

Manifest über die Kriegsgefahr und die Aufgaben des internationalen Proletariats

„Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:

‚Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.'

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen

tische Partei Deutschlands. 1875 vereinigten sich auf dem Gothaer Parteitag die Eisenacher und Lassalleaner. Bei der Reichstagswahl 1874 hatten beide Parteien zusammen knapp 3 Prozent der Stimmen bekommen. 1877 waren es bereits 9 Prozent. Trotz Sozialistengesetz wuchsen Mitgliederzahl und Wählerstimmen weiter an: 1881 310000 Stimmen (6,1%), 1890 1,4 Mio. Stimmen (20%). Die Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften stieg von 19695 (1872) auf 296551 (1890). Als größte politische Organisation der Arbeiterklasse verfügte die SPD über den stärksten Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung. Die Überwindung der opportunistischen Grundlage des Gothaer Vereinigungsparteitages durch das Erfurter Programm von 1891 hatte einen positiven Einfluß auf die Politik der relativ jungen sozialdemokratischen Parteien vor allem in den kleineren europäischen Staaten.

Am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag der Erstürmung der Bastille, fanden in Paris zwei Kongresse der internationalen Arbeiterbewegung statt. An dem Kongreß der Possibilisten – den französischen Reformisten – nahmen zwar über 550 Delegierte teil, davon aber 477 aus Frankreich, die restliche Delegierten waren vorwiegend Gewerkschaftsvertreter aus neun weiteren Staaten. Auf dem vom marxistischen Flügel der französischen Sozialisten und der deutschen Sozialdemokratie vorbereiteten Kongreß nahmen 393 Delegierte aus 22 Ländern teil. Die stärkste Delegation entsandte mit 221 Delegierten die französische Arbeiterbewegung, gefolgt von der deutschen mit 81 und der englischen mit 22 Delegierten. Aus Belgien waren 14 Vertretern erschienen. Aus Belgien waren 14 Vertreter erschienen, durch kleinere Delegationen waren die Arbeiterbewegungen in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Ungarn, Böhmen, Polen, Rußland, Rumänien, Bulgarien, Spanien, Portugal, den USA und Argentinien vertreten.

Hauptgegenstand des Pariser Kongresses war der Kampf um gesetzliche Regelungen der Arbeitsbedingungen. August Bebel legte einen entsprechenden Resolutionsentwurf vor, in dem als konkrete Forderungen die Einführung des Achtstundentages, das Verbot der Kinder- und der Nachtarbeit, der Sechsstundentag für Jugendliche und das Verbot des Naturallohnes aufgestellt wurden. Dieser Resolutionsentwurf wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit angenommen.

Der Kongreß nahm keine formelle Resolution über die Gründung einer neuen Internationale an, gründete sie aber praktisch. Die Resolution zu den Aufgaben und der Taktik der internationalen Arbeiterklasse bildeten fortan die Grundlage für die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen. Die Beschlüsse der Kongresse waren nicht bindend, aber ihre moralische Bedeutung so groß, daß in den ersten Jahren des Bestehens die Nichtbefolgung eher eine Ausnahme bildete. Bis 1900 existierte die II. Internationale lediglich in Form ihrer Kongresse, erst auf dem Londoner Kongreß von 1896 wurde beschlossen, ein Internationales Büro mit Delegierten aus den verschiedenen Ländern einzurichten.

Unter tatkräftiger Hilfe von Friedrich Engels konnte auf dem 2. Kongreß in Brüssel 1891 die Vereinigung mit dem possibilistischen Kongreß auf weitgehend marxistischer Grundlage stattfinden. Die internationale Arbeiterbewegung hatte sich eine Organisation geschaffen, die in der Lage war, durch zentral festgelegte Aktionen und durch gegenseitige Unterstützung den Kampf gegen die Bourgeoisie über die Ländergrenzen weg zu organisieren. 1890 fanden erstmals, wie auf dem Pariser Kongreß beschlossen, in allen europäischen Ländern und auf dem amerikanischen Kontinent Demonstrationen, Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung der Forderung nach dem Achtstundentag statt. Ab dem Züricher Kongreß (1893) war die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht einer der Hauptpunkte der Arbeit der Parteien der Internationale. Mit Massenstreiks und großen Demonstrationen erkämpften sich die Arbeiterbewegungen vieler Nationen, unterstützt von der Internationale, das allgemeine Wahlrecht. Auf dem Londoner Kongreß (1896) wurde das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkannt und die Ablehnung der imperialistischen Kolonialpolitik bekräftigt. Durch Solidaritätsaktionen wurden die wirtschaftlichen Kämpfe gegenseitig unterstützt.

Durch die Vereinigung mit den Possibilisten und den englischen Trade Unions 1891 hatte die reformistische Strömung in der II. Internationale einen Auftrieb bekommen, ohne allerdings die Mehrheit zu erlangen. Bedeutend schwerer wog, daß in der revolutionären Organisation der deutschen
tionären Organisation der deutschen
Arbeiterbewegung in den 90er Jahren und vor allem nach der Jahrhundertwende die Bourgeoisie zunehmend an Boden gewann und der Opportunismus große Teile der Partei zersetzte. In der Behandlung der Kolonialfrage auf dem Stuttgarter Kongreß (1907) trat der Opportunismus zum ersten Mal offen als Sozialchauvinismus auf, indem er eine „sozialistische Kolonialpolitik" als Kulturtat pries, und konnte, nachdem er die Mehrheit im Ausschuß hatte, nur knapp im Plenum zurückgewiesen werden. Am Vorabend des 1. Weltkrieges – die Parteien der II. Internationale hatten zu diesem Zeitpunkt 3,4 Mio. Mitglieder und 11–12 Mio. Wähler – hatte die Bourgeoisie eine solche Position errungen, daß sie bei Kriegsausbruch ihre Herrschaft antreten konnte. Die Mehrzahl der Führungen der sozialdemokratischen Parteien gingen offen auf die Seite ihrer Bourgeoisien über. „Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt ... Die II. Internationale hat an nützlicher Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der proletarischen Massen während der langen ‚Friedensperiode' härtester kapitalistischer Versklavung und raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts ihr Teil getan. Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zu organisieren zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus!" (Lenin)

und gemeinsamen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze zugespitzt und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attentate gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten ...

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampfe gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkriegs hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu ...

Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der Deutsch-Französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und marinen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben ..."

(Alle Zitate aus: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band IV, Berlin 1967)

1. Mai 1890: Kampf für den 8-Stundentag

z.bew. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Maschinenindustrie betrug in Deutschland 1889 67 Stunden, im Baugewerbe 62 und in den Druckereien 57,5 Stunden. Gegenüber dem 16–18stündigen Arbeitstag in den Anfangsphasen des Kapitalismus hatte sich die Arbeiterklasse bereits Schranken der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft von den einzelnen Kapitalisten erkämpft. Gesetzliche Grundlagen zur Beschränkung des Arbeitstages gab es außer in England in kaum einem Land. Je enger durch den Kampf der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Kapitalisten zur absoluten Mehrwertproduktion durch die Ausdehnung des Arbeitstages begrenzt wurde, um so stärker versuchten sie, über die Intensivierung der Arbeit die Ausbeutung zu steigern.

Auf dem Gründungskongreß der II. Internationale in Paris wurde in einer Resolution festgelegt: „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine *große internationale Manifestation* zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem Tage die Arbeiter an die *öffentlichen Gewalten* (Behörden) *die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen* und die übrigen Beschlüsse des Internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen." Der 1. Mai 1890 wurde als Tag der internationalen Arbeiterklasse zum Kampf für den Achtstundentag bestimmt.

Obwohl die deutschen und die englischen Arbeiterführer den Sonntag nach dem 1. Mai für die Demonstration bestimmten und in vielen Ländern erst nach Arbeitsschluß demonstriert wurde, waren die 1.-Mai-Demonstrationen 1890 ein bisher nicht gekannter Ausdruck internationaler Solidarität und gemeinsamen Kampfes. In Frankreich und Österreich fand an diesem Tag ein eintägiger Generalstreik statt. In 138 französischen Städten und den Bergwerksgebieten ruhte die Arbeit; der Polizei, die mit Brachialgewalt die Demonstrationen unterdrücken wollte, wurden Straßenschlachten geliefert. In Mailand, Turin, Lugo und anderen italienischen Städten zogen die Arbeiter in geschlossenen Demonstrationszügen durch die Straßen, in Belgien demonstrierten insgesamt 340000 Arbeiter, in Barcelona allein 100000, und in Stockholm waren zu einer Massenversammlung 120000 Arbeiter erschienen. Am 4. Mai versammelten sich 200000 englische Arbeiter in London zur Kundgebung für den Achtstundentag. Friedrich Engels, der an der Versammlung teilnahm, schrieb darüber: „Am 4. Mai 1890 ist die englische Arbeiterklasse eingetreten in die große internationale Armee. Und das ist eine epochemachende Tatsache ... Sein langer Winterschlaf ... ist endlich gebrochen."

Der 1. Mai 1890 war ein großartiger Beleg für den gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse. Die II. Internationale hatte bewiesen, daß sie ein wichtiger Machtfaktor in diesem Kampf ist. Den 1. Mai jeden Jahres nutzt die internationale Arbeiterklasse seit jener Zeit in der ganzen Welt zu einer machtvollen Demonstration ihres gemeinsamen Kampfes für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung.



Mai-Demonstration der Londoner Arbeiter im Hyde-Park 1892. (Auf der Tribüne dritter von links Engels, rechts vor ihm Eleanor Marx)

Die internationale Arbeiterklasse unterstützt die russische Revolution von 1905

z.lup. Als sich im Oktober 1905 das russische Proletariat zum Aufstand gegen die zaristische Selbstherrschaft erhob, bedeutete dies ein entscheidendes Ereignis nicht nur für die Entwicklung der Revolution in Rußland, sondern für die Entwicklung der Revolution in Europa insgesamt. Fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch war der russische Zarismus die Hauptfestung der Reaktion in Europa. Mehr als eine europäische Revolution war mit Hilfe des Zaren niedergeschlagen worden. „An dem Tage, wo die Zarenherrschaft fällt, diese letzte starke Festung der gesamteuropäischen Reaktion – an dem Tage weht ein total anderer Wind in ganz Europa", hatte Engels 1890 erklärt. „An dem Tage daher, wo diese Hauptfestung selber in die Hände der Revolution übergeht, ist es aus mit dem letzten Funken von Selbstvertrauen und Sicherheit bei den reaktionären Regierungen Europas." Um dies zu verhindern, ging die europäische Konterrevolution sogleich daran, den Zaren bei der Niederwerfung der Revolution zu unterstützen. England bereitete die Entsendung von Kriegsschiffen nach Rußland vor. Deutschland und Österreich-Ungarn bereiteten eine bewaffnete Intervention in Rußland vor. An den russischen Grenzen wurden Truppen zusammengezogen, die deutsche Regierung hielt Kriegsschiffe in Bereitschaft, um sie nötigenfalls sogleich Richtung Petersburg auslaufen zu lassen.

Die Arbeiterklasse hat die Revolution in Rußland überall sogleich begeistert begrüßt. Am 9. Januar 1906 fanden in Deutschland überall Kundgebungen zur Unterstützung des russischen Proletariats statt, Geldsammlungen zur Beschaffung von Waffen und revolutionärer Literatur wurden durchgeführt. Die Wiener Arbeiter organisierten im März 1906 eine von 50000 Teilnehmern besuchte Kundgebung an den Gräbern der Gefallenen der österreichischen Revolution von 1848. Die ungarischen Arbeiter organisierten große Demonstrationen und Streiks zur Unterstützung der russischen Revolution. Die französischen Arbeiter forderten von der Regierung die Kündigung des Paktes mit dem russischen Zaren. Überall in Europa, aber auch in Indien, China, der Türkei, den USA und Südamerika fanden Manifestationen zur Unterstützung der russischen Revolution statt.

So groß die spontane Unterstützung der russischen Revolution seitens der internationalen Arbeiterbewegung war – die Opportunisten in den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien mühten sich nach Kräften, diese Unterstützung in Grenzen zu halten. Nach der Niederlage der Revolution versuchten sie, die Arbeiterklasse daran zu hindern, die Erfahrungen der russischen Revolution zu nutzen. Anseele, ein Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros, erklärte: „Sollen etwa so rückständige Länder wie Rußland uns unsere Parteitaktik vorschreiben?"


Der bewaffnete Aufstand des Moskauer Proletariats im Dezember 1905 bildete den Höhepunkt der Revolution. Bild: Barrikade in Moskau, Dezember 1905

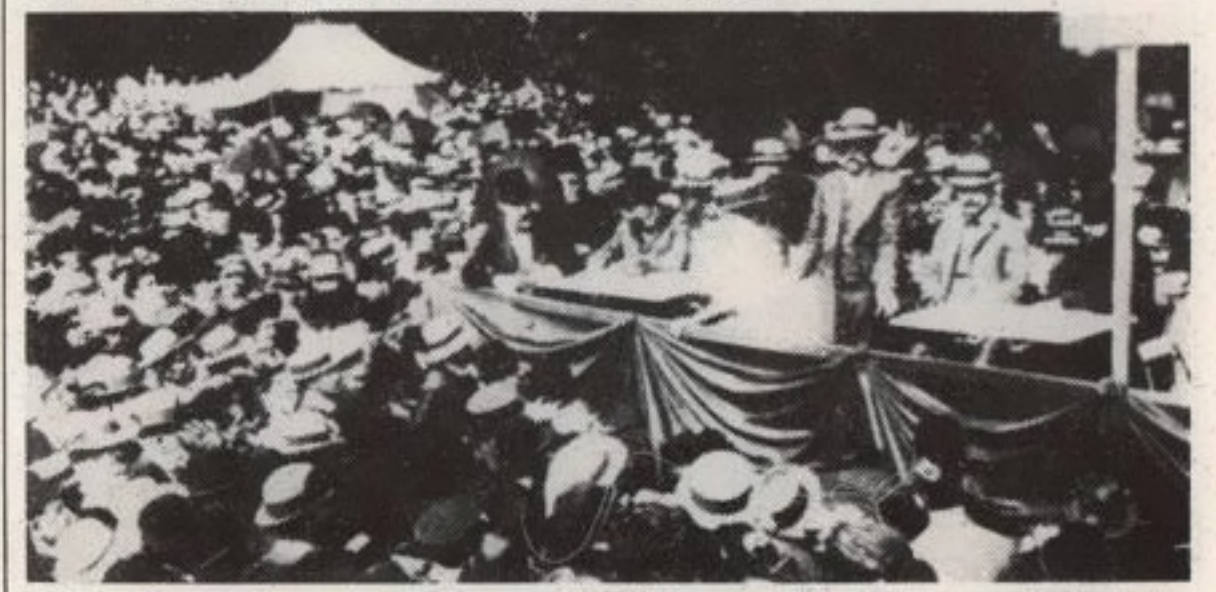
Die Kampffront gegen den imperialistischen Krieg bricht auseinander

z.brb. Auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907 unterlagen die Opportunisten mit ihren Auffassungen über den Krieg. Die verabschiedete Resolution – mit Änderungen von Luxemburg und Lenin – legte fest, daß die durch den Krieg hervorgerufene Krise genutzt werden muß, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen.

Um ein einheitliches Vorgehen gegen die wachsende Kriegsgefahr festzulegen, wie sie in den Auseinandersetzungen um den Balkan und im Mittelmeer deutlich wurden, führte die II. Internationale 1912 in Basel einen außerordentlichen Kongreß durch. Die revolutionäre Linie von 1907 wurde erneut durchgesetzt, der bevorstehende Krieg als imperialistischer Raubkrieg verurteilt und die Taktik der Sozialdemokratie durch den Verweis auf die Pariser Kommune und die russische Revolution von 1905 bestimmt.

Bei der Umsetzung wurden die Beschlüsse von den Opportunisten außer Kraft gesetzt. Nach 1912 wurden zwar in vielen europäischen Ländern Aktionen gegen die Kriegsvorbereitung durchgeführt, wie gegen die Erhöhung der Militärausgaben in Deutschland und der Dienstpflicht in Frankreich, doch sprach sich die Mehrheit der deutschen Reichstagsfraktion 1913 für einen Wehrbeitrag aus. Die Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege wurde geleugnet, und maßgebliche Führer der II. Internationale vertraten bis zum Ausbruch des Krieges die Auffassung, daß die Imperialisten größeres Interesse an Frieden als an Krieg hätten.

Nach Ausbruch der Kämpfe in Serbien trat zwar das Büro der Internationale zusammen, jedoch nur um die Tagesordnung für den anstehenden Kongreß zu ändern. Er wurde nicht mehr durchgeführt. Die Opportunisten traten offen ins Lager der Bourgeoisie über, Vandervelde wurde belgisches Kabinettsmitglied, und die deutschen Sozialdemokraten stimmten für die Kriegskredite.


Friedenskundgebung in Berlin am 3.9.1911 gegen die Kriegsprovokation der deutschen Imperialisten in Marokko.

Steuersatz und Nettolohnerhöhung 01
Steuerklasse I
Minusbeträge: keine direkten Steuern, zusätzliche Zahlungen durch Kindergeld
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallindustrie 1980
Rechtslage
CDU-Entwurf
SPD/FDP-Entwurf
25% steuerfrei
Steuersatz in %
Nettoertrag einer Lohnerhöhung von 6,8% in DM

Steuersatz und Nettolohnerhöhung 02
Steuerklasse III/2
Minusbeträge: keine direkten Steuern, zusätzliche Zahlungen durch Kindergeld
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallindustrie 1980
Rechtslage
CDU-Entwurf
SPD/FDP-Entwurf
25% steuerfrei
Nettoertrag einer Lohnerhöhung von 6,8% in DM
Steuersatz in %
ohne Kindergeld
mit Kindergeld

Steuersatz und Nettolohnerhöhung 03
Steuerklasse IV/2
Minusbeträge: keine direkten Steuern, zusätzliche Zahlungen durch Kindergeld
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallindustrie 1980
Rechtslage
CDU-Entwurf
SPD/FDP-Entwurf
25% steuerfrei
Steuersatz in %
ohne Kindergeld
Nettoertrag einer Lohnerhöhung von 6,8% in DM
mit Kindergeld

04
Brutto- und Nettoertrag der 6,8%-Lohnerhöhung
Versicherungsabzüge
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallindustrie 1980
III/2
IV/2
Nettoertrag

05
Reformerträge in DM nach den Entwürfen von SPD/FDP u. CDU
Steuerklasse I, III/2 und IV/2
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallindustrie 1980
III/2 SPD
III/2 CDU
IV/2 SPD
IV/2 CDU
I - SPD
I - CDU

06
Steuersatz
Steuerklasse I
Rechtslage 1980
CDU-Entwurf
SPD-FDP-Entw.
25% steuerfrei 1980
25% steuerfrei 1981
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallind.
1980

07
Steuersatz
Steuerklasse I
Rechtslage 1980
CDU-Entwurf
SPD-FDP-Entw.
25% zugehen 1980
25% steuerfrei 1981
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallind.
1981 (1980 + 7%)

08
Steuersatz
Steuerklasse I
Rechtslage 1980
CDU-Entwurf
SPD-FDP-Entw.
25% steuerfrei 1980
25% steuerfrei 1981
unterlegt: Bruttolohnverteilung Metallind.
1982 (1981 + 7%)



Die Finanzminister der BRD und ihre Taten Fritz Schäffer, Finanzminister 1949 bis 1959 (oberes Bild, 3.v.l.), sorgte für die Einführung des Formeltarifs bei der Lohnsteuer statt des Stufentarifs; Franz Ertel, 1959 bis 1961 (2.v.l.); Heinz Starke, 1961 bis Dezember 1962 (3.v.r.), und Rolf Dahlgrün 1963 bis 1966 (2.v.r.) – Franz-Josef Strauß, Finanzminister der Großen Koalition 1966 bis 1969, mit dem

Durch die „Lohnsteuerreform" schimmert ein neues Haushaltssicherungsgesetz durch

z.frb. Vor gut einer Woche drohte der Sprecher des Vorstandes der Commerzbank, Christians, in einem Vortrag an der Börse zu Düsseldorf vor den dort versammelten Finanzgrößen, die Bundesregierung sei drauf und dran, ihre Kreditwürdigkeit zu verspielen. Die Hektik, mit der sie in den ersten Monaten des Jahres Kredite aufgenommen habe, deute auf einen höheren Kreditbedarf als bisher zugegeben. Der Kapitalmarkt sei dadurch zu sehr beansprucht und der Staat treibe die Zinsen hoch.

Postwendend ließ der Finanzminister durch seinen Staatssekretär Lahnstein erklären, er treibe keinesfalls den Zins, sondern zahle lediglich, was die Banken verlangen.

Der Vorstoß des Bankiers kommt nicht von ungefähr. Am 7. März hat der Bundestag in erster Lesung die beiden Gesetzentwürfe, von SPD und FDP einerseits, von CDU/CSU andererseits, zur Änderung der Einkommensteuer verhandelt. Der erste Nachtragshaushalt 1980 soll in einem Monat verabschiedet sein. Neue Rüstungsprogramme und Erpresserkredite müssen finanziert werden. Da wollte der Bankier seinen Politikern etwas auf die Sprünge helfen. Die Kurse für Staatsanleihen waren die ganze letzte Woche unter Druck, die Bundesbank mußte Papiere für 100 Mio. DM aufkaufen. Matthöfer, der sich erst noch etwas Druck ausgesetzt sehen möchte, ehe er seine Erklärungen an die Wirklichkeit angleicht, hat die Richtung auf Haushaltsstrukturgesetz schon eingeschlagen. Allen Ministerien ließ er die Anweisung zugehen, die sächlichen Verwaltungsausgaben um 5% zu kürzen, abgesehen von besonders aufgeführten Ausnahmen. Zu den Ausnahmen gehören auch die nach NATO-Kriterien vorgesehenen Rüstungsausgaben.

Wie die notwendigen Steuern für die Finanzierung der Krisen- und Kriegsprogramme ziehen, wie die politische Einschnürung der Arbeiterbewegung durch weitere Verstrickung in das Soziale Netz fortführen, davon handelt die Debatte, in der die mit viel verlogener Einsicht vorgestellte Steuerreform ihren hervorragenden Beitrag leisten soll.

Was sind die wesentlichen Punkte der beiden vorliegenden Steueränderungsgesetze, und wie wirken sie?

1. Änderung der Freibeträge

Die SPD will den in die Lohnsteuertabelle eingearbeiteten Freibetrag für Sonderausgaben von gegenwärtig 240 auf 270 DM im Jahr anheben. Für den Arbeiter, der 15% Steuer zahlt, bringt dies eine Steuerersparnis von 15% der Erhöhung des Freibetrags um 30 DM, also 4,50 DM im Jahr. Bei einem Steuersatz von 20% beträgt die Steuerersparnis 6 DM im Jahr. Alle Freibeträge, die vor Anwendung des Steuertarifs abgezogen werden, verringern die Steuerlast um so mehr, je höher der Steuersatz.

Weiter sieht der Entwurf der Regierungskoalition eine Erhöhung der Höchstgrenze des Versorgungsfreibetrags vor. Für Löhne unter 1000 DM ändert sich dadurch gar nichts. Für Löhne zwischen 1000 und 2000 DM bedeutet dies eine Erhöhung des Freibetrags um 120 DM jährlich. Für Löhne über ca. 2000 DM – alles ohne Kinder – bringt die Änderung eine Erhöhung des Freibetrags um 360 DM jährlich und eine Steuersenkung je nach Steuersatz.

CDU/CSU wollen die alten Grenzen beibehalten, jedoch, so wenigstens muß man den Vorschriften zur Erstellung der Lohnsteuertabellen in Widerspruch zu einigen Stellen in der Begründung entnehmen, die Beträge, um die die Höchstgrenzen für jedes Kind erhöht werden, von 300 auf 150 DM senken.

2. Änderungen der Tarifformel

CDU/CSU wie SPD/FDP wollen den bei der letzten Reform eingeführten allgemeinen Tariffreibetrag von 510 DM streichen und dafür den Grundfreibetrag entsprechend erhöhen. Während ein Freibetrag, der vorweg abgezogen wird, eine Steuerentlastung entsprechend dem durchschnittlichen Steuersatz für den jeweiligen Lohn bringt, bringt der Grundfreibetrag – bzw. eine Erhöhung desselben – eine Steuersenkung für alle Einkommen um 22% des Grundfreibetrags. Erhöht sich also der Grundfreibetrag um 1000 DM, so sinkt für alle Einkommen der Steuerbetrag um 220 DM. Erhöht sich ein Freibetrag um 1000 DM, so sinkt der Steuerbetrag für den Lohn, auf den 10% Steuer erhoben wird, um 100 DM, für den Lohn, auf den 20% Steuer erhoben wird, um 200 DM. So bringt die Umwandlung des allgemeinen Tariffreibetrags in einen Bestandteil des Grundfreibetrags, der in die Steuerformel eingearbeitet ist, einen geringen Vorzug für die Lohnklassen, die mit weniger als 22% besteuert werden.

An den Grundfreibetrag schließt die Proportionalzone des Steuertarifs an. Jede zusätzlich verdiente Mark wird mit 22% besteuert, der Nettoertrag einer Lohnerhöhung steigt in diesem Bereich proportional. Jedoch steigt der Steuersatz trotzdem rasch an. Erreicht das zu versteuernde Einkommen (das ist der um die Freibeträge verminderte Lohn) die Proportionalzone nicht, so ist der Steuersatz 0%; fällt das Einkommen zur Hälfte in den Grundfreibetrag, zur Hälfte in die Proportionalzone, wird also die eine Hälfte mit 0%, die andere mit 22% besteuert, so ergibt sich ein durchschnittlicher Steuersatz von 11%. Je mehr der Teil des Lohnes in der Proportionalzone den Grundfreibetrag übersteigt, um so höher der Steuersatz.

Gegenwärtig endet die Proportionalzone bei 16000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen, was einem Monatslohn von ca. 1700 DM entspricht. Der SPD/FDP-Entwurf sieht eine Erweiterung dieses Bereichs auf 18000 DM vor. Nach Regierungsangaben würden dann statt 60% noch 50% der Lohnabhängigen in der anschließenden Progressionszone besteuert. Die Wirkung aber ist lächerlich, denn schon bei einer Erhöhung des Nominallohnes um etwa 100 DM ist sie wieder ganz aufgehoben.

CDU/CSU wollen die bisherige Grenze der Proportionalzone beibehalten, aber den Steuersatz von 22% auf 21% senken. Daher bringt dieser Entwurf für die unteren Lohnklassen ein paar Mark mehr. An die Proportionalzone schließt die Progressionszone an. Jede Lohnerhöhung wird mit einem höheren Grenz-Steuersatz besteuert. Der Nettolohnertrag einer Lohner-









Präsidenten der Weltbank, McNamara. Sein Werk: die Einführung der Mehrwertsteuer. – Alex Möller, Oktober 1969 bis Mai 1971. Aufwertung der DM und Einleitung der Steuerreform – Karl Schiller, Mai 1971 bis Juli 1972, unterzeichnet mit dem sowjetischen Außenhandelsminister den deutsch-sowjetischen Handelsvertrag – Helmut Schmidt, Juli 1972 bis Mai 1974 (wie Schiller gleichzeitig auch Wirtschaftsminister, Strauß und Apel waren bzw. sind wie er auch Verteidigungsminister), auf der Weltwährungskonferenz 1974, Angriff auf die Stellung der US-Bourgeois. Wesentlicher Anteil an der „Großen Reform der Einkommensteuer", an der ab diesem Zeitpunkt ständig gedreht wird. – Hans Apel, Mai 1974 bis Februar 1978, mit Vorständen und Aufsichtsratsvorsitzenden von Bundesunternehmen. Haushaltsstrukturgesetz, Programm für Zukunftsinvestitionen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, zuletzt auf 13%. – Hans Matthöfer, seit Februar 1978

höhung bleibt gegenüber dem Bruttoertrag immer weiter zurück. Dies zeigen die Schaubilder hierzu, die auch die Versicherungsabzüge berücksichtigen. Der durchschnittliche Steuersatz, der schon in der Proportionalzone ständig gestiegen ist, steigt jetzt noch rascher, denn die Lohnerhöhung wird jetzt nicht mit 22% durchgehend besteuert, sondern mit steigendem (Grenz-)Steuersatz. Der Nettoertrag zeigt nicht die Höhe der Besteuerung. Diese zeigt der durchschnittliche Steuersatz, der den Steuerabzug vom Lohn in Prozent angibt. Der Verlauf des Nettoertrages gibt aber die Geschwindigkeit, mit der der durchschnittliche Steuersatz und also die Besteuerung steigt, genauer an, als dies an der Kurve des Steuersatzes zu erkennen ist.

Beide Gesetzentwürfe senken den Steuersatz im Progressionsbereich etwas. Daher wirkt sich ab Beginn der Progressionszone der Reformertrag merklich aus, sichtbar im Schaubild 5. Jedoch ist die Darstellung des Reformertrages nur auf den Augenblick gerichtet. Bereits eine geringe Lohnerhöhung macht die Steuersenkung zur reinen Farce, sie wird von der Progression des Steuersatzes eingeholt. So war sion des Steuersatzes eingeholt. So war es die ganzen letzten Jahre, und das Meisterstück dieser Betrugsmethode lieferte die „Große Steuerreform" von 1975. Zur Verdeutlichung die Schaubilder 6 – 8, auf denen eine Lohnerhöhung von 7% bei unveränderter Verteilung der Löhne angenommen ist. Ungenau sind die Bilder noch, weil sie die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen nicht berücksichtigen.

Nimmt man die bisher besprochenen Änderungen, so zeigen sie ein Nachstellen der Steuerschraube an die geänderten Nominallöhne. Wie schon die letzten Reformen bringen sie nichts für die unteren Lohnklassen, sondern sind allenfalls der Versuch, die Fata Morgana einer Erleichterung der Progression für die Löhne um den Durchschnittslohn zu erzeugen.

3. Die Kinder-Freibeträge

CDU/CSU haben zweierlei vor. Erstens beabsichtigen sie die Einführung eines Freibetrages von 300 DM jährlich je Kind, ähnlich wie er bis 1975 existierte. Er wirkt wie jeder Freibetrag. Zweitens enthält ihr Entwurf eine Erhöhung des Kindergeldes um 15 DM für das erste und zweite, um 30 DM ab dem dritten Kind. Beides zusammen macht bei einem Kind und Steuerklasse IV bei einem Lohn von 1000 DM 17 DM, bei 2000 DM 19 DM und bei 4000 DM etwa 23 DM Steuersenkung aus. SPD und FDP wollen das Kindergeld auf jetzigem Stand belassen und einen Kindergrundfreibetrag von 16000 DM je Kind einführen. Das bringt in allen Einkommensklassen eine Steuerersparnis von knapp 30 DM im Monat. Allerdings nur dem, der Lohnsteuer zahlt, während Kindergeld unabhängig davon ausgezahlt wird. Zweitens nimmt auch der Kindergrundfreibetragmit der Inflation real ab. Der projektierten Finanzmasse nach wie der Wirkung auf den einzelnen Lohn haben die Kinderbegünstigungen großes Gewicht in den Reformvorschlägen.

Gegenüber der Steuerklasse IV sind auch die Änderungen in Steuerklasse III gewichtig. Aber die Wirkung ist hier eine ganz andere als die der Kinderprämien in der Steuerklasse IV, in der beide Eheleute arbeiten, wie auch in Steuerklasse II, die wir in den Schaubildern nicht gesondert dargestellt haben. Im Normalfall kann eine Familie aus den Volksmassen ihre Reproduktion nur sichern, wenn Mann und Frau arbeiten. In diesem Fall aber unterscheidet sich die Besteuerung bislang fast nicht, ob nun Kinder zu versorgen sind oder nicht. Wesentlich geringer ist die Besteuerung nur, wenn in Steuerklasse III gewechselt werden kann, also die Frau die Arbeit aufgibt. Dies aber ist für Arbeiter und Angestellte meist eine Unmöglichkeit und daher sind sie im großen ganzen von den Vorzügen der Steuerklasse III ausgeschlossen. Nur hohe Einkommen, die ausreichen, eine ganze Familie zu ernähren, kommen in den Genuß dieser Steuerklasse und werden zur Belohnung für ihr hohes Einkommen mit einer niedrigen Steuer belohnt, was ihnen dann großen Kindersegen erlaubt, womit sie dann das Kindergeld für das dritte Kind und weitere (jetzt 200 DM) erhalten, das dem Arbeiter, der sich so viele Kinder gewöhnlich nicht leisten kann, auch vorenthalten ist (50 DM fürs erste, 100 DM fürs zweite Kind).

Die jetzigen Steueränderungen konzentrieren die Steuerbegünstigungen für Kinderversorgung etwas weniger auf Steuerklasse III, weil, die seit längerem sinkende Geburtenrate zeigt es, gerem sinkende Geburtenrate zeigt es, die Hürde dorthin zu groß geworden ist. Die Förderung der Familien der höheren Angestellten und höheren Beamten durch Steuerklasse III bleibt. Und eine Verringerung der Gesamtsteuerlast, die von den Volksmassen aufgebracht werden muß, ist damit nicht verbunden. Sondern es wird damit durch den Staatsapparat den Lohnabhängigen mit Kindern nur etwas gezahlt, was die Kapitalisten in dem Lohn, den sie diesen Lohnabhängigen zahlen, vorenthalten, und der Staatsapparat holt sich die Mittel hierzu durch die Anhebung der Besteuerung anderer Lohnabhängiger. Kinder sind in der kapitalistischen Gesellschaft für ihre Eltern ein Kostenfaktor. Die Anpassung des Steuerrechts an diese Tatsache bringt ein tieferes Eindringen des imperialistischen Staatsapparates, der diese gesellschaftlichen Ausgleichszahlungen an sich reißt, in die Reproduktionsverhältnisse der Volksmassen, und natürlich sinkt dabei auch die den Lohnabhängigen zur Verfügung stehende Gesamtlohnsumme.

Der DGB hat auf seinem Bundeskongreß 1975 die mit der Inflation verschärfte Steuer behandelt. Es wurde dazu beschlossen: „Die Steuerfreibeträge müssen alljährlich an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden, und zwar nicht nach einem starren Indexsystem, sondern in Anlehnung an die Maßstäbe, die der dynamischen Rentenanpassung zugrunde liegen." Das geht in die richtige Richtung, geschickter aber wäre es, gleich die Anbindung des Grundfreibetrags an den Durchschnittslohn zu fordern. So wie es in mehreren Gewerkschaftskörpern auch schon beschlossen wurde: Erhöhung des Grundfreibetrags auf 25% des Durchschnittslohns, Zahlung eines Kindergeldes wie im öffentlichen Dienst, Auszahlung durch die selbstverwalteten Versicherungskassen, deren Kosten die Kapitalisten zahlen müssen. Das ist um so dringlicher, als selbst der jetzt vorgelegte Progressionsnachlaß, kaum daß die Gesetzentwürfe vorliegen, bereits in Frage gestellt wird. Karl Klasen, Ex-Bundesbankpräsident, sprach's in der Bild-Zeitung: „Verzichtet auf die Steuersenkung." Und wenn der so spricht, ist immer was dran, denn das kommt aus den Geldschränken, und Helmut Schmidt leiht ihm gern sein Ohr.

Zwei Steuerreformentwürfe im Bundestag

Auszüge aus den Gesetzesbegründungen und den Reden am 7.3.1980

SPD/FPD-Entwurf (Aus der Begründung)

Ein Blick auf das Steuereinkommen in der Vergangenheit zeigt einen überproportionalen Anstieg der direkten Steuern. Diese Entwicklung wird entscheidend von der Progressionswirkung der Lohn- und Einkommensteuer bestimmt. Eine progressiv gestaltete Lohn- und Einkommensteuer entspricht dem Grundsatz einer sozial gerechten Besteuerung. Auf Grund der allgemeinen jährlichen Einkommenssteigerungen gelangen zunehmend Steuerpflichtige mit einem durchschnittlichen Einkommen aus der proportionalen in die progressive Tarifzone und werden dadurch mit einem ansteigenden Steuersatz belastet. Diese Entwicklung soll jetzt durch Maßnahmen im Tarifbereich gemildert werden. Dadurch wird zugleich verhindert, daß sich das Verhältnis des Aufkommens zwischen direkten und indirekten Steuern zu den direkten Steuern hin verschiebt.

schiebt.

CDU/CSU-Entwurf (Aus der Begründung)

Das nunmehr vorgelegte Steuerentlastungsgesetz soll

– das Einkommensteuergesetz insbesondere in seinem tariflichen Bereich an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Dies geschieht durch eine Änderung des Tarifs, durch eine Milderung der Besteuerung des Weihnachtsgeldes bei Arbeitnehmern sowie durch eine Erhöhung des sog. Vorwegabzugs bei den Sonderausgaben, der vor allem den Selbständigen beim Aufbau ihrer Altersversorgung zugute kommen soll;

– den Familienlastenausgleich durch die Einführung steuerlicher Kinderfreibeträge und durch Erhöhung des Kindergeldes verbessern;

– die Belastung der Wirtschaft mit ertragsunabhängigen Steuern mildern. Dieser Maßnahme kommt angesichts der gestiegenen politischen und wirtschaftlichen Risiken eine besondere wachstumsfördernde Bedeutung zu und dient damit auch der Sicherung der Arbeitsplätze.

Matthöfer, SPD, Finanzminister

Es liegt in unserem nationalen Interesse, daß die Türkei und Griechenland wirtschaftlich stabil und widerstandsfähig gegen Risiken von innen und außen bleiben. Es liegt aber auch in unserem nationalen Interesse, daß wir Nahen Osten, im Mittleren Osten, in Pakistan und auch auf dem gesamten indischen Subkontinent größere wirtschaftliche und politische Stabilität dauerhaft ermöglicht werden.

Der Spielraum des Bundeshaushaltes für diese zusätzlichen internationalen Aufgaben ist gering. Wir haben 1979 die *Kreditaufnahme des Bundes* um mehr als 10 Milliarden DM unter der ursprünglichen Planung halten können. Wir haben 1980 den Kreditbedarf des Bundes gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf weiter verringern können. Wir können aber heute nicht damit rechnen, daß neue Steuerschätzungen zu einer Verbesserung der Finanzierungssituation führen, und wir müssen die gesamtstaatliche Kreditaufnahme auch weiterhin der konjunkturellen und beschäftigungspolitischen Lage anpassen.

Westphal, SPD

Westphal, SPD

Um die Zahl derjenigen, die dieser Belastung unterliegen, nicht übermäßig anwachsen zu lassen und den *Progressionsanstieg* besonders *in der ersten Phase flacher zu gestalten*, ist die jetzt gesetzgeberisch zu ziehende politische Konsequenz eine deutliche Steuerentlastung genau für diese eben beschriebene Personengruppe im Jahre 1981.

Wir legen Ihnen heute mit einem Entwurf der Koalitionsfraktionen von *SPD* und *FDP* ein *Maßnahmenpaket für 1981 und 1982* vor, das genau an dieser Stelle ansetzt. Es senkt bei der Lohn- und Einkommensteuer die Steuerzahlungen insbesondere für den Facharbeiter, aber auch für den kleinen Selbständigen und für denjenigen Steuerzahler, bei dem die Frau mitarbeitet. Das Paket tut das so, daß eine beachtliche Zahl von ihnen in die Proportionalzone des Steuertarifs zurückkehrt. Für einen weiteren beachtlichen Teil dieser Gruppe wird die Progressionswirkung gemildert. Wir erreichen dies einerseits durch eine Verlängerung der Proportionalzone von heute 16000 DM jährlich für Ledige und 32000 DM für Verheiratete auf 18000 bzw. 360000 DM und andererseits durch die Abflachung der Progressionskurve bis zu einer Größenordnung von 60000 bzw. 120000 DM. Darüber hinaus wollen wir den Tariffreibetrag seiner progressiven Wirkung entkleiden und ihn dem allgemeinen Grundfreibetrag zuschlagen, so daß die Steuerpflicht in Zukunft erst bei 4200 DM für Ledige und 8400 DM für Verheiratete beginnt.

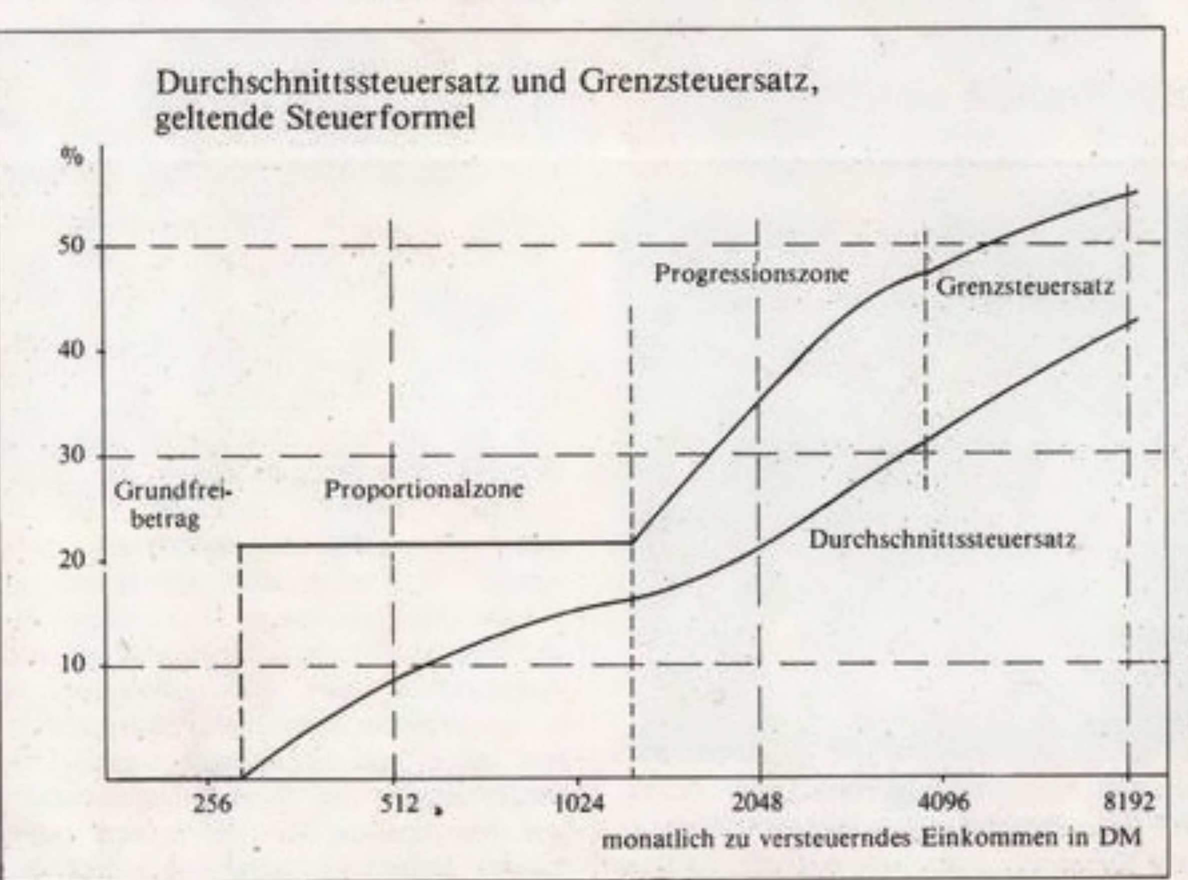
Frau Matthäus-Maier, FDP

Die Ziele dieses Gesetzentwurfs sind dreierlei: erstens *Entlastung der Steuerbürger von der Progression bei der Einkommen- und Lohnsteuer*, zweitens *Verbesserung des Familienlastenausgleichs* und drittens *Anhebung von Freibeträgen*, insbesondere im Vorsorgebereich und hier speziell bei den Selbständigen.

Nun fragen sich manche Bürger draußen: Warum kommt schon wieder ein Steuerpaket? Warum macht man nicht einmal eine große Reform, die dann für fünf oder zehn Jahre hält? Meine Damen und Herren, dies hat zwei Gründe: Zum einen kann man in einer wirtschaftlichen Situation, die durch ein unterschiedliches Auf und durch ein unterschiedliches Auf und Ab, besonders auf internationaler Ebene, gekennzeichnet ist, nicht ausschließen, daß man zur Stützung der Konjunktur zeitweilig auch steuerpolitische Maßnahmen ergreifen muß, und zum anderen gehört eine *Anpassung des Steuertarifs und der Steuerfreibeträge* von Zeit zu Zeit notwendigerweise zu unserem Steuersystem. Wir gehen davon aus, daß wir ein progressives Steuersystem haben. Das besagt, daß steigende *Leistungsfähigkeit* auch stärker besteuert wird.

Häfele, CDU

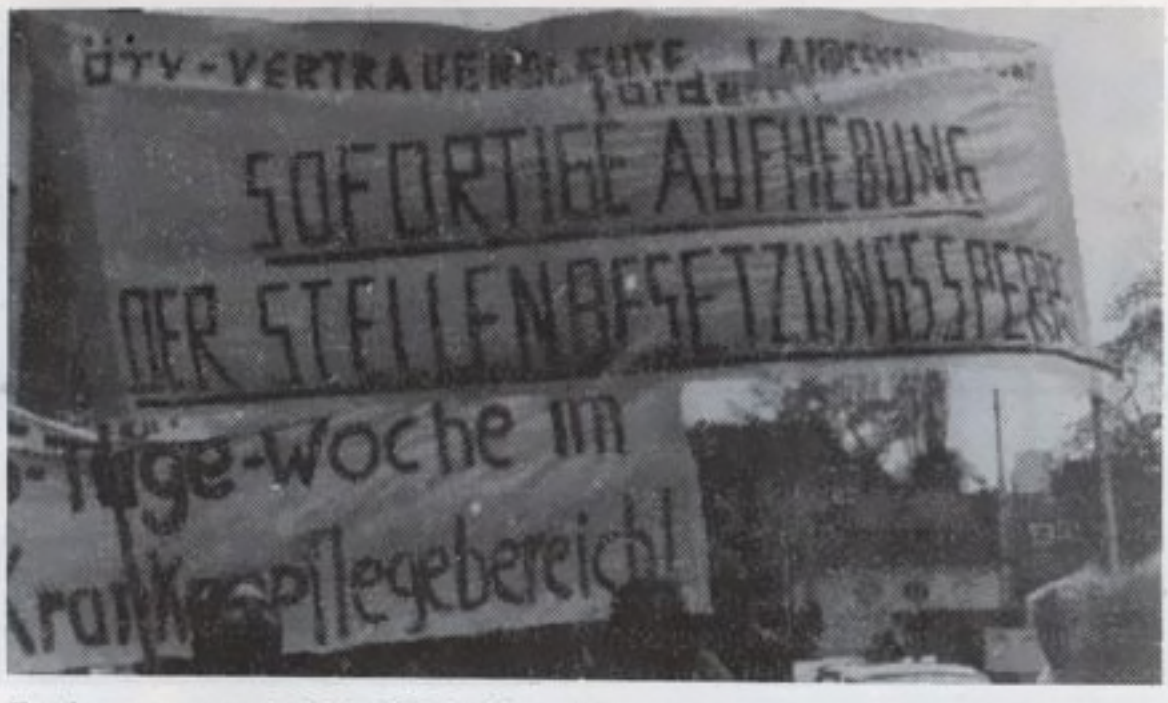
Das Kernstück unseres Antrags ist die *Verbesserung des Einkommen- und Lohnsteuertarifs*. Zunächst wollen wir den Eingangssteuersatz von 22 auf 21% senken. Man spricht hier von der Milderung der sogenannten indirekten Progression. Denn auch in der sogenannten Proportionalzone gibt es ja eine *indirekte Progression*. Als Folge des Grundfreibetrages wächst die Steuerbelastung um so mehr an, je mehr ich an das Ende der Proportionalzone komme, zwar nicht in der Grenzbelastung, aber in der Durchschnittsbelastung. Deswegen gibt es hier auch eine indirekte Progression. Der Sprung von 0 auf 22% ist international mit der höchste, den es gibt. Auch diesen Sprung wollen wir wenigstens in einem ersten Schritt auf 21% mildern.



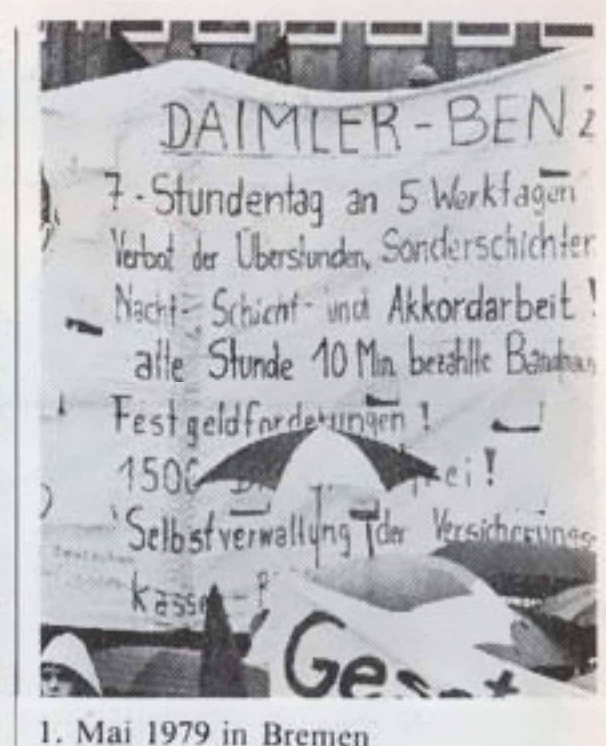
Die nebenstehenden Kurven, errechnet aus der Steuerformel, beziehen sich auf das zu versteuernde Einkommen, d.h. nach Abzug der Freibeträge vom Bruttolohn. Die Steuerkurve teilt sich in drei Bereiche: den Bereich des Grundfreibetrags, die Proportionalzone und die Progressionszone. In der Proportionalzone wird jede über dem Grundfreibetrag liegende Mark mit derzeit 22% besteuert. In der Progressionszone steigt der Grenzsteuersatz zunächst rasch an, bei Beträgen, die Kapitalisten und ihresgleichen einstecken, dann immer langsamer. Der Grenzsteuersatz gibt an, wieviel von jeder zusätzlich verdienten Mark der Staat kassiert. Mit einem Grundfreibetrag von 25% des Durchschnittslohnes würde die gesamte Steuerkurve, jährlich nach rechts verschoben, die Masse der Lohnabhängigen bliebe unterhalb der Progressionszone.



Demonstration am 31.1.80 vor dem Gütersloher Rathaus gegen Umwandlung des Harsewinkeler Krankenhauses in eine Sterbeklinik.



Forderungen am 1. Mai 1979 in Hannover.



1. Mai 1979 in Bremen

Jeder Patient zur rechten Zeit in die rechte Behandlung am rechten Ort

r.ilh. Noch im März will der Bundestag die Ehrenbergsche Novelle des 1972 verabschiedeten Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die Ergänzung der Kostendämpfungsmaßnahmen auf die Krankenhäuser, verabschieden. Das Kernstück der 72er Gesetzes: selbstkostendeckend, d.h. über die Pflegesätze müssen die laufenden Kosten bestritten werden. Einheitliche Bettenbedarfspläne, die Einführung der kaufmännischen Buchführung, Wirtschaftlichkeitsprüfungen waren die folgenden Maßnahmen. Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Kürzung der Verweildauer in den Krankenhäusern, Schließung von kleineren Krankenhäusern waren die Folgen für die Versicherten; erhöhte Intensivierung der Arbeit für die Beschäftigten.

18. Juni 79: Deutscher Krankenhaustag. Helmut Schmidt in der Eröffnungsansprache: „Heute gibt es keinen Mangel mehr an Krankenhausbetten. Im Gegenteil, wir haben sogar zu viele und müssen uns überlegen, was damit geschehen soll." Hauptreferat zum Thema: „Humanität im Krankenhaus – ein quantitatives Problem?": „Im Gegenteil, aus ihren Antworten ergibt sich die Formel: ‚mehr Schwestern, mehr Ärzte = weniger Humanität".

Erst jetzt, 3 Jahre nach Verabschiedung des Kostendämpfungsgesetzes und verschiedener eingeleiteter Kostendämpfungsmaßnahmen liegt die Novelle abstimmungsreif vor. Das Problem für Ehrenberg: wie die Gesundheitsversorgung drastisch kürzen, die Sach- und Personalkosten, ohne er-
Sach- und Personalkosten, ohne er-
satzlose Streichung großen Ausmaßes?

Sein Kernstück: Umstellung des Krankenhauses auf andere Aufgaben. Wie und in welche Richtung, dazu hat er sich eigens ein Gutachten ausarbeiten lassen über „die personellen und finanziellen Entlastungsmöglichkeiten der Krankenhausversorgung durch Differenzierung der Krankenhausaktivitäten nach vollstationärer und semistationärer Versorgung." Daten von 300 westdeutschen Krankenhäusern mit 50 und mehr Betten liegen der Untersuchung zu Grunde über den Stand der Rationalisierung, die Pflegeintensität, Personalentwicklung, Verweildauer der Patienten. Der Plan: nur der, der absolut bettlägerig ist, kommt in die Nomal- oder Intensivpflege eines Krankenhauses, alle anderen Patienten bleiben zu Hause, kommen in die ambulante Versorgung, in eine Tagesklinik oder in eine Krankenhausabteilung, hotelähnlich, wo sie sich im wesentlichen selbst versorgen müssen. Verlegungen zwischen den einzelnen Bereichen sind möglich. Den Vorteil, den sie sich versprechen: eine solche Differenzierung bewirke eine durchschnittliche Senkung der Verweildauer um 1,5 Tage, die Kosten pro Tag pro Patient ermäßigten sich um 180 DM, die Bettenzahl könne weiter reduziert, das Personal könne optimal eingesetzt werden. Ansätze dieser Art gibt es bereits in verschiedenen Krankenhäusern. Den Ärzten und dem Pflegepersonal werden die Grenzen für Entscheidungen – wie ein Patient behandelt werden soll – eng gesetzt, sie haben nach engen Schemata zu behandeln. Die Versorgung der Alten und der Pflegebedürftigen haben sie bei ih-
der Pflegebedürftigen haben sie bei ih-
ren Berechnungen schon völlig herausgenommen. Dafür müßten mehr Heimplätze zur Verfügung stehen.

Krankheitsart	% Pat. in der Minimalpflege	% Pat. in der Teilzeitpflege	% Pat., bei denen KH-Versorgung entbehrlich
akuter Herzmuskelinfarkt	40,1		63,6
chron. ischämische Herzkrankheiten	63,6		90,9
Angina pectoris	42,9		71,4
Herzrhythmusstörungen	29,2	16,6	70,8
ständ. Krankheiten der Leber	66,6	44,4	100,0
Nierensteine	68,0		80,0
chron. Gelenkerkrankungen	40,0		90,9
Dickdarm-Karzinom		23,0	69,2

stationäre Versorgung: die Patienten sind voll bettlägerig; semistationäre Versorgung: die Patienten können für ihre Grundbedürfnisse selber sorgen, sie werden unterteilt nach Minimalpflege (entspricht einer hotelmäßigen Unterbringung) und einer Teilzeitpflege (die Patienten befinden sich nur vorübergehend oder stundenweise im Krankenhaus).

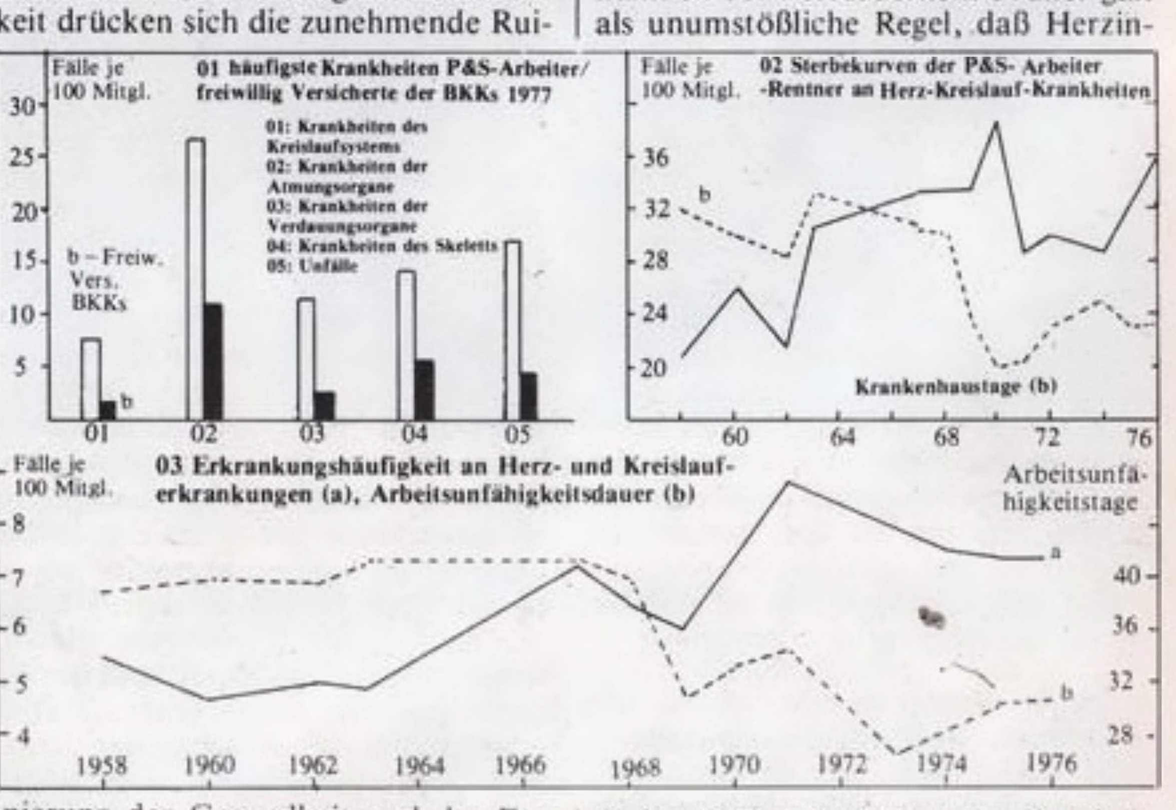
Aufstockung der Stellenpläne in den Krankenhäusern! Besetzung aller Planstellen!

r.wal. 4,09 Betten kamen nach der amtlichen Statistik 1977 auf eine examinierte Pflegekraft. 2,79 bis 2,51 dürften es nach den Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft nur sein. Nach ihren Angaben fehlen für das Jahr 1980 allein 30000 Pflegekräfte Die tatsächliche Zahl dürfte noch weit höher liegen. Ungeheuer hat sich die Arbeit für die Krankenhausbelegschaften verdichtet. An der Medizinischen Hochschule Hannover beispielsweise ist die Zahl der Pflegetage von 1975 auf 1977 um 41% gestiegen, während die Zahl der mit examiniertem Personal besetzten Stellen um 3% zurückging. Überall werden durch die Belegschaften und die ÖTV Forderungen nach mehr Personal aufgestellt.

Bundes- und Länderregierungen denken bisher nicht daran, diese Forderungen zu erfüllen. Der Deutsche Krankenhaustag im Herbst 1979 stand ganz im Zeichen der Ausrichtung ihrer Reihen gegen die Forderungen der Belegschaften: „Aufgrund der öffentlichen Diskussion könnte man manchmal den Eindruck gewinnen, als handele es sich bei der mangelnden Humanität im Krankenhaus um ein quantitatives Problem. Nach dem Motto ‚mehr Schwestern, mehr Ärzte = mehr Humanität" wird die Forderung nach mehr Krankenhauspersonal erhoben. Wenn die Humanität wirklich ein quantitatives Problem wäre, dann verwundert es, daß die Humanitätsdiskussion gerade zu einem Zeitpunkt geführt wird, zu dem die Zahl der Plegekräfte und Ärzte im Krankenhaus noch nie so groß war – und das nicht
noch nie so groß war – und das nicht
nur in absoluter Größe, sondern in Relation zu den Krankenhausbetten, zu den Pflegetagen usw.". (Die Ortskrankenkasse, 13/79). Tatsächlich erweckt die offizielle Statistik den Anschein, als habe im Krankenhausbereich eine weitgehende Entlastung stattgefunden, obwohl die Erfahrung das genaue Gegenteil zeigt. Die offizielle Statistik läßt völlig unberücksichtigt, daß in den letzten Jahren der Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung so weit ruiniert wurde, daß die Zahl der schweren Erkrankungen stark angestiegen ist, und diese Krankheiten in den Krankenhäusern das Bild bestimmen.

Das Schaubild 03 zeigt den Anstieg der Herzkreislauferkrankungen bei den Versicherten der Peine-Salzgitter-Betriebskrankenkasse. Im Schaubild 02 stellt die durchgezogene Kurve (linke Skala) die Entwicklung der Sterblichkeit und die unterbrochene Kurve die Verkürzung des Krankenhausaufenthalts dar. Im Anstieg der Sterblichkeit drücken sich die zunehmende Ruinierung der Gesundheit und der Entzug von Heilbehandlung gleichzeitig aus. Das Schaubild 01 weist auf die Ursachen der Ruinierung der Gesundheit hin: Die Arbeiter sind doppelt bis dreimal so häufig krank wie die AT-Angestellten.

Die Pflege von Schwerkranken erfordert mehr Arbeit als die von nicht so schwer erkrankten. Nach einem Herzinfarkt beispielsweise ist neben der akuten notfallmedizinischen Versorgung unter anderm eine laufende Überwachung der Herztätigkeit über Monitor, stündliche oder zweistündliche Blutdruckkontrollen, ständige Bereitschaft für Wiederbelebungsmaßnahmen usw. erforderlich. Früher galt als unumstößliche Regel, daß Herzinfarktpatienten 6 Wochen im Krankenhaus liegen müssen.



Heute geht die Entwicklung dahin, sie möglichst schon nach drei Wochen abzuschieben. Für die Patienten bedeutet das eine erhöhte Gefährdung, für das Pflegepersonal, daß die Patienten nur in der arbeitsintensiven Phase ihres Gesundungsprozesses im Krankenhaus liegen und so die pro Patient aufzubringende Arbeitsleistung sich erhöht.
zubringende Arbeitsleistung sich erhöht.

Einstellung aller Ehrenberg-Prozesse!

Prozess gegen Dirk Steenken. Erster Tag: Freitag, 28. März 1980, 8.30 Uhr Landgericht Lüneburg, Staatsschutzkammer, Richter Diederichs.

Demonstration und Kundgebung: Samstag, 29. März 1980, Demonstration, Lüneburg, 11 Uhr, Auf der Altstadt. Kundgebung, 12 Uhr vor der Industrie- und Handelskammer

Seminar: Die Auswirkungen der Ehrenberggesetze im Gesundheitswesen und auf die Renten

Samstag, 29. März 1980, 14 Uhr, Hochschule Lüneburg, Wilschenbrucher Weg

– Sofortige Aufhebung der „Kostendämpfungsmaßnahmen"
– Erhöhung der Renten auf mindestens 75% des Lohns – Mindestrente für alle Versicherten
– Verbot der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Verbot der Akkordarbeit.
– Selbstverwaltung der Versicherungen – Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten.

Schutz für werdende Mütter? Schutzbestimmungen werden durchlöchert, Kinderzahl sinkt!

r.ols. Mit dem „Schutz der werdenden Mutter" ist es nicht weit her unter der Herrschaft des Finanzkapitals. Bei sinkenden Löhnen zur Aufnahme einer Lohnarbeit gezwungen, erschweren sich die Bedingungen der Frauen, Kinder aufzuziehen, ja – sie überhaupt auf die Welt zu bringen.

In dem nebenstehenden Schaubild haben wir die Entwicklung der Lebendgeborenen und die Entwicklung der erwerbstätigen Frauen aufgezeichnet, anhand von Zahlen aus der offiziellen Statistik Schleswig-Holsteins. Die Schwangerschaft stellt erhöhte Anforderungen an den weiblichen Körper. Kommen die Belastungen der Arbeit hinzu, dann häufen sich Fehlgeburten und Frühgeburten und lassen sich bis hin zum niedrigeren Geburtsgewicht der Neugeborenen die Belastungen erkennen. In einem „Leitfaden der Berufskrankheiten der Frau..." (Verlag Enke, Stuttgart) hat ein Dr. M. Hirsch dies im Vergleich aller Frauen mit den Arbeiterinnen und Angestellten der Pflichtversicherten schon 1919 nachgewiesen. Für die letzten Jahre, wo uns entsprechende Untersuchungen nicht vorliegen, haben wir den Anstieg der „Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett" bei den weiblichen Krankenhauspatienten eingezeichnet.

Ein schlechter Witz sind da die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes, zuletzt geändert im Juni 1979, die sich durch zahlreiche Ausnahmen von den Schutzbestimmungen auszeichnen. § 3 Beschäftigungsverbot: gilt für werdende Mütter in den letzten 6 Wochen vor der Entbindung, „... es sei denn, daß sie sich zur Arbeitsleistung ausdrücklich bereit erklären". Ständiges Stehen, zusätzlich zum Druck der Gebärmutter auf die Blutgefäße des Beckens, fördernd für Krampfadern, ist erst untersagt ab dem 5. Monat und „... soweit diese Beschäftigung täglich vier Stunden überschreitet." Keine Festlegung der Grenzen der nur allgemein ausgesprochenen Beschäftigungsverbote unter Lärm, Nässe, Kälte, Staub, Gas usw., Ausnahmebestimmungen für Hotel- und Gaststättengewerbe, Landwirtschaft, Sonn- und Feiertagsarbeit in der Krankenpflege sind weitere Möglichkeiten der Kapitalisten und des Dienstherrn, den Mutterschutz zu unterhöhlen. Das Geld für den Mutterschaftsurlaub – Nettolohn, maximal jedoch 750,- DM – ebenfalls. Kampf um den Lohn und für Mutterschutz 12 Wochen vor und nach der Niederkunft bei vollem Lohn sind die Aufgaben der Arbeiterbewegung.

